Nr. 68. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 22. März 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Unsere Postabonnenten

bitten wir, umgehend das Abonnement zu erneuern, damit im Weiterbezuge keine Unterbrechung eintritt.

Die Expedition.

Die nächsten Kammerwahlen in Belgien.

Brüssel, Mitte März 1898.

Seitdem sich die Arbeiterpartei an den Wahlen betheiligt, hat der politische Kampf ganz neue Formen angenommen. Wir haben die alte Taktik völlig aufgegeben und die Wähler auf den Boden des Klassenkampfes gestellt. Das hat für uns das Ergebniß gehabt, nicht allein, daß wir eine große geeinte Partei wurden, sondern auch, daß innerhalb der alten Parteien Spaltungen entstanden infolge des Uebergewichts, welches den ökonomischen Fragen von nun an beigemessen werden mußte. Die liberale Partei hat sich in mehrere Theile gespalten. Die „Doktrinäre" bekämpfen jede Einmischung des Staates in die wirthschaftliche Entwickelung, sie sind Gegner jedweder Verstaatlichung und suchen alle Gesetze zu hintertreiben, welche eine Vermehrung der politischen Freiheiten bezwecken. Diese Partei rückt immer mehr nach rechts und lehnt sich an denjenigen Theil der Klerikalen an, welche dieselben Ideen in politischer und ökonomischer Beziehung vertreten. Wird auch ein förmliches Bündniß nicht abgeschlossen, so kann man es doch bei jeder Wahl mehr und mehr bemerken, wie die Doktrinäre ihre Stimme dem Klerikalen geben, sobald sie zwischen ihm und einem aufrichtigen Demokraten zu wählen haben.

Der andere Theil der liberalen Partei nähert sich in seinen Anschauungen sehr weit den unseren. Er verficht eine Reihe Maßnahmen, die in ihren Folgen kollektivistisch wirken, ohne aber den Kollektivismus als grundlegende Theorie anzuerkennen. Die Mitglieder dieser opportunistischen und vorsichtig zögernden Partei, die Progressisten, zeigen in den verschiedenen Landestheilen vielfach recht erhebliche Abweichungen in ihren Anschauungen, sodaß man von einer einheitlich geschlossenen Partei eigentlich kaum sprechen kann. Der größte Theil hat das aufrichtige Bestreben, mit der Arbeiterklasse zusammenzugehen; in Lüttich und Namur sind zwischen beiden bereits Bündnisse für die nächsten Kammerwahlen abgeschlossen worden und in einer Anzahl anderer Städte ist eine Einigung bei den Kommunalwahlen erzielt worden. Nur ein Theil der Progressisten, namentlich einer ihrer alten Führer, Mr. Féron, haben sich in den Kopf gesetzt, eine große Partei des Liberalismus um sich zu sammeln, also auch die Doktrinäre mit einzubeziehen, die zu unseren erbittertsten Gegnern gehören. Diese Versuche sind noch immer an der klaren Haltung unserer Partei gescheitert; sie haben auch im übrigen die Progressisten selbst geschwächt; viele von ihnen sind — des ewigen Hin- und Herschwankens der Führer müde — zur Sozialdemokratie übergegangen. Im übrigen haben mehr und mehr die Progressisten auch die Wichtigkeit der sozialen Fragen erkannt und ihr letzter Kongreß, der vor kurzem in Brüssel abgehalten wurde, hat gezeigt, daß Féron, der die einzige Aufgabe der Partei in der Bekämpfung der Klerikalen sieht, sehr an Einfluß verloren hat.

Die katholische Partei, die ehemals so fest gefügte Partei der Reaktion, beginnt ebenfalls sich zu zersetzen. Besonders sind es die sozialen Fragen, die auch die Klerikalen auseinander treiben. Allerdings glaubten die Führer, daß sie dank der strengen Disziplinarmittel, die die Kirche ihnen liefert, jede Absplitterung würden verhindern können. Sie glaubten sogar mit dem Feuer spielen zu dürfen und gaben sich selbst zeitweilig den Anschein, ein wenig der Demokratie zuzuneigen. Aber die demokratische Bewegung unter den Katholiken nahm schließlich eine Ausdehnung und Formen an, die sie nicht erwartet hatten.

Namentlich Flandern, das so sorgfältig in politischer Dunkelheit gehaltene vlämische Land, lehnte sich auf gegen die klerikale Reaktion. Diese versucht alle Mittel, um ein Umsichgreifen des Uebels zu verhüten, sie entschloß sich sogar zur Amputation des kranken Gliedes. Aber es war zu spät; anstatt daß man ein krankes Glied amputirt hatte, hat man nur vom alten Stamm einen jungen Trieb getrennt, der jetzt ein selbständiges Leben führt. Bis jetzt giebt es wirkliche „Christliche Demokraten" nur in den vlämischen Landstrichen und in der Kammer sind sie nur von dem bekannten Abbé Daens vertreten. Die Anhänger dieser Richtung sind aber äußerst rührig und sie besitzen einige ausgezeichnete Organe. In der Organisirung der Massen lernen sie von uns und sie machen im ganzen große Fortschritte. Das ängstigt uns indeß keineswegs, denn sie dringen in Kreise ein, in die wir vorerst nicht gelangen können, und sie arbeiten uns vor. Die alte Partei der Klerikalen verliert an Terrain und wird nur etwas gestärkt durch die liberale Reaktion — politisch kann sie ihre Rolle nur festhalten, weil auch ihre Gegner nicht eine einheitliche Macht bilden.

Das ist im großen die Situation der politischen Parteien. Sehen wir nun, wie die nächsten Wahlen sich vollziehen dürften, welche Aussichten wir dabei haben. Es sind die Provinzen Limburg, Lüttich, Hainaut und Ost-Flandern, in denen diesmal die Wahlen vorzunehmen sind. In Limburg hat unsere Propaganda kaum eingesetzt, während Hainaut und Lüttich bereits Hochburgen der Sozialdemokratie sind. Es scheint gewiß, daß wir überall unseren alten Besitzstand werden erhalten können. In Verviers, Charleroi, Mons, Thuin und Soignies haben wir bei den letzten Wahlen unsere Kandidaten selbständig durchgebracht, in Lüttich durch Kompromiß mit den Progressisten, indem jeder Partei je ein Mandat zugewiesen wurde. In den anderen Wahlkreisen, die zur Zeit noch die Katholiken inne haben, dürfte in Waremme ein Kompromiß mit den Progressisten zu stande kommen. In Thuin, wo bis jetzt erst einer unserer Parteigenossen gewählt ist, sind drei, in Huy zwei, in Ath zwei und in Tournai vier sozialistische Kandidaten aufgestellt, und zwar ohne daß ein Kompromiß eingegangen wäre.

Was der Erfolg in den letztgenannten Kreisen anlangt, so glauben wir in Waremme und Thuin sicher durchzukommen, in Huy ist der Erfolg wahrscheinlich; in Ath und Tournai hoffen wir in die Stichwahl zu kommen. Dann würde es von der Haltung der Liberalen abhängen, ob sie uns oder die Reaktionäre unterstützen. Da der Ausgang der diesmaligen Wahlen keinesfalls das Resultat haben kann, daß die Linke zur Macht gelangt, wohl aber daß die Regierung eine starke moralische Schlappe erhält, so ist es wohl möglich, daß die Liberalen für den Kandidaten der Opposition stimmen werden. Auch wir werden, wenn wir in die Lage kommen, zwischen einen Katholiken und einen Liberalen wählen zu müssen, für den letzteren eintreten, da wir nächst der Verfolgung unserer wirthschaftlichen Ziele besonders die Demoralisation, welche die Katholiken im Lande anrichten, bekämpfen müssen.

Es bleibt nun nur noch übrig, die politische Situation in der Provinz Ost-Flandern etwas eingehender zu kennzeichnen, weil von hier der Plan ausgegangen ist, ein Kartell der liberalen Parteien zu bilden. In Gent, der Hauptstadt dieser Provinz, haben unsere Genossen es mit sehr aufrichtigen Progressisten zu thun und dank des für die Kommunalwahlen eingeführten Proportional-Wahlsystems theilen sie mit diesen die Leitung der Geschäfte der Stadt. Die kommunale Verwaltung der Stadt Gent gilt als musterhaft. Dagegen ist es den Klerikalen durch ihren Einfluß auf dem Lande noch immer gelungen, bei den Kammerwahlen ihre Gegner zu überwinden. In den anderen Kreisen der Provinz verhält es sich ebenso. In dieser Provinz befindet sich auch Alost, vertreten durch den christlich-demokratischen Abbé Daens. Nur eines kann in Flandern den Sieg der Demokratie zurückhalten, das ist das Plural-Wahlsystem, wonach den Reichen drei Stimmen zukommen. Ferner ist es noch eine andere Reform, deren Nothwendigkeit sich für diese Provinz besonders fühlbar macht: Die proportionelle Vertretung. Wie in Gent selbst, so wird auch in den übrigen Städten der Provinz das demokratische Element seit Jahren zurückgedrängt durch die politisch rückständige Landbevölkerung. Aus dieser Sachlage heraus erklärt sich das Bestreben nach den oben bezeichneten Reformen, die man zu erreichen gedenkt durch die Kartellirung der demokratischen Parteien. Einen Verstoß in prinzipieller Beziehung birgt der Plan des Kompromisses nicht, denn es würde sich lediglich beschränken auf die Erkämpfung dieser zwei Hauptforderungen: Allgemeines gleiches Wahlrecht und proportionelle Vertretung. Findet sich dafür eine Mehrheit, so würde eine Verfassungsänderung sich nöthig machen mit vorheriger Auflösung der Kammern. Ist die Revision der Verfassung vollzogen, dann würden die einzelnen Parteien sofort ihre volle Bewegungsfreiheit wieder erlangen.

Ob die Liste des Kartells in Gent Erfolg haben wird, ist schwer vorauszusagen; es wird das in erster Linie von der Haltung der christlichen Demokraten abhängen, die vielleicht vorläufig noch vielfach sich scheuen werden, ihre Namen neben die der Sozialdemokraten zu setzen. Aber soviel ist sicher, daß die Idee der Kartellbildung, einbegriffen die „christlich-demokratischen" Elemente, nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden wird. Es ist sehr leicht möglich, daß ein solches Kartell in zwei Jahren bei den Wahlen in Brüssel und Antwerpen zu stande kommt. Das würde ohne Zweifel den Sturz des jetzigen Ministeriums zur Folge haben. Und haben wir erst das gleiche Wahlrecht und den Proporz, dann ist in Belgien der Siegeslauf der Demokratie gesichert und die Aera der wahren sozialen Reformen gekommen.

Emile Vinck.

Das Begräbniß der Märzgefallenen.

Die „Spener'sche Zeitung", damals eins der ersten Blätter Berlins, gut bürgerlich, noch mehr rechts stehend als die „Voss. Ztg.", beschrieb in ihrer Nummer vom 23. März 1848 das Leichenbegängniß der Märzkämpfer also:

Gestern fand das feierliche Leichenbegängniß der im den Kampfe vom 18. zum 19. März gefallenen Bürger statt.

Das Leichenbegängniß war auf Nachmittag 2 Uhr anberaumt, aber schon vom frühesten Morgen an begannen die Vorbereitungen bei den verschiedenen Körperschaften, welche in dem Zuge auftraten: die Studenten in der Universität, der Handwerkerverein im Posthof, die Kaufmannschaft auf der Börse, die Gewerke u. s. w. ordneten sich und zogen endlich um 1 Uhr nach dem Versammlungsplatz auf dem Gendarmenmarkt und in dessen Umgegend. Um halb 2 Uhr fand die kirchliche Feierlichkeit statt, worauf dann von der neuen Kirche aus, wo die Särge gestanden hatten, der Leichenzug durch die Charlottenstraße, die Linden hinauf über die Schloßbrücke, um das Schloß herum über die lange Brücke, durch die König- und Landsbergerstraße nach der höchsten Höhe des Friedrichshains sich in Bewegung setzte. Die ganze Stadt war am Vormittag mit deutschen Fahnen geschmückt worden. Kein Haus, aus welchem nicht einige Fahnen wehten, kein Staatsgebäude, auf dem sie nicht aufgepflanzt war, ein begeisternder Anblick! Neben der deutschen Fahne auf dem Schloß prangten auf dessen vier Ecken schwarze Trauerfahnen, ebenso wehte auf dem Palais des hochseligen Königs die Trauerfahne neben der schwarz-roth-goldenen, auf den Ministerien und auf allen Thürmen.

Es war ein schöner sonniger Märztag, schön wie ein Tag im Mai, und es möchte wohl wenige Einwohner Berlins gegeben haben, welche, wo nicht im Zuge selbst, doch als Zuschauer sich eingefunden hatten. Berlin hat etwas Aehnliches noch nicht gesehen. Es war ein Zug von 187 Särgen, mit mehreren Hunderten von Fahnen, geleitet von wenigstens zwanzigtausend bewaffneten und unbewaffneten Bürgern, Studenten, Handwerkern, Beamten, Künstlern, Gelehrten, Lehrern und Schülern, Arbeitern, durchgängig in schwarzer Kleidung mit der deutschen Kokarde am Hut, bis auf vier Offiziere und Unteroffiziere, in Uniform mit Trauerflor, und einige Barrikadenkämpfer in derselben Kleidung, in welcher sie auf den Barrikaden gestanden. Mehrere im Zuge trugen Arme in der Binde oder hatten den Kopf wegen der Wunden, die sie erhalten, verbunden.

Ergreifend war der Anblick der Abtheilung der Leidtragenden, der weinenden Eltern, Geschwister, Frauen und Kinder der Gefallenen. Man sah, daß die meisten den unbemittelten Ständen angehörten, und wir empfehlen sie deshalb hier noch einmal der Nationalwohlthätigkeit. Zwischen den Leidtragenden gingen tröstend die Seelsorger aller Bekenntnisse, die evangelischen, katholischen, christ-katholischen und jüdischen Geistlichen, alle in der Amtstracht und in außerordentlicher Anzahl. Ergreifend war der Anblick dieser Abtheilung, weil alle die Wittwen und Waisen in Thränen schwammen und sich ihres Schmerzes nicht erwehren konnten.

Große Theilnahme erregten die Studenten. Unser ehrwürdiger Alexander v. Humboldt und der Rektor der Universität eröffneten diesen Zug der Professoren und Studirenden. Die ersteren waren in der Amtstracht, die letzteren trugen die Schläger, mit denen sie in der fürchterlichen Nacht die Führer des tapfer kämpfenden Volkes geworden waren. Die jungen Männer in dem Bewußtsein ihrer wahrhaften Heldenthat würden unter anderen Verhältnissen der Gegenstand einer unablässigen Ovation gewesen sein. Ferner blickte man mit Theilnahme auf die in militärischer Haltung und Bewaffnung einherschreitenden Mitglieder des Handwerkervereins und der zahlreichen Fabrikarbeiter, die fast alle hinter oder auf den Barrikaden gestanden haben. Herr Borsig selbst schritt seinem Zuge voran. Dann erwähnen wir ferner der Polen, welche unsern Schmerz ehrten, wie wir ihre Freude geehrt, und die zahlreichen zum Theil bewaffneten, eigens hierher gekommenen Deputationen, die mannigfaltigsten Fahnen und Embleme der Gewerke verliehen dem Zuge neben dem Waffenglanz ein besonderes Leben.

Die verschiedenen Musikchöre, der königl. Kapelle, des königstädtischen Theaters, des Herrn Jos. Gungl u. s. w., spielten Choräle, meistentheils die Melodie „Jesus meine Zuversicht" ausführend. In einzelnen Abtheilungen wurde das Lied auch gesungen. So ging der Zug am Schlosse vorüber, wo Se. Maj. der König auf dem Balkon erschien und die Särge, in ihren verschiedenen Abtheilungen ehrenvoll begrüßend, an sich vorüber ziehen ließ, zum entsprechend dekorirten Landsberger Thor hinaus bis an das gemeinschaftliche Grab, wo die Särge in einer im Viereck ausgeschaufelten großen Grube so aufgestellt waren, daß der gesammte Zug hindurchmarschiren konnte. Der Platz in der Mitte des Vierecks, mit einem Freiheitsbaum geschmückt, bleibt dem Denkmal vorbehalten. Alle Särge wären mit Blumen geschmückt, viele mit den Namen der Gefallenen versehen, darunter auch die Namen von Frauen, Mädchen und Kindern. Der Zug, um 2 Uhr begonnen, schloß erst um 7 Uhr nach Untergang der Sonne und reichte wohl zweimal von seinem Ausgangspunkt bis zum Begräbnißplatz.

Wir haben jetzt die Märzhelden begraben, es bleibt uns jetzt noch übrig, für die Verwundeten und die Hinterbliebenen zu sorgen. Wir empfehlen sie beide dem Wohlthätigkeitssinn unserer gesammten preußischen Bevölkerung, denn sie leiden und dulden die Schmerzen für den großen Gewinn, welchen wir alle theilen. Wir wünschen ferner, daß sich ein großartiges Nationaldenkmal über dem Grabe erhebe, welches dem Friedrichshain eine weltgeschichtliche Bedeutung giebt, wir wünschen, daß die Aufsicht über dieses Denkmal, wie über den Friedrichshain überhaupt nur Invaliden des März übertragen werde. . . .

1848.

Erinnerungstage der Revolution.

22. März.

Heute vor 50 Jahren wurden in Berlin die Todten des 18. März begraben. Eine Darstellung des Begräbnißzuges geben wir an anderer Stelle.

Vom 22. ist eine Proklamation des Königs datirt, in der er versprach, dem Landtage ein volksthümliches Wahlgesetz mit Urwahlen vorzulegen. Der neuen Volksvertretung wurden ferner Vorschläge in Aussicht gestellt über Sicherstellung der persönlichen Freiheit, freies Vereins- und Versammlungsrecht, eine allgemeine Bürgerwehrverfassung mit freier Führerwahl, Ministerverantwortlichkeit, Einführung von Schwurgerichten für politische und Preßvergehen, Unabhängigkeit des Richterstandes, Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes. Außerdem sollte das stehende Heer auf die neue Verfassung vereidigt werden. Schon am Tage vorher war eine Kabinetsordre ergangen, daß die Armee neben der preußischen auch die deutsche Kokarde zu tragen habe.

Italien. Es ist schon gesagt, daß in dem von den Oesterreichern beherrschten Nord-Italien, als die Kunde von dem Siege der Revolution in Wien dorthin drang, sogleich der Aufstand losbrach. An demselben Tage wie in Berlin, am 18., tobte auch in Mailand die Straßenschlacht. Das Volk, obgleich es schlecht bewaffnet war, kämpfte mit größter Begeisterung gegen die fremden Unterdrücker. Die italienischen Bestandtheile des österreichischen Heeres waren zum Volke übergegangen. Nach und nach wurden die Oesterreicher zurückgedrängt und in der Nacht vom 19. zum 20. sah sich Radetzky genöthigt, seine Truppen aus der Stadt herauszuziehen. Die Begeisterung der Aufständischen wuchs noch, als bekannt wurde, daß Karl Albert, König von Sardinien und Piemont, sich der Bewegung gegen Oesterreich anschließen wolle und sein beträchtliches Heer zur Verfügung stelle. Die Bedingung war, daß die Lombardei nach der Eroberung mit seinem Königreiche vereinigt werde. — Radetzky konnte sich schließlich nicht mehr halten und sah sich genöthigt, die Stadt preiszugeben. Er zog am folgenden Tage mit dem ganzen Heere ab. — Auch in Venedig war auf die Nachrichten aus Wien und Mailand der Aufruhr ausgebrochen. Der alte General Zichy verließ mit den deutschen Truppen am 22. die Stadt. Die österreichischen Kriegsschiffe und die sonstigen Kriegsvorräthe fielen der eingesetzten provisorischen republikanischen Regierung zu. — Auch viele andere Städte des norditalienischen Aufstandsgebietes gingen den Oesterreichern verloren. Die österreichische Armee zog sich in ziemlich desolatem Zustande bei Verona zusammen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 21. März.

Aus dem Reichstage. Bei sehr schwach besetzten Bänken mußten die Anwesenden in der ersten Hälfte der Sitzung Reden über sich ergehen lassen, die sich ausschließlich als alte Bekannte präsentirten. Es handelte sich um die nie verstummenden Klagen unserer Kriegsinvaliden und Veteranen, deren Thaten zwar an den nationalen Jubeltagen in Prosa und Versen gefeiert werden, deren wirthschaftlicher Noth zu steuern die Vertreter der Regierung sich aber immer noch nicht entschließen können. Wie bei jeder Etatsberathung, lagen auch heute wieder Resolutionen aus dem Hause vor, in denen verlangt wird, daß die Invaliden und deren Angehörige mehr als bisher berücksichtigt werden. Nach langer, aber nichts Erwähnenswerthes bringender Debatte fanden die Resolutionen einstimmige Annahme.

Bei dem Punkt der Tagesordnung: Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen brachte der Abg. Bebel eine Petition elsässischer Eisenbahn-Betriebssekretäre zur Sprache, in der die Petenten sich beschweren, daß man ihnen jetzt, nachdem sie bereits 20 Jahre und länger im Dienst sind, zumuthe, ehe sie in den vollen Genuß der von ihnen bekleideten Stellen gelangen, eine Prüfung zu bestehen.

Da die Petition nicht ganz in dem unterwürfigen Tone abgefaßt ist, wie man ihn in der preußischen Beamtenhierarchie gewöhnt ist, so hat man sich die Unterschriften der Petenten verschafft und dieselben auf dem Disziplinarwege bestraft. Gegen diese Praxis sprachen sich die Abgeordneten Bebel, Singer, Dr. Hammacher und Rickert in schärfster Weise aus. Der Antrag Bebel, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, und ein mehr detaillirter Antrag Dr. Hammacher's wurden abgelehnt, da das Zentrum auch in diesem Falle sich wieder als Regierungspartei geberdete.

Beim Punkte: Bankwesen, brachte Graf Arnim die Diebstähle in der Reichsdruckerei zur Sprache, wobei der Herr versuchte, der Reichsbankleitung eins auszuwischen. Diesem Versuche trat Dr. Hammacher entgegen. Aus den Erklärungen des General-Postmeisters ergab sich, daß die Kontrolle bei der Herstellung der Reichsbanknoten manches zu wünschen übrig läßt. Natürlich wird jetzt der Stall zugemacht, nachdem die Kuh heraus ist.

Morgen 12 Uhr: Kleine Vorlagen und Dampfersubvention. —

Das preußische Abgeordnetenhaus setzte heute die Generaldebatte über den Eisenbahn-Etat fort. Fast die meisten Redner unterbreiteten dem Minister Vorschläge zur Verhütung künftiger Unfälle, die dieser jedoch mit der überlegenen Miene eines Mannes, in dessen Betrieb alles in bester Ordnung ist, kurzer Hand abwies, indem er die gerügten Uebelstände bestritt und das, was zur Abhilfe nöthig ist, selbst zu thun oder bereits gethan zu haben versicherte. So widersetzte er sich dem Verlangen des Abg. Brömel (frs. Vg.) auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Eisenbahn-Unfälle und auf Mittheilung der gerichtlichen Urtheile gegen Beamte, die wegen Gefährdung von Eisenbahn-Transporten angeklagt waren, auf das entschiedenste. Ebenso energisch bestritt er, daß die Dienstzeit der Beamten eine zu lange und daß ihre Gehälter zu karg seien. Wenn die Beamten unzufrieden seien, so sei dies zurückzuführen auf die „Hetze" der Sozialdemokraten; man möge nur einmal sozialdemokratische Zeitungen und Broschüren lesen, man möge in sozialdemokratische Versammlungen gehen und sehen, was für Lektüre den Beamten und Arbeitern der Eisenbahnverwaltung in die Hand gegeben wird. Dann werde man zu der Ansicht kommen, daß in dieser Beziehung geradezu himmelschreiend gegen ehrenwerthe preußische Beamte gesündigt wird. Es ist ja eine bequeme Taktik, wenn Beamte unzufrieden sind, den bösen Sozialdemokraten die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben. Statt dessen sollte der Minister lieber einen Rückblick auf die vorjährigen Verhandlungen des Hauses über die Besoldungsvorlage werfen und bedenken, daß eine Gehaltsaufbesserung der oberen und mittleren Beamten unter Uebergehung der unteren Beamten bei letzteren nothwendigerweise Unzufriedenheit und Mißstimmung erzeugen muß. Wenn überhaupt von einer Agitation unter den Eisenbahn-Beamten die Rede ist, dann sind nicht „sozialdemokratische Hetzer" dafür verantwortlich zu machen, sondern die Regierung, die, um möglichst hohe Ueberschüsse zu erzielen, ihre Arbeiter vielfach mit Hungerlöhnen abspeist. Leider fehlt es im preußischen Abgeordnetenhause an geeigneten Kräften, die fähig und willens sind, der Regierung ihr Sündenregister vor Augen zu halten, sonst würde Herr Thielen wohl etwas schärfer mitgenommen werden, als es die Redner der Opposition, die Abgg. Brömel, Wetekamp und Kirsch gethan haben.

Damit der Etat wenigstens in diesem Hause noch vor Ostern fertig gestellt werden kann, findet heute wieder eine Abendsitzung statt. —

Vom Zentrum. Von Erfolg zu Erfolg fliegt die schwarze Partei unter Dr. Lieber's Führung. Wenn Herr Dr. Lieber heute Abend die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" liest, wie muß ihm das flottenbegeisterte Herz freudig schlagen! Das Regierungsorgan spendet ihm und den Seinen aus dem Füllhorn des Lobes und hält ihnen den Schild vor gegen die Angriffe der Sozialdemokratie. Unser Artikel „Das Palladium der Verfassung", in dem wir das Zentrum einst und jetzt ein wenig schilderten, hat es der „Norddeutschen" arg angethan und hilfreich springt sie den neuen Zentrumsfreunden bei. Das Regierungsblatt stützt die Regierungstreuen, ganz wie es sich schickt! Das Zentrum hat es weit gebracht. Wann wird die „Germania" offiziös? Lange wird es wohl nicht mehr dauern. —

Die „Natlib. Korresp." will wissen, daß von den Mitgliedern der Zentrumsfraktion des Reichstages bisher etwa 65 für das Flottengesetz gewonnen sind. —

Herrn Thielen ins Stammbuch. Der Herr Eisenbahn-Minister hat in seiner heutigen Vertheidigungsrede im Abgeordnetenhause auch die wahrhaft kühne Behauptung aufgestellt, daß die Klagen über zu lange Beschäftigungszeit der Beamten unberechtigt sind. Man muß erstaunen, woher der Minister den Muth zu seiner seltsamen Aeußerung nimmt. Wird doch fast täglich durch Urtheile der Gerichte, die gewiß nicht geneigt sind, einer sozialdemokratischen „Hetze" förderlich zu sein, der Beweis für die Berechtigung dieser angeblichen „Hetze" erbracht. So wird uns an demselben Tage, wo Herr Thielen jenes große Wort gelassen aussprach, folgende Mittheilung aus Straßburg gemacht:

Die Anklage gegen den Stationsassistenten August Klar, welcher sich in der letzten Sitzung der Strafkammer wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahn-Transportes zu verantworten hatte, führte zu einem für die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen wenig schmeichelhaften Ergebniß. Von einem am Abend des 8. Dezember v. J. aus Mülhausen auf dem hiesigen Zentral-Bahnhof eintreffenden Güterzug entgleisten kurz vor der Einfahrt die fünf letzten Wagen, wodurch ein nicht sehr erheblicher Materialschaden verursacht wurde. Die Schuld an dem Unfall wurde dem Stationsassistenten Klar beigemessen, der in der kritischen Zeit auf der Blockstation Breuschmühle Dienst that und eine von dem Zuge zu passirende Weiche umgestellt hatte, bevor die fünf Schlußwagen darüber hinweggerollt waren. Das Gericht gelangte jedoch zu einem freisprechenden Erkenntniß, nachdem sich in der Verhandlung ergeben hatte, daß Klar zur Zeit des Unfalles nicht nur über seine Kräfte hinaus mit Dienstverrichtungen belastet war, sondern auch von seinem Dienstposten aus die Signale nicht so genau überblicken konnte, daß ein Irrthum ausgeschlossen war. Infolgedessen hatte er eine Signallaterne für die Schlußlaterne des Zuges angesehen und die Umstellung der Weiche vornehmen zu können geglaubt. Die Eisenbahnverwaltung hat nach dem Unfall eine Aenderung in der Diensteintheilung am fraglichen Posten eintreten lassen.

Will Herr Thielen vielleicht die Straßburger Richter und so viele andere Richter, die zu ähnlichen Urtheilen gekommen sind, als „sozialdemokratische Hetzer" qualifiziren?

Etwas vorsichtiger und klüger sollte doch der Herr Eisenbahnminister die Vertheidigung der großen Mißstände seines Ressorts führen. —

Herr v. Bennigsen und der 18. März 1848. Bei der Reichstagsdebatte über den 18. März konnte es sich auch Herr v. Bennigsen nicht versagen, zu betonen, daß der 18. März nicht den geringsten Einfluß gehabt habe, ja, daß er nur verhängnißvoll und störend gewesen sei. Die Erinnerung, auf die er stolz sei, sei das Parlament in Frankfurt. Diesen historischen Ausführungen wollen wir einige Sätze entgegen setzen, welche Max Lenz, ordentlicher Professor der Geschichte an der Berliner Universität, in einem Artikel über das Jahr 1848 im März-Heft der „Preußischen Jahrbücher" schreibt; er betont vorsichtig, daß er nicht gerade behaupten wolle, daß der Berliner Straßenkampf unbedingt nothwendig gewesen sei, und fährt dann fort:

„Aber die Idee, für welche sich das bunte Heer der Revolution, Polen und Arbeiter, Spießbürger und Studenten, hinter den Barrikaden schaarte, war dennoch die Basis auch des Frankfurter Reichstages.

Das war der Sinn der Leichenfeier und der tausendfachen Kundgebungen der Sympathie, welche in allen Schichten der Berliner Bevölkerung den unglücklichen Opfern des Kampfes dargebracht wurden. Sie hatten nur an das letzte Recht, an die ultima ratio desselben Herrscherwillens der Nation appellirt, der auch in dem Verfassungswerke der Paulskirche und seinen meisten Paragraphen, sammt denjenigen von der Kaiserkrone, zum Ausdruck gebracht wurde.

Denn nur durch den Druck und Stoß der Revolution, durch die Uebermacht des allgemeinen Willens konnte der Stein ins Rollen gebracht und die Regierungen für die Reformen und die Einigung der Nation gewonnen werden. Niemals hätte Friedrich Wilhelm IV. aus freien Stücken in die konstitutionellen Forderungen gewilligt." —

In Oesterreich tagt nun wieder das Parlament. Wie lange es aber tagen wird, ob es überhaupt den fast unübersehbar großen Berathungsstoff ernstlich in Angriff nehmen wird, kann nicht gesagt werden. Die Aussichten für eine gedeihliche Wirksamkeit des Parlaments sind sehr geringe. Schon die Präsidentenwahl macht große Schwierigkeiten; zwar haben Abrahamowicz und Kramarcz auf ihre Wiederwahl verzichtet, aber ihr Mitschuldiger im Präsidium, der ehemalige Vizepräsident, der Klerikale Fuchs, hat die Wahl als Präsident gegen den Wunsch der Führer seiner Partei, der katholischen Volkspartei, akzeptirt. Infolge dessen haben die Führer dieser Partei, die Abgg. Dipauli und Zallinger, ihre Stellen in der Fraktion und in der parlamentarischen Kommission der Rechten niedergelegt, und die Deutschnationalen verschiedener Richtungen bis zu den Großgrundbesitzern auf den ihnen angebotenen Sitz im Präsidium verzichtet, ja selbst die Christlich-Sozialen haben den ihnen angebotenen Vizepräsidenten-Sitz ablehnen müssen. Die Schönerianer wollen es zur Obstruktion treiben und die deutsche Volkspartei, die den Einbruch der Schönerianer in ihre Wahlkreise fürchtet, wird sich vielleicht der Obstruktion anschließen. Falls der Reichsrath nicht arbeitsfähig wird, will das Ministerium das Parlament noch wenigen Sitzungen wieder schließen. Jedenfalls wird nach der einstimmig beschlossenen Debatte über die Antrittsrede des neuen Ministerpräsidenten, die wir unten folgen lassen, eine Fluth von Dringlichkeitsanträgen, so über die Versetzung der Kabinette Badeni und Gautsch in Anklagezustand, über die Aufhebung der Sprachenverordnungen u. s. w. folgen. Wann da die Ausgleichsvorlagen und der Etat für das mit dem 1. Januar 1898 begonnene Geschäftsjahr, die dringliche Beschlußfassung über die Nothverordnungen des Kabinets Gautsch folgen sollen, ist nicht abzusehen.

Der Sozialdemokratische Verband wird so wenig wie früher etwaige Versuche unterstützen, aus rein national-chauvinistischen Gründen Obstruktion zu machen, wird aber mit aller Energie und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen jeden Eingriff in die Rechte des Parlaments vorgehen und jede Vergewaltigung abwehren. Der Verband hat beschlossen, sofort einen Dringlichkeitsantrag einzubringen: es möge eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden, die das Zustandekommen der lex Falkenhayn und ihre Durchführung zu prüfen, die Verantwortlichkeit aller an der Verletzung der Immunität Betheiligten festzustellen und binnen vier Wochen Bericht zu erstatten hat. Da die Schuld des Grafen Badeni auch ohne Untersuchung feststeht, wurde beschlossen, einen Anklage-Antrag gegen den Grafen Badeni wegen dieser Delikte einzubringen.

Ueber die heutige Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses liegen die folgenden Meldungen vor:

Vor dem Hause hat sich eine große Menschenmenge angesammelt. Die Abgeordneten sind fast vollzählig erschienen, die Gallerien sind überfüllt. Auf der Ministerbank befindet sich der Ministerpräsident Graf Thun mit sämmtlichen Ministern. Graf Thun eröffnet den Reichsrath und fordert den Abgeordneten Dr. Zurkan auf, das Alterspräsidium zu übernehmen.

Abg. Fuchs (katholische Volkspartei) wird mit 195 Stimmen zum Präsidenten gewählt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.) Es wurden 241 Stimmzettel, darunter 44 unbeschriebene, abgegeben. Die deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten enthielten sich der Wahl; der verfassungstreue Großgrundbesitz gab unbeschriebene Stimmzettel ab. Fuchs besteigt die Präsidententribüne, wobei der Abgeordnete v. Schönerer ruft: „Unerhört! Fuchs hat dem früheren Präsidium angehört. Er ist ein Staatsverbrecher und gehört ins Zuchthaus!" Diese Worte „Verbrecher" „gehört ins Zuchthaus" wiederholt Schönerer unzählige Male, während Fuchs seine Antrittsrede hält.

In seiner Antrittsrede bei Uebernahme des Präsidiums führte Fuchs aus, er werde bestrebt sein, die Stellung und Bedeutung des Parlaments nach allen Seiten zu wahren und alles hintanzuhalten, was das Ansehen und die Würde des Hauses zu beeinträchtigen geeignet sei. Der Präsident drückt die Hoffnung aus, alle Abgeordneten ohne Unterschied der Partei würden ihn hierbei unterstützen. Betreffend die lex Falkenhayn über die Verschärfung der Geschäftsordnung erklärt der Präsident den Beschluß für hinfällig; derselbe könne nicht zur Anwendung gelangen, weil er lediglich eine provisorische Maßregel gewesen sei, die durch Schließung des Abgeordnetenhauses gegenstandslos geworden.

Nach der Rede des Präsidenten Fuchs führten namens der deutschen Fortschrittspartei Abg. Pergelt, namens der deutschen Volkspartei Abg. Steinwender, namens des verfassungstreuen Großgrundbesitzes Abg. Tuerks und namens der Christlich-Sozialen Lueger aus, daß die bekannte lex Falkenhayn, betr. Verschärfung der Geschäftsordnung, rechtsungiltig sei. Die Abgeordneten Pergelt und Daszynski künden Anträge auf Versetzung des früheren Ministerpräsidenten Grafen Badeni in den Anklagezustand an. Abg. Wolf und Schönerer erklären sich gegen den Vorsitz des Abgeordneten Fuchs als eines Mitgliedes des früheren Präsidiums. Abg. Schönerer beantragt unter schallender Heiterkeit, der Abg. Fuchs solle als Staatsverbrecher angesehen werden. Für den Antrag erheben sich nur fünf Schönerianer. Das Haus nimmt sodann den Antrag Zedtwitz an, die Wahl der beiden Vizepräsidenten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen. Graf Thun giebt hierauf folgende Erklärung ab:

Es sei mir sofort gestattet, das hohe Haus über die wichtigsten Zielpunkte zu orientiren, denen nachzustreben die Regierung den Willen hat. Die Regierung betrachtet die Wiederherstellung geordneter parlamentarischer Zustände und des regelmäßigen Ganges der Gesetzgebung als ihre erste und wichtigste politische Aufgabe, zumal im gegenwärtigen Augenblicke, wo die im Interesse der Machtstellung des Reiches und seiner wirthschaftlichen Festigung dringend gebotenen Vereinbarungen mit der anderen Reichshälfte der parlamentarischen Austragung harren. Getreu den geschichtlichen Ueberlieferungen der österreichischen Monarchie wird die Regierung bei der Führung der öffentlichen Geschäfte als obersten Grundsatz den der Gerechtigkeit gegenüber allen Volksstämmen und Bewohnern dieses Staates walten lassen. Diesen Grundsatz wird die Regierung, einstehend für Recht, Ordnung und Autorität, bei der Entscheidung aller Fragen, die politische oder wirthschaftliche Interessen oder Ansprüche betreffen, im verfassungsmäßigen Wege zur Anwendung und Geltung bringen. Nützliche soziale Reformen, Förderung kultureller Fortschritte, Hebung der materiellen und sittlichen Verhältnisse der Bevölkerung, namentlich der auf den Ertrag ihrer Arbeit angewiesenen breiten Schichten derselben, Unterstützung der Industrie und Landwirthschaft, liegen im Interesse der ganzen staatlichen Gemeinschaft und sollen daher die wirksamste Förderung durch die Regierung erfahren. Wie die Regierung ihre besten Kräfte zur Verwirklichung dieser Ziele einsetzen wird, so erwartet sie in Zuversicht, daß auf diesen Gebieten die Parteiunterschiede zurücktreten. Vorbedingung für die Erfüllung dieser patriotischen Aufgabe ist die Milderung der nationalen Gegensätze.

Nach dem Ministerpräsidenten Grafen Thun beantragt Abg. Steinwender, über die Erklärung des Ministerpräsidenten in der nächsten Sitzung die Debatte zu eröffnen. Der Antrag wird einstimmig angenommen und die Sitzung geschlossen. —

* * *

Deutsches Reich.

— Reichseinnahmen. In der Zeit vom 1. April 1897 bis zum Schlusse des Monats Februar 1898 sind im Deutschen Reiche an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern eingenommen worden: Zölle (403 789 395 M. (+ 6 244 728 M.), Tabaksteuer 11 379 595 M. (+ 238 842 M.), Zuckersteuer und Zuschlag zu derselben 75 213 704 M. (— 14 510 101 M.), Salzsteuer 42 573 522 M., (+ 899 557 M., Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer 14 991 416 M. (+ 2 811 818 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 93 013 784 M. (— 437 111 M.) Brennsteuer 386 874 M. (— 278 973 M.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 26 833 066 M. (+ 1 135 992 M.), Summe 668 181 356 M. (— 4 895 308 M.). — Spielkartenstempel 1 294 421 M. (+ 17 688 M.). —

— v. Miquel droht den Staatsbeamten heute durch seinen Schweinburg mit dem Zaunpfahl:

Die unabweisbare Pflicht des Landtages wird es sein, nach Abschluß der Neuordnung der Besoldungen der Staatsbeamten in der nächsten Landtags-Session diesen für die Disziplin und den guten Geist der Beamtenschaft so verderblichen Machenschaften die Axt dadurch an die Wurzel zu legen, daß konsequent über alle Petitionen um Gehaltsverbesserungen ohne weiteres zur Tagesordnung übergegangen wird.

Wenn der preußische Landtag sich eine solche Sprache gefallen läßt, dann hat Herr Miquel auch ganz recht, ihn so zu behandeln. —

— **Der nationalliberale Parteitag** ist, wohl mit Rücksicht auf die Osterferien des Reichstags, auf den 24. April verschoben worden. Die offizielle Korrespondenz der Nationalliberalen bemerkt dazu:

„Herr v. Bennigsen wird den allgemein-politischen Vortrag übernehmen. Seitens der Mitglieder des Zentralvorstandes, welche aus den verschiedensten Theilen des Reiches eingetroffen waren, wurde erneut festgestellt, daß die kürzlich veröffentlichte Deklaration der Parteileitung so gewirkt hat, wie sie beabsichtigt war: aufs neue die Geschlossenheit der Partei nach allen Seiten hin zu bekunden."

Die Unterschriften unter dem Sammlungs-Aufruf und der von nationalliberaler Seite angeregte Gegen-Sammlungs-Aufruf beweisen den fortschreitenden raschen Zerfall, sicherlich aber nicht die Geschlossenheit der nationalliberalen Partei. —

— **Ein Nachtragsetat für Kiaotschau** ist dem Bundesrath zugegangen und den Ausschüssen überwiesen worden. Derselbe enthält die Geldforderung für Hafen- und Befestigungsanlagen u. s. w. in Kiaotschau und dürfte sich auf etwa 6 Millionen Mark belaufen.

Also die Kostenrechnung für die Chinapolitik wird aufgemacht. Aber es ist nur der Anfang. Dabei wird es nicht bleiben. —

— **Chronik der Eisenbahn-Unfälle.** Aus Essen a. d. Ruhr wird unter dem 21. März telegraphirt: In vergangener Nacht gegen 1 Uhr fuhr auf dem hiesigen Hauptbahnhof der von Düsseldorf kommende Personenzug Nr. 67 der Lokomotive des aus Dortmund gekommenen, auf das Einfahrtssignal wartenden Personenzuges Nr. 182 in die Seite. Die Maschine des Düsseldorfer Zuges wurde zertrümmert. Personen wurden nicht verletzt. Der Unfall ist der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" zufolge darauf zurückzuführen, daß der Dortmunder Zug zu weit in der Weiche vorgegangen war, was vom Lokomotivführer des anderen Zuges nicht bemerkt werden konnte. —

Kiel, 20. März. (Eig. Ber.) Im Herbst des vorigen Jahres hatte der Minister des Innern der Stadt Kiel angezeigt, daß die bislang städtische Polizei in eine königliche umgewandelt würde.

Die guten Stadtväter beschlossen nun, einer Anregung des Magistrats, dagegen Schritte zu unternehmen, **nicht** Folge zu leisten; ohne jeden Versuch auch nur eines Protestes ließ man die Anordnung des Ministers ruhig über sich ergehen und so kommt es, daß die königliche Polizei zum 1. April eingerichtet wird.

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung nun sind aber die Stadtväter in Harnisch gekommen, denn der bisherige Polizeimeister, Bürgermeister Lorey theilte mit, daß der Oberpräsident (v. Köller) ihm die Nachricht gegeben habe, daß er, der Oberpräsident an den Minister die Eingabe gerichtet habe, auch die Hafenpolizei der Stadt zu nehmen und sie der königlichen zu unterstellen. Man sieht also, der Appelit ist der Regierung beim Essen gekommen. Sollte der Minister einen der Eingabe des Oberpräsidenten günstigen Entscheid treffen, so bedeutet dies nichts weniger, daß dann die Stadt in **dem ihr gehörigen Hafen** nicht einmal das Recht hat zu bestimmen, wo und wie die Schiffe beladen werden sollen u. s. w. Es ist nun der Magistrat ausdrücklich ermächtigt, die Interessen der Stadt gegenüber dem Minister in jeder Weise zu vertreten. Eine Abordnung des Magistrats unter Beiordnung des Großrheders Geh. Rath Verlori soll nun zunächst beim Minister vorstellig werden.

Es ist ein Wunder, daß das untergebene Bürgerthum durch seine Vertretung nicht wieder beschlossen hat, die Sache über sich ergehen zu lassen. Aber vielleicht hat die Person des neuen Polizeipräsidenten, des hinterpommerschen Junkers und Landraths v. Puttkamer, eines Sohnes des Sozialistengesetz-Ministers, den Stadtverordneten in etwas ihr damaliges passives Verhalten bereuen lassen. —

— **Der bureaukratische „Vater" Staat macht 42 Familienväter brotlos!** Wohl selten ist das Wort fiat justitia pereat mundus derart zu Ehren gebracht worden, als gegenwärtig seitens der **meiningischen Regierung**. Bekanntlich ist der meininger Staat der Hauptproduzent in Schiefergriffeln, und in dieser Beziehung versteht er gegenüber seinen Konkurrenten keinen Spaß. Das zeigt folgender interessante Fall: Rechtsanwalt Mohr in Rudolstadt ist Besitzer mehrerer nicht unbedeutender Griffelschieferbrüche bei Steinach und nach dem meininger Staate wohl der Hauptproduzent von Schiefergriffeln. Behufs Unterbringung des Abraums aus seinen Brüchen kaufte Mohr einige benachbarte Wiesen, die nur den einen Fehler haben, daß über dieselben ein äußerst wenig benutzter Seitenweg führt. Ueber diesen Weg ließ Rechtsanwalt Mohr eine allen Anforderungen an solche Bauwerke genügende Holzbrücke schlagen, über welche die Abraumwagen fuhren, und zwar wurde der Bau erst ausgeführt, nachdem der **Landrath** in Sonneberg die **Erlaubniß** hierzu ertheilt hatte. Nachdem die Brücke dem Betriebe bereits übergeben war, verlangte die Regierung in Meiningen, daß die Brücke wieder abgerissen werde, da der Staat Besitzer der über dem Wege liegenden **Luftlinie** sei! Mohr protestirte, wurde aber vom Landgerichte Rudolstadt abgewiesen; das angerufene Reichsgericht setzte die Entscheidung aus, fällte aber einen Vorentscheid dahingehend, daß die Brücke gegen eine zu hinterlegende Kaution von 5000 Mark vorläufig stehen bleiben könne. Trotzdem wurde die Brücke (also bevor das Reichsgericht ein endgiltiges Urtheil gesprochen hat!) in der Nacht vom 21. auf den 22. Februar d. J. abgesägt. Auf eine die Sachlage darstellende öffentliche Erklärung des Rechtsanwalts Mohr antwortete die Regierung, ebenfalls in einer öffentlichen Erklärung, daß der betreffende Zimmermeister ohne „direkten" Auftrag der Regierung die Brücke abgesägt habe. Daraufhin ließ Mohr die Brücke wieder aufbauen. Nachdem dieselbe gebrauchsfertig, wurde Mohr jedoch ein Schreiben des Ministeriums zugestellt, **welches ihm die Benutzung der Brücke untersagt** und für jeden einzelnen Uebertretungsfall eine Strafe von 50 M. androht. Hierauf antwortete Mohr nun mit vollständiger Einstellung des Betriebes, sodaß infolge des mehr als wunderlichen Entscheids der Meininger Regierung, die ihre Luftlinie nun partout nicht durch eine Brücke verunziren lassen will, 42 **Familienväter brotlos sind.** Die Entrüstung in Steinach und Umgegend ist deswegen allgemein. Nach der letzten Nachricht hat Rechtsanwalt Mohr wegen des Absägens seiner Brücke **Strafantrag gegen den Finanzminister Ziller** und den Zimmermeister **Luthardt** gestellt.

Weimarischer Landtag. (Eig. Bericht.) Erst nach wochenlangem Bemühen des Finanzausschusses gelangte das Lehrerbesoldungs-Gesetz im Plenum zur Berathung. Als Grundgehalt wurden 1000 M. für jeden festangestellten Lehrer beschlossen, die Alterszulagen wurden nach je fünf Jahren bei fünf Stufen, viermal 200, und in der letzten Stufe mit 100 M. steigend, angenommen. Die Debatten lieferten den Beweis, daß die Abgeordneten der linksstehenden Parteien der Volksschule weit sympathischer gegenüber stehen, wie die Herren auf der Rechten. Ganz aus dem Häuschen geriethen sie, als auf die politischen Anzapfungen des Herrn v. Boyneburg unser Vertreter, der Abg. **Baudert**, erklärte, hier kann jeder sein Licht leuchten lassen wie er will, aber die gehörten Ansichten des Abg. Boyneburg liefern aufs neue den Beweis, daß in ihrer Ansicht über den Sozialismus auch die weimarischen Junker beschränkt sind. — Der Forderung der Linken um weitere Aufbesserung der Lehrergehälter und einer damit verbundenen Erhöhung der Ausgaben trat der Chef des Finanz-Departements, v. Rothe, mit dem Bemerken entgegen, daß er dann seine Konsequenzen daraus ziehen werde. Da man schon längere Zeit davon munkelt, daß dem Herrn Staatsrath günstigere Anerbieten gemacht worden seien, nahm man diese Ausführungen als ein „Entweder—Oder" auf. Die namentliche Abstimmung ergab: 19 Abgeordnete im Sinne des Herrn Departements-Chefs und 14 Abgeordnete dagegen. — Ende dieser Woche findet voraussichtlich die **Vertagung** des Landtages statt. —

— **Der württembergische Landtag**, der seit einigen Tagen die Arbeit wieder aufgenommen hat, erledigte in seiner Sitzung vom Freitag den einschneidendsten Artikel des Entwurfs zur **Revision der Verfassung**. Vor Eintritt in die eigentliche Berathung des Entwurfs hatten die Privilegirten, denen dieser bekanntlich stark zu Leibe geht, versucht, der ganzen Berathung dadurch Schwierigkeiten zu bereiten, daß sie für jeden einzelnen Punkt des Gesetzes eine Zweidrittel-Mehrheit verlangten. Dieser Versuch mißglückte und so begann am Donnerstag die Berathung des Entwurfs. In einer zweitägigen Debatte war das interessanteste, daß der Ministerpräsident v. Mittnacht gegenüber der deutschen sog. liberalen Partei das Proportionalwahlsystem vertheidigen mußte. Und er that dies in vernichtender Weise. Bei der Abstimmung wurde dann der Art. 4 des Gesetzes mit 54 gegen 29 Stimmen angenommen, nach welchem die Zweite Kammer in Zukunft zusammengesetzt sein soll aus 1. 63 Abgeordneten der einzelnen Oberamts-Bezirke, 2. 8 Abgeordneten der Stadt Stuttgart und je 1 Abgeordneten der Städte Tübingen, Ludwigsburg, Ellwangen, Ulm, Reutlingen, Heilbronn und 3 aus 21 Abgeordneten, die aus den vier Regierungskreisen des Landes mittels Verhältnißwahl (Proportionalwahl) gewonnen werden. Gegen den Artikel stimmten die Ritter und Prälaten (Privilegirten) und die meisten Mitglieder der deutschen Partei. —

Aus Baden, 18. März. (Eig. Ber.) Heute und gestern war im badischen Landtag „Eisenlohrdebatte". Die Opposition und speziell die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie rechnete bei Gelegenheit der Berathung des Budgets des Ministeriums des Innern mit dem badischen „Wahlminister" gründlich ab. Der demokratische Abg. **Venedey** behandelte in einer längeren Rede, in welcher er allerdings sein sonstiges Niveau von parlamentarischer Beredsamkeit nicht erreichte, die famosen Wahlpraktiken des Herrn Eisenlohr und speziell die bei ihm so beliebten und ohne große Beschränkung geübte Wahlbeeinflussung durch die „Amtsverkündiger". Herr **Wacker**, der Führer des Zentrums, holte zu einem wuchtigen Schlage gegen das Ministerium Eisenlohr aus, indem er dem Ministerium, welches das schwächliche, vom Zentrum eingebrachte Mißtrauensvotum nicht ernst zu nehmen erklärte, mit Steuerverweigerung drohte, „wenn auch nicht in dieser, so doch in nächster Session." Man kann es der Regierung nicht verübeln, wenn sie diese Drohung seitens einer Partei, die es abgelehnt hatte, für die von unseren Genossen eingebrachte schärfere Form des Mißtrauensvotums zu stimmen, nicht sehr ernst nimmt. Eine sehr gründliche Generalabrechnung mit dem System Eisenlohr, dessen Konto bei der sozialdemokratischen Partei Badens sehr belastet ist, hielt Genosse **Adolf Geck**. Er erklärte es als unbestreitbar, daß das Ministerium des Innern in der schneidigsten Weise gegen die Sozialdemokraten vorgeht.

Hierauf schilderte er das Verbot sozialdemokratischer Versammlungen bei Kehl, wobei wirklich große Chikanen vorgekomen seien. Auch in eine geschlossene Versammlung drang ein Bezirksbeamter ein und holte sich eine Nase; ein anderer brachte einen Straßburger Polizeikommissar zur Ueberwachung nach Kehl, über welche Ungehörigkeit ihn ein Arbeiter aufklärte. Eine solche Bekämpfung fürchte die Sozialdemokratie nicht. Einer Sozialistenversammlung in Offenburg wurde der Ausschank von Getränken verboten, obwohl bei der Abstimmung über die Bedürfnißfrage zu Beginn der Versammlung dieselbe einstimmig bejaht wurde. Man wollte weiter die Leute zwingen, im Gänsemarsch 2 und 2 vom Bahnhofe durch die Stadt zu gehen. In Offenburg sind die Gendarmen ebenfalls selbst in Vereinsversammlungen eingedrungen. Am 9. Januar wurde auch die sozialdemokratische Landesversammlung überwacht; letztere habe beschlossen, daß dagegen im Landtag Protest eingelegt werde. Nur Volksversammlungen, d. h. Versammlungen mit unbeschränktem Zutritt, sind nach dem Vereinsgesetz zu überwachen. Ueber alle möglichen Vereinigungen werden die Statuten und Mitgliederverzeichnisse einverlangt, namentlich bei Fachvereinigungen. Und doch bezeichnet das Fabrikinspektorat solche Vereinigungen für nothwendig. Es gebe noch viele niedere Polizei-Organe in Baden, die heute noch nicht wissen, daß das Sozialistengesetz seit acht Jahren nicht mehr besteht, es wird die Verbreitung von Flugblättern verboten. Vergißt so ein Verbreiter einmal, ein Pflichtexemplar dem Bürgermeister abzugeben, dann werden große Strafen verfügt von 12—15 M. Unsere Polizei unterstützt die Militärbehörde bei ihrer Verhängung des Boykotts über Geschäfte. Durch die Bekämpfung der Sozialdemokraten, wie sie der Regierung beliebe, geschehe der Sozialdemokratie kein Abbruch, und wenn er hier ein gleichmäßiges, gerechtes Verfahren allen Parteien gegenüber verlange, so thue er es im Hinblick auf das Ansehen der Verfassung.

Minister **Eisenlohr** erwiderte in einer ebenso erregten als wirkungslosen Rede, deren Quintessenz war, daß den Sozialdemokraten ja die Entscheidung der Streitfälle durch den Verwaltungsgerichtshof offen stehe. Daß auf diesem Wege nichts gegen Herrn Eisenlohr auszurichten ist, das weiß natürlich der Minister selber. In der heutigen Debatte wurden weitere „Eisenlohriaden" behandelt. Von unseren Genossen ergriff heute keiner das Wort. Doch wird dies wahrscheinlich in der Fortsetzung der Debatte am nächsten Montag geschehen. —

Aus Elsaß-Lothringen, 19. März. (Eig. Ber.) Die Affäre mit den erkennbaren Stimmzetteln, deren Held der Kreisdirektor **Peucer** in Erstein war, hat jetzt ihren Abschluß gefunden. Der Herr Kreisdirektor, der in seinem blinden staatsretterischen Eifer anläßlich der 98er Reichstagswahlen erkennbare Stimmzettel mit dem Namen des Regierungskandidaten hatte herstellen lassen, um in den Fabrikorten feststellen zu können, wer sozialistisch wähle; der Herr Kreisdirektor, dem zeugeneidlich nachgewiesen wurde, daß er den Drucker jener Zettel zu unwahren Aussagen gegenüber dem recherchirenden Polizeikommissar zu verleiten versuchte; der Herr Kreisdirektor, bezüglich dessen selbst unser Diktaturminister von Puttkamer im Landesausschuß zugeben mußte, daß er seine Amtspflichten gröblich verletzt habe, dieser Herr Kreisdirektor ist nicht etwa aus seinem Amte entfernt oder zur Strafe versetzt, sondern **zum Regierungsrath beim Bezirkspräsidium in Colmar befördert** worden. Diese neueste Maßregel unseres Gouvernements, die einen Schlag ins Gesicht der ganzen Bevölkerung Elsaß-Lothringens bedeutet, wirft wieder einmal ein grelles Schlaglicht auf den Geist, in welchem im Lande der Diktatur und Ausnahmegesetze „regiert" wird. Die Wähler des Kreises Erstein-Wolsheim, deren staatsbürgerliche Rechte Herr Peucer so schmählich mißachtete, werden bei den bevorstehenden Reichstagswahlen darüber eine Quittung ausstellen, die dem Diktatur-Minister kaum gefallen dürfte. —

— **Die Wahehe** in Deutsch-Ostafrika befinden sich doch im Aufstand. Kürzlich hatte man diese Mittheilung offiziös für unrichtig erklärt. Jetzt erhält aber die „Voss. Ztg." aus Dar-es-Salaam die Bestätigung der Nachricht. —

Oesterreich.

Wien, 21. März. Bei den heutigen Ergänzungswahlen zum Gemeinderathe im dritten Wahlkörper des ersten und achten Wiener Bezirkes wurden die beiden christlich-sozialen Kandidaten gewählt. Das Parteiverhältniß ist dadurch nicht geändert. —

Schweiz.

Zürich, 20. März. (Eig. Ber.) Die ständeräthliche Kommission hat ihre Berathung der Vorlagen, betreffend die **Kranken- und Unfallversicherung**, beendet, so daß sie in der Aprilsession vom Plenum des Ständerathes behandelt werden könnten. Das geschieht jedoch nicht. Erst in der Junisession sollen sie an die Reihe kommen, so daß darüber erst im Frühjahr 1899 die eventuelle Volksabstimmung stattfinden kann. Die Kommission hat an den Vorlagen, wie sie aus dem Nationalrath hervorgegangen, verschiedene Verbesserungen vorgenommen. Sie erhöhte die Altersgrenze für den Beitritt zu den öffentlichen Krankenkassen von 40 auf 45 Jahre, stellte die freien Krankenkassen vollständig den öffentlichen Krankenkassen gleich, ertheilte den kantonalen Aufsichtsbehörden die Befugniß, in besonderen Fällen die Auszahlung eines höheren Krankengeldes als die normirten 60 pCt. des Verdienstes auszuzahlen, beschloß die Entrichtung des Sterbegeldes auch da, wo aus öffentlichen Mitteln die unentgeltliche Beerdigung bestritten wird. Sie beschloß ferner, daß der Vorstand der öffentlichen Krankenkassen aus schweizer Bürgern bestehen müsse und daß gemeinsame Berathungen der Arbeiter und Unternehmer stattzufinden haben, wenn sie vom Vorstand der Kreis-Krankenkasse, vom Ausschusse der Unternehmer oder von einer der beiden Generalversammlungen der Arbeiter und Unternehmer verlangt werden. In bezug auf die Unfallversicherung wurde beschlossen, die sogenannten Berufskrankheiten vollständig den Unfällen gleichzustellen, die Bundesversammlung zu ermuthigen, die Rente von 60 auf 66⅔ pCt. zu erhöhen und die Mitwirkung der Berufsverbände als ein „gewagtes Experiment" zu streichen. — Die meisten dieser Beschlüsse bedeuten eine Verbesserung der Vorlagen und ein Entgegenkommen gegenüber den Arbeitern, das sich insbesondere auch in der Streichung der albernen Bestimmung dokumentirt, wonach der Unternehmer dem Arbeiter bei unrechtmäßigem Fernbleiben von der Arbeit den ganzen Versicherungsbeitrag vom Lohne abziehen konnte. Wichtige Wünsche der Arbeiter sind freilich noch immer unerfüllt und es ist wohl auch nicht viel Aussicht dafür, daß sie das Plenum des Bundesrathes erfüllen werde. Immerhin haben nun beide Vorlagen einen für die Arbeiter annehmbare Gestaltung erfahren. —

England.

London, 16. März. (Eig. Ber.) Die Krankheit Lord Salisbury's beschäftigt die Presse ungemein lebhaft. Daß der „vom Himmel gekommene" Premier kränkelte, wußte man schon längst; nun die Grippe ihn zwingt, Urlaub zu nehmen, diskutirt man auf allen Seiten lebhaft die Frage seines Nachfolgers oder, für den Fall, daß er sich leidlich erholt, die Theilung seiner Aemter. Die Einen möchten, daß wenn Salisbury im Kabinet bleibt, er das Auswärtige, die anderen, daß er die Premierschaft abgiebt. Von den Sorgen des Auswärtigen Amtes möchten eine nicht geringe Zahl gerade von Tories den Führer ihrer Partei „befreit" sehen; denn so konservativ dieser in der inneren Politik ist, so sehr ist er in der auswärtigen Politik ein Minister nach dem Herzen der Liberalen. In der soeben herausgegebenen „Review of Reviews" wird Lord Salisbury als „Cobdenit" bezeichnet, und in der That ist der Abkömmling Robert Cecil-Burleigh's vor allem ein Minister des Friedens und der Tauschpolitik. Eine Sektion seiner eigenen Partei möchte ihn durch den jetzigen Schatzkanzler Hicks Beach, eine andere, hinter der der „Standard" steht, durch Lord Cromer (früher Sir Evelyn Baring) ersetzt wissen. Ob sich irgend eine nennenswerthe Anzahl von Politikern dafür erwärmt, Herrn Chamberlain im Auswärtigen zu sehen, möchte ich bezweifeln, der Mann nach dem Herzen der konservativen Jingoes ist vielmehr Sir Hicks Beach, der es im Bramarbasiren auch durchaus mit dem Exbürgermeister von Birmingham aufnimmt. Indessen scheinen auch seine Aussichten nicht übermäßig groß. Vorläufig übernimmt James Balfour, der Neffe Salisbury's, dessen Vertretung, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß nicht auch er, der jetzt erster Lord des Schatzamts und Leiter des Hauses der Gemeinen ist, eines Tages endgiltig das politische Erbe seines Onkels antritt. Hinsichtlich der augenblicklich im Vordergrunde des Interesses stehenden auswärtigen Fragen ist zu bemerken, daß Balfour schon vor zwei Jahren in öffentlicher Rede Rußlands zivilisatorische Mission in Manchurien für eine Sache erklärt hat, der England nur Sympathie entgegenbringen könne. In Petersburg und ebenso in Paris, wo man einen großen Horror vor Herrn Chamberlain hat oder zu manifestiren für gut hält, wird Balfour der genehmste der möglichen Vertreter Lord Salisbury's sein. Desgleichen wahrscheinlich im Berliner Auswärtigen Amt.

Im ganzen hat sich die Erregung über Rußlands Schritte in Ostasien bedeutend gelegt. Einmal haben sich verschiedene der sensationellen Meldungen von „Times" und „Reuter" als übertrieben herausgestellt, und dann hat sich gezeigt, daß England in Ostasien Rußland gegenüber doch mehr Trümpfe in der Hand hat, als umgekehrt Rußland gegen England. In dem Gefühl, daß England gegebenenfalls wohl in der Lage ist, für seine Interessen einzustehen, verfolgt man die Dinge im himmlischen Reich mit ruhigeren, wenn auch darum nicht weniger wachsamen Blicken. Die Debatte über Herrn Goschen's Flottenplan hat gezeigt, daß es im englischen Parlament mit bezug auf Opfer für die Marine keine Parteien giebt. Englands Existenz hängt wie die keines anderen Landes von seiner Marine ab, und das englische Volk, dessen Spannkraft heute stärker ist als je, wird eher das äußerste aufbieten, als es darauf verzichten wird, in diesem Punkte von dem Programm abzugehen, wonach seine Kriegsflotte den Flotten der zwei nächststarken Länder überlegen und einer möglichen Kombination von drei Mächten gewachsen sein muß. Nicht daß er zu viel, sondern daß er zu wenig forderte, warfen die Redner Herrn Goschen vor, so daß dieser sich förmlich entschuldigen mußte, „nur" 516 Millionen Mark zu verlangen.

Der Londoner Grafschaftsrath hat, nachdem die zwei noch ausstehenden Wahlen ebenfalls zu gunsten der Progressisten ausgefallen waren, gestern (Dienstag) die Wahl der Alderman vorgenommen. Zehn Aldermanstze waren erledigt, davon trat die progressistische Mehrheit zwei an die Gemäßigten ab und nahm zwei Gewerkschaftsvertreter — H. **Gosling**, Ewerführer, und G. **Dew** Zimmerer — auf ihre Liste, die natürlich durchdrang, so daß die Arbeitergruppe im Rath (abgesehen von bürgerlichen Sozialisten) jetzt neun Mitglieder zählt. Bei der Präsidentenwahl schlug ein Gemäßigter spöttisch John Burns vor, dem ja die progressistische Partei hauptsächlich ihren Sieg verdanke und der deshalb auf den höchsten Preis Anspruch habe. Er fand auch einen Unterstützer, aber die Mehrheit der Gemäßigten sagte sich von dieser Kampfesmanier los und Burns antwortete dem guten Mann, es gäbe eine Gabe, die der Mensch besitzen müsse, und das sei die Fähigkeit, griechische Geschenke zurückzuweisen. Er danke für die Ehre.

Italien.

Mailand, 20. März. In den Tagen vom 18. bis 22. d. M. finden hier eine Reihe von Festlichkeiten statt zum **Gedächtniß der fünf Märztage** des Jahres 1848. Heute begaben sich die **Behörden und Vereine** aus der Stadt und den Nachbarorten in feierlichem Zuge mit 120 Fahnen und 20 Musikkorps von dem Kastell nach dem zum **Andenken an die 1848er Märztage errichteten Denkmal**. Eine gewaltige Menschenmenge bildete Spalier. Am Denkmal wurden Kränze niedergelegt; die Musik spielte dabei patriotische Weisen, die Fahnenträger senkten die Fahnen und das Publikum brach in Hochrufe aus.

In Berlin war es etwas anders! —

Spanien.

— **General Blanco** verlangt die Nachsendung von Offizieren nach Kuba.

Nach einem über Key West aus Havana eingetroffenen Telegramm erfährt man aus authentischen Quellen, daß eine große Versammlung von Aufständischen unter den vornehmsten Führern im Westen der Insel bei dem General Pando stattgefunden habe, welcher sich bemüht, ihnen in persönlichen Auseinandersetzungen die Autonomie anzubieten.

Die spanische Regierung beauftragte die Leitung der Schiffswerft in Hâvre, den Bau des großen Panzerkreuzers „Kaiser Karl V." nach Möglichkeit zu beschleunigen. —

Türkei.

— **In Makedonien** verschlimmert sich die Situation. Die türkische Regierung hat starke Truppenmassen in der Gegend von Uesküeb konzentrirt und noch weitere Abtheilungen dorthin bestimmt.

In Bulgarien nimmt die Erregung über die Entwickelung der makedonischen Verhältnisse zu. Aus **Sofia** wird gemeldet: Hier trafen mehrere hundert makedonische Flüchtlinge ein, welche die Zustände in Makedonien in den düstersten Farben schildern. Die Grausamkeiten der Türken gegen die Christen dauern fort und zwar in ungeschwächter Weise, weshalb das makedonische Komitee beschloß, den Großmächten ein Memorandum zu überreichen, in welchem die Zustände ausführlich dargelegt und die verübten Grausamkeiten

mit Einzelheiten und unter Namensnennung bekannt gegeben werden. —

Griechenland.

Athen, 19. März. Nach einer Blättermeldung aus Volo hätten zwei türkische Soldaten den katholischen Priester Dalezio, während derselbe ein Tedeum anläßlich der Errettung des Königs celebrirte, durch Bajonnetstiche ermordet. Der französische und der russische Konsul hätten energische Reklamationen erhoben. Der Metropolit von Volo beschloß, daß die Feier des Leichenbegängnisses in der orthodoxen Kirche abgehalten werden solle. Die ganze griechische Geistlichkeit wird an der Feier theilnehmen. —

Amerika.

Washington, 19. März. Das Repräsentantenhaus nahm einen Beschluß-Antrag auf Herabsetzung der Importzölle auf Kanonen und Munition und Ausrüstungsmaterial für Kriegsschiffe an.

Diese Maßregel kommt natürlich in erster Linie den Aufständischen auf Kuba zu gute. —

— Zum Untergang der „Maine". Wie der „New York Herald" aus Washington meldet, soll Präsident Mc Kinley positive Kenntniß davon besitzen, daß der Bericht der Kommission nachweise, die Zerstörung der „Maine" sei durch äußeren Einfluß erfolgt. Es werde gegenwärtig eine Note über diesen Gegenstand an Spanien und eine Botschaft an den Kongreß vorbereitet. Eine Depesche des „New York Herald" aus Havana, welche über Keywest eingegangen ist, beschäftigt sich mit dem gleichen Gegenstand und sagt, das erste offizielle Zeichen, daß die Explosion auf der „Maine" durch einen äußeren Einfluß hervorgerufen worden und die Kommission in diesem Sinne Beschluß gefaßt habe, sei die Anweisung an den Kommandanten der „Maine", Sigsbee, in den aktiven Dienst zurückzukehren. Wenn der Kommissionsbeschluß anders gelautet hätte, würde das bedeuten, daß Sigsbee vor ein Kriegsgericht gestellt werden müsse.

Einer New-Yorker „Dalziel"-Drahtung zufolge führt der Untersuchungsbericht über das Unglück auf der „Maine" aus, daß die erste Explosion außerhalb des Schiffes durch eine Mine oder ein Torpedo erfolgte. Die zweite Explosion im Innern wurde durch die erste verursacht. Der Bericht stelle nicht fest, wer für das Unglück verantwortlich sei.

Dagegen meldet das „Reuter'sche Bureau" aus Washington: Der offizielle Bericht der Untersuchungskommission über die Katastrophe auf der „Maine" ist noch nicht erschienen. Derselbe ist erst Sonnabend Abend aus Keywest abgegangen. —

Parlamentarisches.

Die dritte Lesung der Militär-Strafgerichts-Ordnung im Plenum des Reichstages wird erst nach Beendigung der Osterferien auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Der im Abgeordnetenhause eingebrachte Antrag Ring, betreffend die Viehseuchen u. s. w., ist bis nach Beendigung der Etatsberathung zurückgestellt worden. Die Antragsteller haben sich damit einverstanden erklärt.

Dank.

Nach meiner Entlassung aus dem Gefängniß sind mir — der rührenden, geradezu überwältigenden persönlichen Begrüßungen hier nicht zu gedenken — von Freunden und Genossen, sowie von Vereinen, Volksversammlungen u. s. w. aus allen Theilen Deutschlands und auch aus anderen Ländern so zahlreiche Zuschriften und Telegramme der Sympathie zugegangen, daß es mir nicht möglich ist, die Zuschriften und Telegramme einzeln zu beantworten.

Ich sage daher hiermit all diesen Freunden und Genossen meinen herzlichen, tief empfundenen Dank, in den ich auch alle, die mir ihre Sympathie persönlich bekundeten, ohne daß ich Ihnen zu danken in der Lage war, ebenso wie namentlich noch die Parteipresse einbegreife, die mir so freundliche Willkommgrüße zugerufen hat. Die vier Monate der Haft — die übrigens durchaus anständig vollstreckt worden ist — haben mir Gelegenheit zum Ausruhen, zum Lernen und zur Sammlung gegeben. Und daß die „Sammlung" besser gelungen ist, als meinem ehemaligen Bundesbruder Miquel, das hoffe ich durch meine Thätigkeit im kommenden Wahlkampf zu beweisen.

Nochmals Dank! Tausend Dank!

Mit sozialdemokratischem Gruß

Berlin, 21. März 1896. **W. Liebknecht.**

Wahlbewegung.

Im Kottbuser Kreise haben die Freisinnigen beider Linien den Berliner Professor Dr. Oertmann aufgestellt.

In Liegnitz-Haynau haben die Konservativen den Gutsbesitzer Hornig aufgestellt.

In Halle a. S. hat sich die Freisinnige Volkspartei für die Kandidatur des Fabrikanten Schmidt erklärt.

Oberstlieutenant v. Egidy soll sich um eine Kandidatur in Elberfeld bewerben.

Im vierten nassauischen Wahlkreise stellen die Nationalliberalen für den nicht mehr kandidirenden Abg. Fink den Landtags-Abgeordneten Schaffner als Reichstags-Kandidaten auf.

In München wollen die Freisinnigen wieder mit den Nationalliberalen zusammengehen. Das Zentrum hat im zweiten Münchener Wahlkreis Dr. Heim aufgestellt.

Der Wahlkreis Fürth-Erlangen wird der heißumstrittenste Kreis in ganz Bayern werden. Der „Freisinn" ist durch die Aufstellung einer nationalliberal-bauernbündlerischen Kandidatur schwer in die Klemme gerathen, so daß er es kaum mehr zur Stichwahl bringen wird. Er sucht sich nun durch intensive Agitation seinen gefährdeten Besitzstand zu erhalten. Aber auch unsere Partei ist nicht müßig und agitirt namentlich auf dem Lande sehr fleißig. Die Stimmung ist für uns die denkbar günstigste, nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei Handwerkern und Bauern, so daß wir hoffen dürfen, unseren Kandidaten, den Genossen Segitz, schon im ersten Wahlgange gewählt zu sehen.

Im bayerischen Kreise Deggendorf beabsichtigt das Zentrum den Ziegeleibesitzer Muggenthaler, der Bauernbund den Dr. Ratzinger aufzustellen.

Einen Aufruf an die Frauen beabsichtigen die Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahlen zu veröffentlichen. Es soll darin an die Frauen aller Berufsstände die Aufforderung gerichtet werden, angesichts der Unmöglichkeit einer direkten Wahlbetheiligung, mittelbar ihren Einfluß zu gunsten einer Erweiterung der Frauenrechte bei den Wahlen geltend zu machen. Die Reichstagskandidaten sollen bezüglich ihrer Stellungnahme zur Vertretung der speziellen weiblichen Interessen in öffentlichen Volksversammlungen interpellirt und von ihnen die Unterstützung folgender Mindestforderungen verlangt werden: „1. Einführung der weiblichen Fabrikinspektion; 2. Freigabe der Hochschule und der sogen. gelehrten Berufe für das weibliche Geschlecht; 3. größere Berücksichtigung der Rechte der Frau als Gattin und Mutter im Bürgerlichen Gesetzbuch; 4. erhöhter Schutz der arbeitenden Frauen und 5. Bekämpfung der Unsittlichkeit."

Partei-Nachrichten.

In die Redaktion der „Mecklenburgischen Volkszeitung" in Rostock tritt diese Woche der Parteigenosse F. Starosson aus Berlin ein.

Eine neue polnische populär-wissenschaftliche Zeitschrift des Sozialismus wird unter dem Namen „Swiatło" („Licht") vom 1. April d. J. ab in London erscheinen. Die Herausgabe dieser Zeitschrift ist die Ausführung eines Beschlusses des IV. Parteitages der polnischen sozialistischen Partei Russisch-Polens; das Warschauer Zentral-Arbeiterkomitee ist der Herausgeber. Angesichts der in Rußland herrschenden Verhältnisse befindet sich die Redaktion in London (Josef Kaniowski, 119 Stepney Green Dwellings, Stepney London E). „Swiatło" soll vierteljährlich erscheinen, zum Preise von 35 Pf. pro Heft. Unter den an der neuen Zeitschrift betheiligten Mitarbeitern werden genannt: Ignaz Daszynski, St. Dzwon, St. Häcker, Jan Krzakiewicz u. a.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zum Streik der Berliner Fabrikschuhmacher! Die Fabrikanten hatten den Vertretern der Arbeiter stets erklärt, daß sie nicht gewillt seien, an der neunstündigen Arbeitszeit und an den Lohnsätzen zu rütteln. Wie sehr die Arbeiter Recht hatten, an diesen Zusicherungen zu zweifeln, geht daraus hervor, daß der Fabrikant Mauf jetzt, nachdem die Sperre über seine Fabrik aufgehoben ist, sofort die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt hat. Es war von den Arbeitern stets und ständig darauf hingewiesen worden, daß, wenn es den Fabrikanten gelänge, ihre Organisation unschädlich zu machen, die Errungenschaften vom Jahre 1896 in Frage gestellt würden. Immer deutlicher treten die Bestrebungen der Fabrikanten hervor. Nicht um die geringfügigen Forderungen handelt es sich, diese könnten die Fabrikanten getrost bewilligen, sie hätten keinen Schaden dadurch. Nein, die Organisation muß fallen oder zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden, damit die Fabrikanten freie Hand haben, Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach Willkür festsetzen zu können. Mit welchen Mitteln die Fabrikanten arbeiten, davon ein Beispiel: In zwei Fällen wurden arbeitsuchende Schuhmacher durch den Arbeitsnachweis der Fabrikanten nach ausständigen Fabriken geschickt. Als dieselben jedoch erfuhren, welchen Zwecken sie dienen sollten, trugen sie den Arbeitsnachweisschein zurück und verlangten ihre Papiere wieder. Der Leiter des Arbeitsnachweises verweigerte jedoch die Herausgabe derselben und erklärte, die Fabrikanten hätten beschlossen, jeden, welcher den Schein zurückbringt, zu verklagen (?) und 6 Wochen lang vom Arbeitsnachweis zu sperren.

In den letzten Tagen haben wieder in verschiedenen Städten im Reich Schuhmacher-Versammlungen stattgefunden, die sich mit den Berlinern solidarisch erklärten. In Dresden, Leipzig, Waldheim, Pegau, Groitzsch haben die Schuhmacher beschlossen, 5 bezw. 10 pCt. vom Wochenverdienst den Streikenden zu übermitteln. Die Schuhmacher von Hamburg, Magdeburg und Burg haben ebenfalls Unterstützung in Aussicht gestellt.

Gewerkschaftshaus. Durch die Berliner Presse geht eine Notiz über das „sozialdemokratische" Gewerkschaftshaus, die außer Mittheilungen die wir schon im Herbst vorigen Jahres brachten, eine ganze Reihe erfundener und unsinniger Behauptungen enthält. Indem wir auf unsere früheren Ausführungen verweisen, erinnern wir vor allen Dingen daran, daß die Gesellschaft damals erklärte: „Die weitere Entwickelung der Angelegenheit wird voraussichtlich keine allzu schnelle sein, die Gesellschaft ist schon jetzt begründet worden, um einen festen Kreis von sachkundigen Leuten zu schaffen, der die einschlägigen Fragen einer erneuten gründlichen Prüfung an der Hand der praktischen Verhältnisse unterzieht, gegebenen Falles aber auch sofort eine günstige Gelegenheit ausnützen kann." Wir können mittheilen, daß Geschäftsführer und Verwaltungsräthe der Gesellschaft nach beiden Richtungen hin unausgesetzt thätig sind. Wenn bisher endgiltige Beschlüsse noch nicht gefaßt werden konnten, so erklärt sich das zur genüge aus der Neuheit und des voraussichtlichen Umfanges des Unternehmens und den daraus entstandenen Schwierigkeiten.

Der Verband der Zimmerer weist in seiner Abrechnung vom vierten Quartal eine Einnahme von 29 348,04 M. und eine Ausgabe von 18 205,49 M. auf. Mit dem Bestand der Hauptkasse und der Lokalkasse beläuft sich das Vermögen des Verbandes auf 84 095,22 M.

Deutsches Reich.

Auch der letzte Angeklagte in dem Beuthener Geheimbundsprozeß vom vorigen Jahre, der Uhrmacher Eduard Tusker, gegen den die Verhandlung vertagt worden war, ist nun freigesprochen worden. Drei Strafkammer-Verhandlungen und eine Reichsgerichts-Verhandlung und keine Verurtheilung. War der ganze langwierige und kostspielige Prozeß nöthig?

Im Magdeburger Baugewerbe sind die Verhandlungen der drei Lohnkommissionen mit dem Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes gescheitert. Der letztere besteht auf der Durchführung seines Tarifs, was gleichbedeutend mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist.

Drei Freisprechungen Angeklagter hatte die Gewerkschaftsbewegung in Magdeburg dieser Tage zu verzeichnen. In der ersten Sache handelte es sich um einen groben Unfug, der durch Verhängung einer Sperre begangen sein sollte. Das Schöffengericht hatte bereits auf Freisprechung erkannt, die in der Berufungsinstanz bestätigt wurde. Der zweite Fall betraf die Einreichung des Mitgliederverzeichnisses des Gauverbandes der Bildhauer. Das Schöffengericht hatte auf 15 M. Strafe erkannt, von der Berufungsinstanz wurde das Urtheil aufgehoben und die Freisprechung ausgesprochen. Im dritten Fall wurde gleichfalls in der Berufungsinstanz vor der Strafkammer wegen einer nicht angemeldeten Versammlung, in der aber keine öffentlichen Angelegenheiten erörtert wurden, die Freisprechung verfügt.

Die Stuckateure in Hannover befinden sich seit gestern im Ausstand. Zuzug ist fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden ersucht, vorstehendes bekannt zu geben.

Der Malerstreik in Wiesbaden umfaßt 319 Streikende. Streikbrecher sind 24 bis 28 zu verzeichnen auch sollen in einem Geschäft zwei Soldaten beschäftigt werden.

Die Maurer in Köln haben beschlossen, den Lohntarif vom vorigen Jahre zur Durchführung zu bringen. Danach währt die Arbeitszeit von 7 bis 7 Uhr mit anderthalbstündiger Mittagspause, 1/2 Stunde Frühstück und 1/2 Stunde Vesper; der Stundenlohn wird von 43 auf 45 Pf. normirt. Ueberstunden sollen mit 20 pCt., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 pCt. bei Hochbauten, für Wasserbauten 60 pCt. pro Stunde bezahlt werden. Die Lohnkommission wurde beauftragt, die Forderungen sofort den Meistern zu übermitteln, um bis zum 1. April einen Ueberblick zu gewinnen.

Der Bergarbeiterausstand im Plauenschen Grunde — Häuichener Steinkohlenwerke — hat größere Dimensionen angenommen und zwar infolge des Verhaltens der Direktion. Seit Sonnabend früh sind die Belegschaften aller drei Schächte — zirka 260 Mann — ausständig. Die Forderungen sind: Wiedereinstellung eines gemaßregelten Häuers, Beseitigung der Ueberschichten, 25 pCt. Lohnzuschlag für Sonntagsarbeit, und eine kleine Lohnerhöhung. Die Ausständigen erwarten und hoffen auf materielle Unterstützung von auswärts, vor allem seitens ihrer Kollegen Deutschlands. Sendungen sind zu richten an Hermann Drechsler, Bergmann, Neuwelschhufe, Bez. Dresden.

In Mannheim sind in der Schuhfabrik von Nahm u. Kuhn Differenzen ausgebrochen.

Das Stuttgarter Arbeitersekretariat hat seinen ersten Geschäftsbericht veröffentlicht, der sich, da das Institut im März vorigen Jahres ins Leben gerufen wurde, auf die zehn Monate bis zum Schluß des Jahres erstreckt. Der Bericht enthält eine Uebersicht der gesammten Thätigkeit des Bureaus und enthält manche praktischen Winke auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung. Ueber den Umfang, den die Thätigkeit des Sekretariats angenommen hat, geben folgende Zahlen Aufschluß: Danach betrug die Zahl der mündlichen Auskünfte 5931, welchen sich noch 713 schriftliche Auskünfte beigesellten, so daß insgesammt 6644 Auskünfte zu verzeichnen sind. Durch die „Tagwacht", im Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats, wurden insgesammt 311 Auskünfte von allgemeinem Interesse gegeben. Von den 5931 Besuchern des Sekretariats waren nur 1869 als Angehörige einer politischen oder gewerkschaftlichen Organisation zu verzeichnen, die überwiegende Mehrheit aber (4062) gehörten keiner solchen an. Die Auskünfte betrafen nach der Art des Rechtsstreits und der Rechtsbelehrung 884 gewerbliche Streitigkeiten, 858 die Unfallversicherung, 521 die Invaliditäts- und Altersversicherung, 347 die Krankenversicherung, 163 betrafen Dienstverhältnisse und den Rest bildeten zumeist bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

Ausland.

Der Wiener Handschuhmacherstreik greift weiter um sich. Seit Sonnabend haben sich die Arbeiter einer großen Firma (55 Mann) dem Streik angeschlossen; dagegen haben eine Anzahl anderer Firmen die Forderungen bewilligt.

Die Eisen- und Metallgießer im Triester Lloyd Arsenal sind noch immer ausständig. Die Versuche, Ersatzkräfte aus Italien und Istrien heranzuziehen, sind gescheitert.

Die Pariser Goldschläger sind zu einem Solidaritäts-Streik provozirt worden durch die Entlassung von zwei Arbeiterinnen, die das Verbrechen begangen hatten, in einer Versammlung der Goldschläger-Gewerkschaft für die Wiederwahl des den Unternehmern verhaßten Vorsitzenden einzutreten. Der seit einigen Tagen begonnene Streik umfaßt bisher (17. März) 400 Gewerkschaftsmitglieder. Die Gewerkschaft fordert lediglich die Wiederanstellung der zwei Gemaßregelten und die Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne. Die Unternehmer suchen nämlich die Gelegenheit für Lohnherabsetzungen auszunutzen. Sie berufen sich neben der Konkurrenz der Provinz namentlich auf die deutsche Konkurrenz, welche das frühere Monopol der Pariser Goldschläger-Industrie vernichtet hätte. Die Streikenden erkennen dieses Argument nur insoweit an, als sie deshalb auf eine Erhöhung der gegenüber früheren Jahren gesunkenen Löhne verzichten. Im übrigen bestreiten sie, daß die Pariser Goldschlägerei ihre künstlerische Ueberlegenheit eingebüßt hätte. So wurden die Vergoldungsarbeiten für das neue Reichstagsgebäude von Pariser Firmen ausgeführt. In der Versammlung vom 16. März wurde die Fortsetzung des Streikes beschlossen und jede Aenderung der Lohntarife verworfen.

Unternehmer-Verbände.

Die Berliner Schneidermeister in der Konfektion wenden sich gegen diejenigen Konfektionsfirmen, welche die Arbeitslöhne erst am Montag statt am Sonnabend auszahlen, entgegen der s. Z. vor dem Gewerbegericht getroffenen Vereinbarung. Die Meister haben Beschwerde bei der Fünfzehner-Kommission der Berliner Damenmäntel-Fabrikation gegen eine Anzahl hervorragender Firmen erhoben. Die Kommission hat die betreffenden Häuser brieflich ersucht, den vor dem Gewerbegericht eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Die Meister würden sonst das Gewerbericht wieder anrufen. Die Mehrzahl der Firmen wird dem Ersuchen Folge leisten. Nur eine große Firma am Hausvoigteiplatz (der Name ist uns nicht angegeben) hat geantwortet, daß die Forderung für sie nicht maßgebend sei. Ihre Schneidermeister hätten sich schriftlich damit einverstanden erklärt, die Arbeitslöhne wie bisher Montags zu erhalten. Mithin läge keine Veranlassung vor, von diesem Brauch abzugehen.

Soziales.

Die Verwaltungen und Lagerhalter ꝛc. der sächsischen Konsumvereine hielten am Sonntag in Dresden eine gemeinschaftliche Versammlung ab, wo über die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Konsumvereins-Angestellten berathen wurde. Die Konferenz nahm eine von den beiderseitigen Kommissionen vorgeschlagene Resolution an, worin den Konsumvereinen empfohlen wird, die Arbeitsbedingungen ihrer Personale bis 1. Januar 1900 u. a. auf grund folgender Beschlüsse neu zu regeln: Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses; Geschäftsschluß an Sonn- und Feiertagen; die wöchentliche Geschäftszeit darf 78 Stunden nicht überschreiten; Gewährung einer zweistündigen Mittagspause in der Zeit von 11 Uhr vor- bis 3 Uhr nachmittags; Gewährung einer Ausgehzeit von zwei halben oder einem ganzen Tage monatlich oder an dessen Stelle jährlich 1 Woche Urlaub; die Höhe des Umsatzes darf pro Arbeitskraft (Lagerhalter, Markthelfer, Kassirerin, Verkäuferin, Arbeitsmädchen oder Arbeitsfrau) 2500 M. monatlich nicht überschreiten, wobei etwaiger Umsatz im Markengeschäft jedoch nicht eingerechnet wird. Gehaltszahlung nach Prozenten ist nicht statthaft. Die Lagerhalter sollen, außer freier Wohnung oder Miethsentschädigung, an Gehalt monatlich mindestens bekommen: Lagerhalter 1. Klasse 130 M., Lagerhalter 2. Klasse 110 M., Lagerhalter 3. Klasse 90 M. Das Gehalt soll während der ersten fünf Jahre jährlich in allen Klassen um 60 M. steigen und nach zehnjähriger Dienstzeit soll das höchste Gehalt betragen in der 1. Klasse 2000 M., in der 2. Klasse 1800 M., in der 3. Klasse 1500 M. Die Kaution soll die Höhe von 500 M. nicht übersteigen und zu dem landesüblichen Zinsfuße verzinst werden. Für die Kündigungsfrist sollen die handelsgesetzlichen Bestimmungen maßgebend sein. Das Interesse der Lagerhalter wird noch durch eine Reihe anderer Bestimmungen (z. B. Einführung der Manko-Vergütung) wahrgenommen. Sofern Vereine bessere Arbeitsbedingungen gewähren, als in den Beschlüssen der Konferenz gefordert wird, dürfen sie eine Schmälerung ihrer besseren Arbeitsbedingungen nicht vornehmen. Zur Durchführung dieser Beschlüsse und zur Beilegung von Differenzen aller Art sollen Schiedsgerichte gebildet werden.

Ueber die Einwanderung galizischer Arbeiter wird uns aus Oberschlesien geschrieben:

Galizier kommen in diesem Frühjahre wieder schaarenweise nach Oberschlesien, besonders nach dem Industriebezirk, um Arbeit zu suchen. Sie werden gern angenommen, da sie mit sehr niedrigen Löhnen zufrieden sind. Nur gelegentlich machen die Behörden Schwierigkeiten bei der Erlaubniß, Galizier zu beschäftigen. Noch systemloser verfahren sie bei den Ausweisungen, die zwar fast täglich vorkommen, aber durchaus nicht viel Personen betreffen. Die an einem Punkte über die Grenze geschafften Personen kommen ausnahmslos an einem anderen Punkte der Grenze wieder herein. Trotzdem beginnen österreichische Blätter der Grenzdistrikte sich bereits über die Ausweisungen der Galizier zu beschweren und ihre Regierung aufzufordern, Gegenmaßregeln zu ergreifen. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der galizischen Zuwanderer in Oberschlesien gestiegen, von 1892–1896 von 1902 bis auf 4860 (nach den Berichten der Fabrikinspektoren); es ist indeß mehr als fraglich, ob diese Zahlen auch nur einigermaßen zuverlässig sind. Die Kontrolle über die Galizier ist selbst im Industriebezirk äußerst mangelhaft, wie erst in rein ländlichen Gegenden!

Depeschen und letzte Nachrichten.

Mannheim, 21. März. (W. T. B.) Das hiesige Schöffengericht verurtheilte, wie die „Neue Badische Landeszeitung" meldet, den Tenoristen Abel wegen Hausfriedensbruches und Körperverletzung, begangen an der Rezensentin Richard, zu einer Gesammtgeldstrafe von 300 M.

Paris, 21. März. (W. T. B.) (Deputirtenkammer.) Der Antrag auf Wiedereinführung des Listenstrutiniums wurde, nachdem der Minister des Innern Barthou gegen denselben gesprochen hatte, mit 355 gegen 174 Stimmen abgelehnt.

London, 21. März. (W. T. B.) Bei der Station Saint-John (London) fuhr heute bei Nebel der Schnellzug aus Hastings in einen ihm voraufgegangenen Zug aus Tunbridge. Von den Reisenden des letzteren Zuges wurden drei getödtet und mehrere verletzt.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

66. Sitzung. Montag, 21. März 1898, 12 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Posadowsky, v. Goßler.

Die zweite Etatsberathung wird fortgesetzt bei dem seinerzeit zurückgestellten Titel des Extra-Ordinariums des Reichsamts des Innern, betreffend den Bau eines Präsidialgebäudes für den Reichstag (zweite Rate 300 000 M.).

Der Berichterstatter Abg. **Singer** (Soz.) empfiehlt unveränderte Annahme des Titels. Die Forderung wird darauf bewilligt.

Es folgt der Etat des allgemeinen Pensionsfonds. Die Kommission beantragt folgende Resolution:

„Den Reichskanzler zu ersuchen, über die auffallende Zunahme und Ungleichheit der in den einzelnen Kontingenten gewährten Invalidenpensionen dem Reichstage eine nähere Darlegung zugehen zu lassen."

Nach kurzer Debatte, in der Generallieutenant **v. Viebahn** sich bereit erklärt, diese Auskunft zu geben, und Graf **Vitzthum v. Eckstädt** eine Denkschrift der sächsischen Regierung über diesen Punkt in Aussicht gestellt hat, wird die Resolution angenommen und der Etat des Pensionsfonds bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichs-Invalidenfonds. Hierzu beantragt die Kommission folgende Resolution:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Mittel, welche zur Gewährung der Beihilfe von 120 M. an alle nach dem Gesetz vom 22. Mai 1895 Artikel III als Anwärter anerkannten Veteranen fehlen, durch einen Nachtragsetat für das Rechnungsjahr 1898 nachzufordern."

Abg. Graf **v. Oriola** (natl.) beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldthunlichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen unter Berücksichtigung der gesteigerten Kosten der Lebenshaltung, den berechtigten Wünschen der Militärinvaliden Rechnung getragen werden soll. Es sei längst ein Leitfaden durch den Irrgarten der Militärinvaliden-Gesetzgebung in Aussicht gestellt, aber bis jetzt habe man noch nichts davon gemerkt. Sollten die Mittel des Reichs-Invalidenfonds nicht ausreichen, so müssen Mittel aus anderen Fonds bewilligt werden. (Bravo! links.)

Abg. **Bannbach** (Rp.) meint, in den letzten Jahren sei besonders durch kaiserliche Gnade viel für die Invaliden gethan. Die Ungleichheit in der Berücksichtigung müsse jedoch beseitigt werden.

Abg. **Werner** (Reformp.): Die Mittel zur Unterstützung der Invaliden könnten durch eine allgemeine Wehrsteuer aufgebracht werden.

Abg. Graf **Roon** (k.) meint, die Unzufriedenheit in den Kreisen der Invaliden sei unberechtigt.

Abg. **Fritzen**-Düsseldorf (Z.) wünscht eine Vereinfachung der Militärinvaliden-Gesetzgebung und Zusammenstellung der in den verschiedenen Bundesstaaten geltenden Bestimmungen.

Abg. Prinz **zu Schönaich-Carolath** (wildliberal) schließt sich diesem Wunsche an.

Abg. Dr. **Förster** (wild-antisemitisch) erklärt, die Resolution Oriola fordere nur das allernothwendigste. Ehe man Feste veranstalte und Denkmäler setze, müsse für die Invaliden gesorgt werden.

Abg. **Rickert** (frs. Vg.): Bei der Zuerkennung der Pensionen dürfe nicht schematisch vorgegangen werden, sondern die Eigenart der einzelnen Fälle müsse mehr berücksichtigt werden. Vor allem sei z. B. die Erhöhung der sogenannten Verstümmelungszulage wichtig. Eine Wehrsteuer zur Deckung der Kosten sei verfehlt, das beste Mittel sei eine progressive Reichs-Einkommensteuer.

Damit schließt die Diskussion; beide Resolutionen werden einstimmig angenommen. Der Etat über den Reichs-Invalidenfonds wird genehmigt.

Die Forderung zur Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesvertheidigung wird debattelos bewilligt.

Es folgt der Etatstheil für das Reichs-Eisenbahnamt. Derselbe wird gleichfalls debattelos genehmigt.

Zu dem folgenden Punkt: Verwaltung der Eisenbahnen liegt folgende Resolution der Kommission vor: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Beseitigung der Betriebssekretärstellen nicht durch die Ernennung neuer Betriebssekretäre verzögert werde.

Abg. **Bebel** (Soz.): Die Angelegenheit hat den Reichstag bereits mehrmals beschäftigt. Es handelt sich hier um eine kleine Zahl von Beamten, die, nachdem sie Jahrzehnte lang das geleistet haben wie die Eisenbahnsekretäre, nunmehr diesen auch gleichgestellt werden sollen. Nachdem sie ihre Befähigung für diesen Posten dargethan haben, kann man jetzt nicht noch ein Examen von ihnen verlangen. Ganz sonderbar steht es um die Bewilligung der Alterszulagen; unter den Beamten, die die Zulage nicht bekommen haben, befindet sich einer, der seit dem Jahre 1871 im Dienst steht, während der erst seit 1872 im Dienst steht, sie erhält. Da muß man wirklich fragen, welche Grundsätze denn eigentlich bei der Gewährung der Zulage maßgebend sind; das Dienstalter scheint es doch nicht zu sein.

Nun noch ein paar Worte über die Bestrafung der Verfasser der Petition, die der Bericht der Kommission erwähnt. Wir müssen durchaus darauf dringen, daß ein Beamter wegen einer Petition, die er an den Reichstag richtet, nicht von seiner vorgesetzten Behörde zur Verantwortung gezogen werden darf. Wie sind denn die Namen der Petenten in die Hände jener Behörden überhaupt gelangt? Das kann nur durch wörtliche Abschrift aus den Akten des Reichstags entstanden sein. Wer hat das nun veranlaßt oder zugelassen? Ich möchte das Präsidium um Auskunft darüber bitten. Der Reichstag hat alle Ursache, sich dagegen auszusprechen, daß solche Mittel angewandt werden, um die Beamten einzuschüchtern und sie zu verhindern, zur Verbesserung ihrer Lage zu petitioniren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ich stelle den Antrag, die Petitionen der Eisenbahnbetriebs-Sekretäre, die nach dem Beschluß der Kommission für erledigt erklärt werden sollen, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Geheimrath **Wackerzapp**: Es sind überhaupt nur noch zwölf Betriebssekretäre vorhanden, die die Prüfung für die Eisenbahn-Betriebssekretärstellen noch nicht gemacht haben. Mit dieser Weigerung haben sie sich in Widerspruch mit den Anordnungen der Verwaltung gesetzt; das kann im Interesse der Autorität der Verwaltung nicht geduldet werden. Ebenso steht es mit der Verschiedenheit in der Bewilligung der Zulage; die auffallende Thatsache, die Herr Bebel anführt, erklärt sich daraus, daß die betreffenden eben zu verschiedenen Zeiten ihre Prüfung abgelegt; und erst von diesem Zeitpunkt ab erfolgt die Anrechnung in bezug auf die Zulage.

Was die Petition anlangt, so ist die Bestrafung nicht wegen des Inhalts, sondern wegen des unangemessenen Tones der Petition erfolgt. Es ist übrigens durchaus nothwendig, daß die Petitionen den Verwaltungen zur Durchsicht übergeben werden, so daß jene Kenntnißnahme der Unterschriften durchaus in der Ordnung ist.

Abg. Dr. **Hammacher** (natl.): Es herrschte in der Kommission allgemeines Erstaunen darüber, daß von Seiten der Reichstags-Verwaltung die Kenntnißnahme der Petition der Eisenbahn-Verwaltung zugestanden ist. Wenn es im Interesse der Sache nothwendig ist, daß die betreffende Verwaltung die Petition zur Durchsicht erhält, so müssen wir beanspruchen, daß ihr nur eine Abschrift derselben, und unter Weglassung der Unterschriften, überlassen wird. Anders steht es um die Beurtheilung der von Seiten der Eisenbahn-Verwaltung erfolgten Maßregel. Da sie nun einmal von der Petition Kenntniß genommen, so muß man es ihr überlassen, im Interesse der Disziplin und Autorität der Behörde gegen die Petenten einzuschreiten. Der Ton der Petition war thatsächlich nicht zu billigen. Der Reichstag kann sich in das Verfahren der Behörde nicht einmischen, er muß seine Kompetenz und die der Regierung streng auseinanderhalten. Gewisse Billigkeitsgründe sprechen trotzdem für die Petenten; es sind 50- bis 60jährige Leute, die starke Familien haben. Deshalb habe ich in der Kommission den Antrag gestellt, diesen Leuten eine Zulage zu gewähren. Ich habe nicht den Muth, den Antrag hier zu wiederholen, da er in der Kommission abgelehnt ist. Ich werde aber für den Antrag Bebel stimmen.

Abg. **Werner** (Reformp.) schließt sich dem Antrage Bebel durchaus an. Den alten Beamten brauche die Ablegung eines Examens nicht zugemuthet werden.

Abg. **Rickert** (frs. Vg.): Daß sich die Verwaltungsbehörde Abschriften von den an uns gelangenden Petitionen machen läßt, ist verfassungswidrig und durchaus unzulässig. Wir müssen jetzt Maßregeln dagegen treffen. Ich hoffe, die Regierung wird gegen die Beamten auch wegen des Tones nicht einschreiten, da sie auf unzulässige Weise in den Besitz der Unterschriften gelangt ist. Die Verwaltung greift überhaupt zu sehr in die Freiheit der einzelnen Beamten ein, sie hindert sie an dem Beitritt zu Vereinen und warnt sie, bestimmte Blätter zu halten.

Abg. **Singer** (Soz.): Wenn die Reichstags-Verwaltung es hätte wissen können, daß mit den Mittheilungen ein derartiger Mißbrauch getrieben werden würde, hätte sie gewiß die Petition nicht ausgeliefert. Nachdem es aber nun einmal geschehen ist, ist es auch nothwendig, daß festgestellt wird, ob überhaupt für die Regierung Veranlassung vorlag, in Zorn und Entrüstung über den Inhalt der Petitionen zu gerathen. Es wird hier immer so gethan, als handle es sich um ganz respektwidrige Ausdrücke in den Petitionen, während der Ton der Petitionen an sich gar keinen Grund abgiebt, gegen die Beamten vorzugehen. Die Beamten erheben allerdings den Vorwurf gegen die Verwaltung, daß auf ihre Kosten Ersparnisse im Besoldungs-Etat gemacht werden. Diese Behauptung aber entspricht nur den Thatsachen. Die Herren verrichten bei niedrigerem Gehalt die Arbeiten, für welche im Besoldungs-Etat Beamte mit höherem Gehalte vorgesehen sind. Es wird also die Differenz zwischen beiden Gehaltsklassen gespart. Der Vorwurf ist also durchaus begründet. Es heißt dann weiter in der Petition: Wir verwahren uns dagegen, daß Beamten, die 25 bis 30 Jahre im Dienst sind, noch eine Prüfung auferlegt wird, um sich dadurch die Befähigung zu einer Arbeit herzustellen, welche von ihnen bereits seit einem Menschenalter geleistet wird. Und es wird weiter darauf hingewiesen, daß innerhalb der Beamtenkreise über dieses Verlangen Worte des heftigen Unwillens gefallen sind. Das ist also das ganze Verbrechen der Beamten. Ich hoffe, die Mehrheit wird nun den Vorwurf nicht aufrecht erhalten, daß sich die Beamten im Ton vergriffen haben. Der Vertreter der Regierung hat ausdrücklich den Ton in der Petition als Grund für die Strafverfügung angegeben, aus dem Wortlaut der Verfügung ist das nicht ohne weiteres zu entnehmen. Ich will aber den Worten des Regierungsvertreters glauben und annehmen, daß die Reichs-Eisenbahn-Verwaltung nicht so tief gesunken ist, um das Petitioniren an sich unter Strafe stellen zu können. Bei der dritten Lesung des Etats wird hoffentlich der Präsident der Reichs-Eisenbahn-Verwaltung hier persönlich erscheinen. Ich möchte an die Regierung die Fragen richten, erstens wie sie dazu kommt, sich das Material der Reichstags-Petionen ausliefern zu lassen und ob das in anderen Ressorts auch Mode ist. Zweitens ob es wahr ist, daß die elsaß-lothringische Regierung alle die Beamten, welche an den Reichstag petitioniren, grundsätzlich bei der Vertheilung von Remunerationen übergeht? Wenn so verfahren wird, dürfte den Beamten die Lust am Petitioniren bald vergehen. Das Petitionsrecht der Beamten darf aber nicht eingeschränkt werden, denn es ist beinahe das einzige Recht, was der Beamte noch hat. Wir sind es nicht nur den Beamten sondern auch uns, dem Reichstag, schuldig, daß bei uns das Petitionsgeheimniß gewahrt wird. Die Beamten haben mit wahrer Lammesgeduld ihr Geschick getragen, der Ton in der Petition ist nur eine Folge der ihnen widerfahrenen Behandlung. Der Reichstag ist nicht in der Lage, in die Exekution der Regierung einzugreifen, immerhin sollte es sich die Behörde überlegen, ob sie ihre Strafverfügungen nicht doch lieber zurückziehen will. Wir können ihr das nur dringend empfehlen. Es frägt sich überhaupt, ob die Strafe zu recht besteht, da die Regierung, wenn auch nicht auf unrechtmäßige Weise aber auf unnoble Weise zur Kenntniß der Unterschriften gelangt ist. Juristen aus dem Hause mögen die Frage näher beleuchten. Wir können nur nochmals wünschen, daß den Beamten ihre Wünsche erfüllt werden. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrath **Wackerzapp**: Der Herr Abg. Singer hat behauptet, daß ich Ausdrücke aus der Petition der Beamten falsch zitirt hätte. In einer früheren Petition aber sind diese Ausdrücke enthalten. (Abg. Singer: In einer früheren!) Die Verwaltung hat ein Recht darauf, an den Verhandlungen der Reichstagskommissionen theilzunehmen. Die verbündeten Regierungen haben ein Recht darauf, von allen Eingaben an den Reichstag, die publici juris sind, und das sind die Petitionen, Kenntniß zu nehmen. Es handelt sich nicht um einen Akt der Rache, sondern um die gerechte Bestrafung der Beamten. Die Reichs-Eisenbahnverwaltung hat mit der Landesverwaltung der elsaß-lothringischen Bahnen nichts zu thun; ich kann also auf die Petitionen der elsaß-lothringischen Beamten nicht eingehen.

Abg. **Gröber** (Z.): Die Petitionen sind Akten des Reichstages, und der Reichstag hat darüber zu entscheiden, wem er Einsicht in seine Akten gestatten will. Ein absolutes Recht der Regierung auf Einsicht in die Petitionen kann ich nicht anerkennen. Im vorliegenden Falle sind die Namen der Unterzeichner offenbar durch ein Versehen mitgetheilt worden. Wir müssen Vorkehrungen treffen, daß sich solche Fälle nicht wiederholen. Gegenwärtig wird im gedruckten Verzeichniß der Petitionen der Name des ersten Unterzeichners mitgetheilt; dieser muß also sein Haupt in die Schlinge stecken. Vielleicht empfiehlt es sich aber, auch hierin eine Aenderung zu treffen. Ich behalte mir vor, zur dritten Lesung eine Resolution vorzulegen, die die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages auffordert, einen anderen Modus mit den Petitionen zu treffen. Im vorliegenden Falle kann man der Verwaltung nicht verdenken, daß sie gegen die Unterzeichner disziplinarisch vorgegangen ist, nachdem sie ihre Namen einmal erfahren hatte. Wir nehmen den Ton, der in den Petitionen herrscht, nicht so tragisch. Es scheint eben die Meinung vorzuherrschen, daß man in den Petitionen sehr kräftig sprechen muß, um gehört zu werden. Die Form der vorliegenden Petition und einzelne Ausdrücke in ihr sind allerdings nicht zu vertheidigen. Schließlich ist ja auch die Disziplinarstrafe, die verhängt worden ist, 5 M. für jeden, nicht sehr hoch ausgefallen.

Abg. Graf **Roon** (k.) wünscht, daß die Herren Sozialdemokraten nicht zu weit gehen sollen mit ihren Eingriffen in die Verwaltung. Mögen sie damit warten, bis ihr Zukunftsstaat fertig ist. Was die Petition anlangt, so ist es durchaus in der Ordnung, daß die Originale der Petitionen der Regierung vorgelegt werden. Die Regierung verdient nicht das Mißtrauen, daß man ihr im Namen der Petenten vorenthält. Der Reichstag die sollte eigentlich solche Petitionen der Beamten, die ihre vorgesetzten Behörden bekämpfen, überhaupt nicht entgegennehmen; dazu ist er nicht da, und das entspricht auch nicht seiner Würde.

Damit schließt die Diskussion; die Resolution der Kommission wird angenommen, der Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen genehmigt. Die Anträge Bebel und Hammacher werden abgelehnt.

Der Etat der Reichsschuld wird debattelos angenommen, ebenso der Etat für das Reichsschatzamt und der Etat der Veräußerung von ehemaligen Festungsterrains.

Es folgt der Etat des Bankwesens. Hierbei bringt

Graf **Arnim** (Rp.) den Diebstahl in der Reichsdruckerei zur Sprache, der eine große Beunruhigung des Publikums hervorgerufen habe. Redner bittet den anwesenden Chef der Reichsdruckerei, Staatssekretär v. Podbielski, sich über die Kontrollmaßregeln, die dort üblich sind, auszulassen, sowie auch um Mittheilung der Höhe des Verlustes.

Staatssekretär **v. Podbielski**: Die Scheine stammen sämmtlich von einem Druck her, der am 14. Januar 1897 hergestellt ist; es ist offenbar dem Oberfaktor gelungen, eine Anzahl von Ausschußscheinen bei seite zu schaffen; ihre Anzahl kann ich nicht angeben, sie läuft jedenfalls nicht in die Millionen. Ihr Papier und ihr Druck ist echt, nur die Nummer ist durch einen Handelsstempel aufgedrückt. Es gehört übrigens eine ganze Summe von Zufällen dazu, um so etwas möglich zu machen; da sind offenbar die Scheine beim Durchlochen der fehlerhaften Scheine nicht mitgelocht worden; ferner hat der Faktor sich von dem zufällig erkrankten Beamten den Schlüssel des Tresors zu verschaffen gewußt, in dem wiederum zufällig die fehlerhaften Scheine, die sonst nicht mit hineinkommen, sondern verbrannt werden, eingeschlossen waren, und endlich hat er die Packete, aus denen die Scheine entnommen waren, sich selbst zum Durchzählen zuzuschieben gewußt. Nur durch diese außerordentlichen Zufälligkeiten war es möglich, daß einmal weniger Scheine verbrannt worden sind, als verbrannt werden sollten. Zu einer besonderen Beunruhigung liegt somit kein Anlaß vor. Uebrigens besitzt der Beschuldigte außer der aufgefundenen Summe noch ein ziemlich bedeutendes Vermögen. Es wird aber die Reichsbank durch diesen Diebstahl wohl kaum nennenswerthen Schaden erleiden. (Zweifel rechts.) Jawohl, denn eine solche Verkettung von Zufällen kann wohl an einem einzigen Tage einmal passiren; es ist aber zu unwahrscheinlich, daß alle diese Umstände noch einmal zusammentreffen.

Abg. Dr. **Hammacher** (natl.) fragt an, ob die Kontrolle nur durch die beiden untergeordneten Beamten vorgenommen wird, oder ob noch ein hoher Beamter eine Oberkontrolle ausübe.

Staatssekretär **v. Podbielski** bestätigt, daß noch ein höherer Beamter die Kontrolle des Tresors ausübt.

Abg. Graf **v. Arnim** (Rp.): Ich habe die Anfrage nur gestellt, um eine Beruhigung für die Personen hervorzurufen, die Antheile an der Reichsbank haben. Die Kontrollvorschriften werden hoffentlich, wenn nöthig, noch schärfer werden.

Abg. Dr. **Hammacher** (natl.): Die Hauptsache an der ganzen Sache ist, daß nicht falsche Banknoten im Umlauf sind, das würde unsern Kredit schädigen (Sehr richtig), ein Diebstahl kommt gar nicht in betracht. Es empfiehlt sich vielleicht doch, daß ein Direktor der Reichsschulden-Kommission eine Kontrolle über das Durchstanzen ausübt. Ich bin seit Jahren Mitglied der Reichsschulden-Kommission, habe an Dutzenden von Verbrennungsprozessen theilgenommen, aber ob die Scheine sämmtlich durchstanzt waren, weiß ich nicht. (Heiterkeit.)

Staatssekretär **v. Podbielski**: Es wird jeder einzelne Schein kontrollirt, über jedes Stückchen Papier muß Rechenschaft gelegt werden. Jetzt wo das Kind in den Brunnen gefallen ist, werden wir ja noch weitere Vorsichtsmaßregeln ergreifen.

Die Diskussion wird geschlossen, der Etat des Bankwesens bewilligt, ebenso debattelos der Etat „Ueberschuß aus dem Münzwesen."

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Rechnungssachen. Vorlage betr. Konzessionirung von Kugelschrotmühlen. Dritte Lesung der Dampfersubventions-Vorlage. Dritte Berathung des Gesetzes Entschädigung unschuldig Verurtheilter.)

Schluß 6¼ Uhr.

Märzfeier.

Ueber den Verlauf der Märzfeier liegen heute zahlreiche Meldungen vor, die insgesammt den Eindruck erwecken, daß die Feier in imposanter, würdiger Weise verlaufen ist — ein Eindruck, der auch dadurch nicht verwischt wird, daß an einigen Orten, besonders in Sachsen die Polizei störend eingriff. In allen Versammlungen wurden dem Genossen Wilhelm Liebknecht anläßlich seiner Rückkehr am 18. März aus dem Gefängniß in die preußisch-deutsche Freiheit begeisterte Ovationen entgegengebracht.

Aus den Berliner Vororten ist noch nachzutragen, daß in Neu-Weißensee, Friedrichshagen, Friedrichsfelde und in Schöneberg gut besuchte Versammlungen stattfanden.

Die Spandauer Parteigenossen hatten nach dem Referat des Genossen Litfin eine gesellige Unterhaltung arrangirt, die zur allgemeinen Zufriedenheit verlief.

In Potsdam und Luckenwalde erfreuten sich die Versammlungen eines zahlreichen Besuchs.

In Brandenburg war die Versammlung ungewöhnlich stark besucht und fand das Referat des Reichstags-Abgeordneten Peus lebhafte Zustimmung.

Aus Zossen wird uns eine recht humorvolle Polizeithat mitgetheilt. Ein dortiger Parteifreund hatte einen Kranz mit entsprechender Inschrift bestellt und den Betrag für die Spende unter Bekannten gesammelt. Der Gärtner — wohl ein sehr ängstlicher Herr — wollte sich zur Anfertigung der Arbeit erst die Zustimmung der Polizei einholen. Der Zossener Polizei muß aber die Sache höchst bedenklich erschienen sein, denn sie konfiszirte das beim Gärtner angezahlte Geld und hielt in der Wohnung des Auftraggebers eine Haussuchung ab. Jetzt hat sie ihn sogar mit einem Strafmandat in Höhe von 5 M. beglückt. Darüber wird sie wohl eines anderen belehrt werden. Schließlich sei bemerkt, daß trotzdem der Kranz niedergelegt wurde, wenn er auch nicht einer Zossener Gärtnerei entstammte.

Die Parteigenossen in Görlitz hatten eine gut besuchte Versammlung. In Breslau und Liegnitz stand den Theilnehmern bei dem Lokalmangel leider kein Versammlungssaal zur Verfügung, wie es den Verhältnissen entsprochen hätte.

Magdeburg. Aus Anlaß der polizeilichen Verhinderung ihrer Märzfeier am 17. März hatten die hiesigen Parteigenossen eine Versammlung am 20. März einberufen mit der Tagesordnung: „Ursachen und Folgen der März-Revolution". Das Versammlungslokal war so überfüllt, daß auf polizeiliche Veranlassung nach der Absperrung aller Ein- und Ausgänge noch hunderte der Besucher den Saal verlassen mußten. Endlich nach stundenlangem Warten und Parlamentiren konnte die Versammlung eröffnet werden.

Auch diesmal, wie bei der Feier vom 17. März, hatte der Abgeordnete Kunert den Vortrag übernommen. Nachdem der Referent an der Hand geschichtlicher Thatsachen die Gründe der Märzerhebung in ½stündiger Rede gezeigt hatte, verweilte derselbe für wenige Momente bei den Szenen, die sich am 19. März 1848 im Schloßhof zu Berlin abspielten. Da ging die von allen bei den Magdeburger Ausnahmezuständen erwartete Auflösung der Versammlung vor sich. Der betreffende letzte Satz des Redners hatte nachstehenden Wortlaut: „Das Volk sang Jesus meine Zuversicht, und es ist unbezweifelbar, daß für die ganze politische Situation von damals Ferdinand Freiligrath recht behalten hat, als er voll zornigen Muthes ausrief: Ein Eisen meine Zuversicht, wäre passlicher gewesen."

In die Auflösungsformel des Kommissars hinein erscholl ein von dem Referenten ausgebrachtes brausendes Hoch der Versammelten auf den Reichstags-Wahlkampf von 1898, worauf die Magdeburger Genossen die Versammlungslokalitäten verließen. —

Der nächste Versuch, die begonnene Märzfeier in Magdeburg zum Abschluß zu bringen, soll am Donnerstag, den 24. d. M., unternommen werden.

Mag auch dieser Versuch ausfallen, wie er will; erst bei der diesjährigen Reichstagswahl wird die Magdeburger Polizei klar erkennen, von welcher Art die Früchte sind, welche ihr Vorgehen gezeitigt hat. Glück zu! —

In Burg bei Magdeburg sprach Poetzsch-Berlin vor etwa 800 Personen. Die Feier, die durch einen Gesangsvortrag des

dortigen Arbeiter-Gesangvereins eingeleitet wurde, nahm einen würdigen Verlauf. Die Polizei hatte den Frauen den Zutritt verboten. Selbstverständlich wird gegen dies gesetzwidrige Verbot Beschwerde erhoben werden.

Die Versammlung in **Arnstadt** war aus Gründen der öffentlichen Ordnung verboten. In **Nordhausen** war die Betheiligung eine recht rege. Die Parteigenossen aus **Gera, Braunschweig** und **Hannover** melden eine überaus starke Theilnahme und Absperrung der Versammlungslokale. Auch aus **Frankfurt a. M.** und der Umgegend, aus **Hanau, Offenbach, Mainz, Kassel, Elberfeld, Bielefeld, Brackwede** können die Parteigenossen über einen äußerst befriedigenden Verlauf der Feier berichten.

Unsere Seestädte **Bremerhaven, Bremen, Kiel, Stettin** sowie **Hamburg** mit seinen vielen Nachbarorten zeigten entsprechend den zahlreichen Partei-Anhängern in diesen Orten eine mächtige Kundgebung für die Märzkämpfer. In **Wandsbek** hatte eine Versammlung von 2000 Personen beschlossen, dem Parteigenossen Liebknecht folgendes Telegramm zu übermitteln: Märzversammlung Wandsbek, 2000 Personen, beglückwünscht den alten Soldaten der Revolution. Das Hamburger Haupt-Telegraphenamt beförderte dieses Telegramm nicht, weil der Inhalt als **unzulässig** erachtet wurde.

In **Schleswig-Holstein** fanden in allen größeren Städten und auch in zahlreichen kleineren gut besuchte Versammlungen statt. **Sachsen** glänzt natürlich wieder durch zahlreiche Versammlungsverbote und andere kleine Polizei-Unternehmungen. Ueber die Konfiskation der „Sächsischen Arbeiter-Ztg." liegt heute die Mittheilung vor, daß die Religionsschmähung in dem Abdruck eines „Glaubensbekenntnisses" aus der „Deutschen Reichsbremse" vom Jahre 1849, erschienen unter der Verantwortlichkeit von Ernst Keil in Leipzig, des langjährigen Verlegers der Gartenlaube gefunden werden soll. Das ist außerordentlich charakteristisch für die heutigen Zustände in Sachsen. Was 1849 unbeanstandet veröffentlicht werden durfte, was ein vielgeehrter Angehöriger der Bürgerklasse ruhig zu drucken unternahm, das veranlaßt heute, nach einem halben Jahrhundert, zur Beschlagnahme einer sozialdemokratischen Zeitung, die es nur abdruckt zur Kennzeichnung des Geistes, der das Bürgerthum damals beherrschte.

In **Hainichen** und **Kappel** wurden die Versammlungen verboten. In **Leipzig** mußten unsere Parteigenossen schon sehr frühzeitig das Lokal absperren, in dem an 2000 Personen Platz gefunden hatten.

In **Württemberg** zeichnete sich besonders Stuttgart durch eine imposante Kundgebung aus.

Aus **Nürnberg** wird uns berichtet, daß die Märzfeier noch nie so großartig verlaufen ist als in diesem Jahre.

Die Märzfeier in Baden ist im ganzen Lande vorzüglich verlaufen; nur in **Mannheim** glaubte das Bezirksamt durch ein Verbot der Kranzniederlegung am Grabe der Opfer der Mannheimer Reaktion von 1849 den Beweis liefern zu müssen, daß die Reaktion noch nicht todt ist — was man gewiß auch ohne diese Polizeithat geglaubt hätte. Interessant ist der § 30 des badischen Polizei-Strafgesetzbuches, auf grund dessen das Verbot erging. Derselbe giebt es dem Ermessen der Polizeibehörde anheim, „unabhängig von der strafgerichtlichen Verfolgung rechts- und ordnungswidrige Zustände zu beseitigen und deren Entstehung oder Fortsetzung zu verhindern". Wie man sieht, ein Paragraph, mit dem sich außer Verboten von Demonstrationen alles mögliche Schöne machen läßt. Im übrigen Lande that sich die Polizei nicht hervor. In Offenburg, der alten Revolutions- und Versammlungsstadt von 1848/49, glänzte die Polizei sogar durch völlige Abwesenheit während der sehr eindrucksvoll verlaufenen Märzfeier. Sollte die Eisenbahrdebatte das Wunder bewirkt haben?

— **Die Standrechts-Opfer des Jahres 1849** schlafen nun schon an die 49 Jahre — im Sommer des nächsten Jahres feiern **sie** ihr Jubiläum — aber noch flößen sie ihren Feinden Furcht ein und lassen sie nicht in Ruhe schlafen. Als am Sonntag eine Anzahl badischer Genossen die Gräber der Standrechts-Opfer in **Rastatt** besuchen wollten, wurden sie durch ein großes Aufgebot von Polizei am Betreten des Kirchhofs verhindert. Nur einigen wenigen wurde erlaubt, an die Gräber zu gehen und Kränze niederzulegen. —

Lokales.

Das Ergebniß der Steuereinziehung ist im Rechnungsjahr 1896/97 in Berlin im ganzen ein **günstigeres** gewesen als 1895/96. Der eben veröffentlichte Bericht der städtischen Steuerdeputation über 1896/97 hebt das hervor und erklärt es aus dem „Aufschwung der Mehrzahl der Handels- und Industriezweige Berlins", der auf den Eingang der Steuern vortheilhaft eingewirkt und bei den meisten Steuerarten eine beträchtliche Verringerung der Reste zur Folge gehabt habe. Die einträglichsten und wichtigsten unter den verschiedenen Steuerarten sind die **Einkommensteuern**. Im Jahre 1896/97 (bezw. 1895/96) mußten bei der **Gemeinde-Einkommensteuer** von der etatsmäßigen Soll-Einnahme (sammt den Resten aus den Vorjahren) niedergeschlagen werden: wegen Nichtverpflichtung 3,21 (3,31) pCt., wegen Unbeitreiblichkeit 1,65 (1,60) pCt., im ganzen 4,86 (4,91) pCt. In Rest blieben außerdem 1,08 (1,62) pCt., sodaß die Ist-Einnahme 94,06 (93,47) pCt. — nach Abzug von 2,48 (2,89) pCt. Rückzahlungen nur 91,58 (91,08) pCt. — des Solls betrug. Bei der **Staats-Einkommensteuer** wurden von dem etatsmäßigen Soll (sammt Kosten) niedergeschlagen: wegen Nichtverpflichtung 3,32 (3,10) pCt., wegen Unbeitreiblichkeit 1,39 (1,36) pCt., im ganzen 4,71 (4,46) pCt. In Rest blieben 1,21 (1,50) pCt. Die Einnahme stellte sich demnach auf 94,08 (94,04) pCt. — nach Abzug von 1,47 (1,24) pCt. Rückzahlungen nur auf 92,61 (92,80) pCt. — des Solls. Trennt man aber die Einkommen bis 3000 M. von den Einkommen über 3000 M., wie es für die Staats-Einkommensteuer im Bericht geschieht, so ergiebt sich, daß bei den **größeren Einkommen** nur 2,53 (2,16 pCt.) des Steuer-Solls wegen Nichtverpflichtung und 0,23 (0,17) pCt. wegen Unbeitreiblichkeit niedergeschlagen wurden und nur 0,80 (1,17) pCt. in Rest blieben, während bei den **kleinen** 6,72 (7,18) pCt. wegen Nichtverpflichtung, 6,36 (6,54) pCt. wegen Unbeitreiblichkeit niedergeschlagen werden mußten und 2,98 (2,95) pCt. restirten. Bei dem Einziehungs-Ergebniß der Gemeinde-Einkommensteuer fehlt in dem Bericht die Gruppirung nach der Höhe des Einkommens. Natürlich würde sich hier derselbe Gegensatz zeigen.

Schutzmänner und Frauen. Bei dem Durchstöbern der Literatur, welche sich auf das Jahr 1848 bezieht, stoßen wir auf ein Kapitel, welches augenblicklich wieder von Interesse ist. Die Berliner Schutzmannschaft ist im Jahre 1848 geboren worden, während der Sicherheitsdienst früher von Gendarmen und von der Bürgergarde versehen worden war. „Weit entfernt davon, die Freiheit der Bürger beeinträchtigen oder das ängstliche Bevormundungssystem des Polizeistaats zurückführen zu wollen, soll das neue Institut nur der Wächter und Vorkämpfer für das Gesetz sein" hieß es in der Proklamation des Polizeipräsidenten vom 22. Juli 1848. Jedoch gleich in den ersten Tagen ihrer Thätigkeit erregten die Schutzmänner in einer an die jüngsten Vorkommnisse erinnernden Weise das Mißfallen der Berliner Bürgerschaft. Streckfuß erzählt in seiner Geschichte Berlins im 19. Jahrhundert, die bereits vor Jahrzehnten erschienen ist:

Am 24. Juli erschienen zuerst die Schutzmänner in ihren blauen Röcken mit zwei Reihen Knebelknöpfen, den Säbel an der Seite, den numerirten schwarzen Hut auf dem Kopfe in den Straßen Berlins. Während der ersten Tage zeigten sie sich noch etwas schüchtern, bald aber begannen sie einen Polizei-Eifer zu entwickeln, der sogar den der früher in Berlin so unbeliebten Gendarmen überbot.

Anfangs richteten sie ihre Polizeigelüste vorzugsweise gegen die zahlreich abends auf den Straßen umherstreifenden lüderlichen Dirnen. Dies ließen sich die Berliner gern gefallen, denn die Prostitution hatte bei der mangelnden Polizei-Aufsicht in den letzten Monaten so sehr überhand genommen, daß die Dirnen wirklich schaarenweise die belebtesten Straßen unsicher machten. Mißfällig erschien es allerdings, daß die Schutzmänner bei der Verhaftung allein auf den Straßen umherstreifender Mädchen oft mit brutaler Rücksichtslosigkeit verfuhren, ja daß sie sogar einzelne anständige Damen mit Straßendirnen verwechselten und zum Polizei-Arrest abführten. Aber man entschuldigte solche Uebergriffe mit der noch mangelnden Polizei-Uebung, und erst, als die Polizisten nach und nach zum Bewußtsein ihrer polizeilichen Würde gekommen waren und nun auch ihren Eifer gegen die Bürgerschaft selbst entfalteten, fing diese an, zu begreifen, daß sie bei der Vertauschung der Gendarmen gegen die Konstabler nicht gerade etwas gewonnen habe.

Für den Antrag Perls wegen Niederlegung eines Kranzes auf den Gräbern der Märzgefallenen haben in der letzten Stadtverordneten-Versammlung folgende 58 Stadtverordnete gestimmt:

Bähnisch, Borgmann, Bracke, Cassel, Dinse, Drenske, Dupont, Fasquel, Försterling, Friedemann, Fritsch, Gieshoit, Ginsberg, Gleinert, Karl Goldschmidt, Friedrich Goldschmidt, Hauer, Heilmann, Herbig, Hermes, Herzfeldt, Homann, Jacoby, Kalisch, Klaar, Kreitling, Ladewig, Langenbucher, Langerhans, Liebenow, Marggraff, Matterne, Mentel, Mertens, Mühlberger, Neumann, Paul, Perls, Preuß, Raaz, Reimann, Riemer, Rosenow, Hugo Sachs, Schem, Schröter, Max Schulz, Gottfr. Schulz, Singer, Sutter, Tolksdorf, Ullstein, Ulrich, Vogtherr, Weiß, Wernau, Wilke Zylicz.

Gegen den Antrag stimmten folgende Mitglieder:

Alt, Baumann, Baumgarten, Bergemann, Buchow, Cremer, Eisolt, Esmann, Fähndrich, Förster, Frentzel, Friederici, Friedländer, Emil Gehricke, George, Wilh. Gericke, Gerstenberg, Giese, Jordan, Kleefeld, Kullmann, Lemcke, Lemp, Leo, Liebermann, Lucae, Lüben, Meißner, Michelet, Mießner, Mommsen, Mosch, Pretzel, Quednow, Reichnow, Salge, Schmeißer, Schwalbe, Seeger, Seibert, Wiese.

Der Friedhof der Märzgefallenen war auch am Sonntag überaus zahlreich von der Berliner Arbeiterschaft besucht. Desgleichen war die „Ordnung" in einem großen Aufgebot von Schutzleuten vertreten. Bei alledem herrschte eine musterhafte Ordnung. Wann wird man im Polizeipräsidium oder richtiger im Ministerium des Innern endlich einsehen, daß die Arbeiterschaft gewohnt ist, in ihrem Interesse selber Disziplin zu üben und hierbei keinerlei Beihilfe durch uniformirte Personen bedarf? Unter den Besuchern des Friedhofes fielen einige russische Studenten in ihren Uniformen besonders auf. Einem auf Urlaub in Berlin befindlichen Soldaten, der gleichfalls den Friedhof besichtigen wollte, wurde — wie eine Lokalkorrespondenz zu berichten weiß — von den überwachenden Beamten bedeutet, daß es in seinem eigenen Interesse läge, davon Abstand zu nehmen, worauf sich der Gewarnte entfernte.

Der Straßenhandel mit Gegenständen des Wochenmarktverkehrs wird vom 1. April in folgenden Straßen verboten:

§ 1. I. Straße an der Stadtbahn von der Straße „An der Spandauer Brücke" bis zur Königstraße (Alexanderplatz), die Panoramastraße, die Gontardstraße, die Neue Friedrichstraße von der Straße „An der Spandauerbrücke" bis zur Königstraße, die Alexanderstraße von der Kleinen Alexanderstraße bis zum Alexanderplatz, die Straße „Am Königsgraben", die Kalandsgasse, die Kaiser Wilhelmstraße vom Neuen Markt (Südseite) bis zur Münzstraße, die Rochstraße, die Königstraße vom Alexanderplatz bis Jüdenstraße, Hoher Steinweg.

II. Die Lindenstraße vom Belle-Allianceplatz bis zur Markgrafenstraße, die Friedrichstraße vom Belle-Alliance platz bis zur Zimmerstraße, die Mauerstraße von der Leipzigerstraße bis zur Friedrichstraße Ecke Zimmerstraße, die Zimmerstraße von der Wilhelmstraße bis zur Friedrichstraße, die Krausen- und Schützenstraße zwischen der Mauer- und Friedrichstraße.

III. Die Dorotheenstraße und das Reichstags-Ufer von der Neuen Wilhelmstraße bis zu Neustädtischen Kirchstraße, die Schadowstraße.

IV. Der Pappelplatz, die Invalidenstraße von der Gartenstraße bis zur Brunnenstraße, die Ackerstraße von der Invalidenstraße bis zur Elsasserstraße, die Brunnenstraße von der Veteranenstraße (Invalidenstraße) bis zur Elsasserstraße (Lothringerstraße), die Elisabeth-Kirchstraße.

V. Die Oranienstraße vom Moritzplatz bis zum Oranienplatz, der westliche Theil des Oranienplatzes, die Dresdenerstraße von der Buckowerstraße bis zum Oranienplatz, die Buckowerstraße, das Luisen-Ufer vom Oranienplatz bis zur Buckowerstraße, die Luckauerstraße.

VI. Die Blumenstraße von der Marktusstraße bis zur Andreasstraße, der Grüne Weg von der Marktusstraße bis zur Koppenstraße, die Andreasstraße von der Kleinen Andreasstraße bis zur Großen Frankfurterstraße, die Krautstraße von der Kleinen Andreasstraße bis zur Großen Frankfurterstraße.

VII. Die Müllerstraße von der Chausseestraße bis zur Ringbahnüberführung an der Lynarstraße, die Chausseestraße von der Müllerstraße bis zur Liesenstraße, die Schulzendorferstraße, die Kinkelstraße von der Schulzendorfer- bis zur Dalldorferstraße, die Dalldorferstraße, die Fennstraße von der Müller- bis zur Reinickendorferstraße, die Ravenéstraße, die Reinickendorferstraße vom Nettelbeckplatz bis zur Müllerstraße, der Nettelbeckplatz, die Lindowerstraße von Nr. 11—13 und von Nr. 14—16, die Gerichtstraße von Nr. 27—33 und von Nr. 56—60, die Pankstraße von Nr. 1—3a und von Nr. 54—56.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des § 1 werden mit Geldbuße bis zu 30 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe tritt, bestraft.

Eine neue Verordnung über die äußere Heilighaltung der **Sonn- und Feiertage** hat der Polizeipräsident gestern erlassen. Die Verordnung, welche am 27. März d. J. in kraft tritt, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. An den Sonntagen und Feiertagen sind alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten, sowie alle geräuschvollen Arbeiten in den Häusern und Betriebsstätten verboten, sofern sie geeignet sind, die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage zu beeinträchtigen. Zu den hiernach verbotenen Arbeiten gehören insbesondere: a) die gewöhnlichen Arbeiten der Feldbestellung, Saat und Ernte, des Einfahrens, Ausdreschens, Düngerfahrens, sowie alle Kultur- und sonstigen Arbeiten (in Feldern, Gärten, Wiesen und Anpflanzungen, vergleiche jedoch §§ 2 und 3), b) die öffentlich bemerkbaren Handwerksarbeiten außerhalb der Werkstätte und solche Handwerksarbeiten innerhalb der Werkstätte, welche wie die der Klempner, Schmiede, Böttcher, Stellmacher u. s. w. mit störendem Geräusche verbunden sind (vergl. jedoch § 5), c) die Arbeiten in Fabriken, Mühlen, auf Zimmerplätzen und anderen Bauhöfen, Werften und Ziegeleien, sowie bei Bauten aller Art (vergl. jedoch § 5), d) der Betrieb der offenen Geschäftsstellen des Handelsgewerbes (vergleiche jedoch §§ 5 und 6), e) das Beladen und Entladen von Schiffen, Kähnen, Flößen, Frachtfuhrwerken und Möbelwagen auf öffentlichen Straßen und Plätzen und, wenn es nicht ohne öffentlich bemerkbares Geräusch vorgenommen werden kann, auch in geschlossenen Höfen (vergl. jedoch §§ 3 u. 4), f) das mit störendem Geräusch oder Aufsehen verbundene Fortschaffen von Sachen auf den öffentlichen Straßen und Plätzen, z. B. das Fahren der Bier- und Rollwagen (vergl. jedoch § 4 Nr. 6, nach dem das Fahren von Bierwagen während der für den Handel mit Lebens- und Genußmitteln freigegebenen Stunden, bezw. § 4 Nr. 2, nach dem das Fahren von Rollwagen, soweit sie dem Eilgüter-Verkehr dienen, gestattet ist), der Wagen mit leeren Fässern, Eisenstangen und dergleichen, der Umzug mit Möbeln aus einer Wohnung in die andere, sowie das Fahren von Vieh, von Bau- und Brennmaterialien, Futter, Lebensmitteln und Feldfrüchten (vergl. jedoch §§ 2, 3 und 4), g) das Treiben von Vieh auf den öffentlichen Straßen und Plätzen (vergl. jedoch § 2 Nr. 3 und 5 und § 3).

§ 2. Das Verbot des § 1 findet keine Anwendung 1. auf Arbeiten, welche in Nothfällen, wie bei Feuers- und Wassergefahr und dergl., oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen, 2. auf Arbeiten, welche zur Befriedigung der Bedürfnisse des häuslichen Lebens täglich vorgenommen werden müssen, 3. auf Arbeiten, welche in der Landwirthschaft und Gärtnereien — wie das Futterholen, das Füttern, das Begießen von Pflanzen und dergl. — zur Fortsetzung des Betriebes täglich vorgenommen werden müssen, 4. auf Arbeiten, welche in Zier- und Hausgärten, oder von kleinen Leuten mit ihren Angehörigen zur Bestellung oder Abwartung ihrer Gärten und Felder außerhalb der Zeit des Hauptgottesdienstes (§ 15) verrichtet werden, 5. auf das Fahren und Treiben von Vieh zu den am folgenden Tage stattfindenden Viehmärkten.

§ 3. Die im § 1 verbotenen Arbeiten, soweit es sich nicht um die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter handelt, kann die Ortspolizei-Behörde (in diesen Fällen: das zuständige Polizeirevier, bezw. das Polizei-Schifffahrts-Bureau) für den einzelnen Sonn- und Feiertag gestatten, wenn sie zur Verhütung eines unverhältnißmäßigen Schadens erforderlich sind, und die Nothwendigkeit nicht absichtlich herbeigeführt oder durch Unachtsamkeit der gehörigen Sorgfalt verschuldet ist. Die Erlaubniß ist thunlichst auf die Zeit außerhalb des Hauptgottesdienstes (§ 15) zu beschränken.

§ 4. Nicht berührt werden von dem Verbote des § 1: 1. der Eisenbahnverkehr, der Personenschifffahrtsverkehr, das Lohnfuhrwesen für Personen, die Beförderung von Reisegepäck, sowie der Gewerbebetrieb der Kahnverleiher, Gondelführer und Fahrrad-Verleihinstitute, 2. der durchgehende Frachtschifffahrts- und Frachtfuhrwerks-Verkehr, sowie der Eilgüter-Verkehr zu und von den Bahnhöfen und Dampfschiffen, 3. der Reichs-Post- und Telegraphenverkehr, 4. bis zur Zeit des Hauptgottesdienstes der durch Privatunternehmer vermittelte Briefverkehr und Verkehr mit Packeten, insoweit dieser nicht durch Frachtfuhrwerk bewerkstelligt wird, 5. der Gewerbebetrieb derjenigen, welche auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder in Wirthshäusern ihre persönlichen Dienste anbieten, sofern die Verrichtungen nicht an sich dem Verbot des § 1 unterliegen, 6. der Transport von Lebens- und Genußmitteln, sowie von Eis während der für den Handel mit diesen Gegenständen freigegebenen Stunden, 7. der Umzug mit Möbeln aus einer Wohnung in die andere bis zum Beginn des Hauptgottesdienstes.

§ 5. Soweit die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter auf grund der Gewerbe-Ordnung an Sonn- und Feiertagen gestattet ist, findet das Verbot des § 1 auf die Arbeiten in offenen Geschäftsstellen des Handelsgewerbes und auf den Betrieb von Mühlen, Fabriken und Werkstätten, von Zimmerplätzen und anderen Bauhöfen, von Werften und Ziegeleien, sowie bei Bauten aller Art keine Anwendung.

§ 6. Das Aushängen und **Ausstellen von Waaren** in den Schaufenstern und Schaukasten, sowie in und vor den Ladenthüren ist an Sonn- und Feiertagen nur während der zulässigen Verkaufszeit **gestattet**. Außerhalb dieser Zeit müssen die Ladenthüren geschlossen und die Schaufenster geräumt oder verhängt sein. Der Gewerbebetrieb im Umherziehen und der Gewerbebetrieb der in § 42b der Gewerbe-Ordnung bezeichneten Personen ist an Sonn- und Feiertagen verboten, allein im Falle des § 56a Absatz 2 der G.-O. und auch dann nur außerhalb der Zeit des Hauptgottesdienstes (§ 15) statthaft. Oeffentliche Versteigerungen und Verpachtungen dürfen an Sonn- und Feiertagen nicht abgehalten werden.

§ 7. Apothekern ist der Verkauf von Arzneimitteln und Gegenständen der Krankenpflege jederzeit gestattet.

§ 8. Der Betrieb des Gast- und Schankwirthschaftsgewerbes unterliegt an Sonn- und Feiertagen der Beschränkung, daß während der Zeit des Hauptgottesdienstes geräuschvolle und auffällige Spiele (namentlich das Kegel-, Billard-, Karten- und Würfelspiel) und andere Vergnügen und Lustbarkeiten verboten sind.

§ 9. Während der Zeit des Hauptgottesdienstes (§ 15) ist die **Auszahlung des Lohnes** an Arbeiter, Handwerker und Hausgewerbetreibende **verboten**.

§ 10. Oeffentliche Versammlungen und Aufzüge, welche nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, sind an Sonn- und Feiertagen erst nach der Zeit des Hauptgottesdienstes (§ 15) gestattet. Auch nach der Beendigung des Hauptgottesdienstes darf bei solchen Aufzügen in der Nähe von Kirchen Musik nicht veranstaltet werden. Leichenbegängnisse dürfen nicht während der Zeit des Hauptgottesdienstes stattfinden.

§ 11. An den Sonn- und Feiertagen sind während der Zeit des Hauptgottesdienstes (§ 15) alle **Musikaufführungen, Schaustellungen** und theatralischen Vorstellungen, einschließlich der **Proben** dazu, ferner Wettrennen und alle mit Geräusch verbundenen gesellschaftlichen Vereinigungen und Vergnügungen an öffentlichen Orten, namentlich das Kegelspiel, Scheiben- und Vogelschießen, desgleichen alle die Sonntagsruhe störenden geräuschvollen Belustigungen in Privaträumen oder Privatgärten verboten. Die **Drehorgelspieler**, Puppenspieler, Thierführer, Seiltänzer und sonstigen im § 33b der Gewerbe-Ordnung bezeichneten Gewerbetreibenden, welche Musikaufführungen, Schaustellungen, theatralische Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten öffentlich darbieten, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft dabei obwaltet, dürfen den Betrieb ihres Gewerbes erst **von 3 Uhr nachmittags** ab beginnen. Tanzmusiken, Bälle und ähnliche Lustbarkeiten in Gasthäusern, Schankwirthschaften und sonstigen Vergnügungslokalen, auch wenn sie in geschlossenen Gesellschaften stattfinden, dürfen vor drei Uhr nachmittags nicht anfangen.

§ 12. 1. **Am Charfreitage und am Bußtage** sind alle öffentlichen Lustbarkeiten mit Einschluß der Gesangs- und deklamatorischen Vorträge, Schaustellungen und Musikaufführungen verboten. Nur geistliche Musikaufführungen (Oratorien) sind gestattet.

2. In der **Charwoche** und an den ersten Tagen der drei großen Feste (**Weihnachten, Ostern und Pfingsten**) sind verboten: a) öffentliche Tanzlustbarkeiten und Bälle, b) Gesangs- und deklamatorische Vorträge, Schaustellungen von Personen, theatralische Vorstellungen und alle Musikaufführungen, falls nicht der ernste Charakter gewahrt ist; Vorträge, Schaustellungen und Musikaufführungen in Café chantants (Tingel-Tangeln). Die Bestimmung unter b findet keine Anwendung auf die Vorstellung in den Theatern im eigentlichen Sinne, das heißt solchen, deren Zweck es ist, Schauspiel-Vorstellungen zu veranstalten, bei welchen ein höheres Interesse der Kunst obwaltet. 3. Die Vorschriften der Ziffer 2 gelten gleichmäßig für den dem **Andenken der Verstorbenen** gewidmeten Jahrestag, jedoch mit der Maßgabe, daß an diesem Tage auch bei den Theatern im eigentlichen Sinne der ernste Charakter gewahrt sein muß. 4. An den **Vorabenden** des Weihnachts- und Pfingstfestes, des Bußtages und des dem Andenken der Verstorbenen gewidmeten Jahrestages sind öffentliche Tanzlustbarkeiten und Bälle verboten. Das Verbot der öffentlichen Lustbarkeiten erstreckt sich auch auf solche private Lustbarkeiten, die geeignet sind, die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage zu beeinträchtigen.

§ 13. Das Jagen ist an Sonn- und Feiertagen während des Hauptgottesdienstes untersagt. Die Fischereiberechtigten dürfen an diesen Tagen bis zum Beginn des Hauptgottesdienstes das ausgelegte Gezeuge nachsehen und wieder auslegen.

§ 14. Feiertage im Sinne dieser Verordnung sind: die beiden Weihnachtsfeiertage, der Oster-Montag, der Pfingst-Montag, der Neujahrstag, der Charfreitag, der Himmelfahrtstag und der Bußtag.

§ 15. Unter der Zeit des Hauptgottesdienstes im Sinne dieser Verordnung wird diejenige Zeit verstanden, welche auf grund des § 105b Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung von der Polizeibehörde als die durch den Gottesdienst bedingte Arbeitspause, gegenwärtig 10—12 Uhr vormittags, festgesetzt ist.

§ 16. Zuwiderhandlungen gegen die Polizeiverordnung werden, sofern nicht nach den bestehenden Strafvorschriften eine härtere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Die Verordnung tritt am 27. März in kraft. An demselben Tage tritt die Polizeiverordnung vom 10. Oktober 1896 außer kraft; es bleibt ferner aufgehoben die die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage betreffenden Polizeiverordnungen vom 20. Nov. 1844, 24. Nov. 1853, 12. Juni 1856 und vom 18. Sept. 1858. Die über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und im Gewerbebetriebe erlassenen Verordnungen werden durch diese Polizeiverordnung nicht berührt. Berlin, den 19. März 1898. Der Polizeipräsident.

Die Verordnung bringt weniger eigentlich neue Bestimmungen als vielmehr eine Zusammenfassung der bisher giltigen Verfügungen. Allerdings ist die Hoffnung mancher Geschäftsleute, daß wenigstens die ausschließlich nach Vermuckerung riechenden Verfügungen fallen würden, gründlich zu nichte geworden. Die Präzisirung der eigentlichen Arbeitsverbote für Sonn- und Feiertage ist an sich anerkennenswerth, doch bekundet sich auch hier weniger das Streben nach Erhaltung der Sonntagsruhe des Arbeiters als die Sucht, der Orthodoxie zu derselben zu leben. Daß die drückende Bestimmung des Versammlungsverbots an Sonntagvormittagen wieder aufgehoben wird, erwartet gewiß niemand in heutiger Zeit. Eine wahre Fundgrube für allerhand Behelligungen bildet der letzte Absatz des § 12, der sich auch mit der Veranstaltung privater Lustbarkeiten befaßt. Ein Zeichen arger Frömmelei ist auch die Bestimmung, welche an Vorabenden gewisser Festtage die Veranstaltung von Tanzvergnügungen verbietet.

Zur Erleichterung des Osterverkehrs ist die Geltungsdauer der am 29. d. M. und den folgenden Tagen gelösten Rückfahrkarten von sonst kürzerer Dauer auf den preußischen und hessischen Staatseisenbahnen bis einschließlich den 22. April d. J. verlängert worden; die Rückfahrt muß bis 12 Uhr Mitternacht des letzten Geltungstages angetreten und darf nach Ablauf dieser Frist nicht mehr unterbrochen werden. Diese Verkehrserleichterung findet auch auf den direkten, wechselseitigen Verkehr mit einer Reihe von Staats- und Privatbahnen Anwendung, welche die königl. Eisenbahndirektion Berlin soeben auf ihren Fernverkehrstationen hat bekannt machen lassen. — Die Rückfahrkarten der bayerischen, württembergischen und badischen Staatsbahnen, der Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und der pfälzischen Bahnen haben nur eine Geltungsdauer von 10 Tagen.

Zur Verhaftung des Oberfaktors Grünenthal wird noch gemeldet: Die Verhaftung erfolgte am vorigen Montag Abend auf grund einer Denunziation, die eine frühere Geliebte des Grünenthal bei der Kriminalpolizei einreichte. Dieses Mädchen, namens Lütz, war in früheren Jahren Pflegerin seiner inzwischen verstorbenen Tochter gewesen. Später unterhielt Grünenthal mit der Lütz ein

Liebesverhältniß, richtete derselben eine Wohnung ein und gab ihr schließlich eine Abfindungssumme, als er sich von derselben trennen mußte, weil seine Ehefrau, die ihn dieserhalb verlassen hatte, Schwierigkeiten machte. Später soll die Lütz immer mit neuen Geldforderungen an Grünenthal herangetreten sein, und daraus entwickelte sich eine Spannung. Kurz vor Weihnachten erschien das Mädchen in der Wohnung des Grünenthal in der Bärwaldstraße 12 und hierbei ließ sie die Worte fallen: „Ich werde Dich schon dahin bringen, wo Du hingehörst — ins Zuchthaus!" Das Mädchen wußte anscheinend, daß Grünenthal auf dem Kirchhof Geld verborgen hielt, denn auf grund von deren Mittheilungen gelang es, die versteckten 16 000 M. in Werthpapieren herbeizuschaffen. Diese Anzeige lief schon am Donnerstag, den 10. März, ein; erst am Montag Abend erfolgte die Verhaftung. Zu diesem Zwecke erschien Kriminalkommissar von Bäkmann mit zwei Beamten in der Wohnung des Grünenthal und beschlagnahmte alle Werthsachen, sowie für die Untersuchung wichtige Papiere. Grünenthal war ein ständiger Besucher des Kirchhofes und der Kirchhofsinspektor rühmte mehrfach die Pietät, die in dem häufigen Gräberbesuch anscheinend lag. Grünenthal, der mit dem Korrektor Kunschmann bekannt war, wohnte auch der Beerdigung der ersten Frau des Kunschmann bei, auf deren Grabhügel die 44 000 M. gefunden wurden.

Der Abgeordnete Mirbach glitt, als er gestern nach der Reichstagssitzung sich nach der Garderobe im unteren Stock begab, auf der mit dicken Teppichen belegten Treppe aus und fiel mit dem Kopf auf die Spitze Kante eines Steinpfeilers und fügte sich eine ziemlich stark blutende Verletzung zu, die jedoch erfreulicherweise nicht gefährlich ist.

In der Nummer vom 18. März erwähnten wir eine Episode, die sich vor 50 Jahren zwischen Alexander von Humboldt und einigen kämpfenden Arbeitern abgespielt hat. Zu dieser Mittheilung schreibt uns eine Leserin, daß der große Gelehrte nicht, wie wir meldeten, in der Oranienstr. 67 wohnte, sondern in der Oranienburgerstraße.

Von der Luftschiffer-Abtheilung sind am Sonnabend leider drei Mann verletzt worden, als sie den Luftballon „Albatros" festzuhalten suchten. Fünf Mann hielten den Ballon, als ein Windstoß ihn entführte. Drei Mann wurden dabei mit hochgerissen und stürzten aus bedeutender Höhe herab. Der Soldat Köpnig brach sich beide Arme und das Nasenbein. Der Rekrut Bürster fiel auf sein Seitengewehr und stieß sich dasselbe in die Rippen. Der Gefreite Letzke erlitt anscheinend innere Verletzungen. Die Verwundeten wurden in das Militärlazareth nach Tempelhof geschafft. Der Ballon ist am Sonnabend zwischen 1/2 12—3/4 12 Uhr in Reppen bei Frankfurt a. O. niedergegangen; er hatte bei dem Aufsteigen einen Riß erhalten; infolge dessen entwich die Gasfüllung sehr schnell, so daß der Ballon schon nach kurzer Fahrt niederging.

Auf die Petition, welche der Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzer vor einiger Zeit an den Justizminister wegen Beschleunigung des Exmissionsverfahrens gerichtet hatte, hat nun gleich dem Landgericht jetzt auch das Kammergericht, dem die Erledigung der Petition übertragen worden war, einen ablehnenden Bescheid ertheilt. In dem Schreiben heißt es u. a., daß der „Justizminister nach Prüfung der in betracht kommenden Verhältnisse keine Veranlassung gefunden hat, besondere Maßnahmen zur Herstellung von ähnlichen Einrichtungen wie die vor dem Jahre 1879 eingesetzten sogenannten schleunigen Gerichtskommissionen zu treffen, weil die bestehenden Einrichtungen zur Herbeiführung eines schleunigen Verfahrens ausreichen.

In dem Familiendrama in der Waldemarstraße wird berichtet, daß der Heizer Bier, den man in der Lampenfabrik von Schwintzer u. Gräff schon längere Zeit im Verdacht des Diebstahls hatte, am Mittwoch dabei entdeckt worden ist, wie er sich eine 12 1/2 Pfund schwere Zinkplatte um den Leib binden wollte. Der Sohn des einen Mitinhabers kam in diesem Augenblick dazu und wollte Bier die Platte entreißen. Bier versuchte zunächst, ihn mit der Platte über den Kopf zu schlagen, und als ihm das mißlang, floh er in die Fabrik zurück, schloß sich in den Maschinenraum ein und versuchte, die Dampfmaschine zu zerstören. Erst den vereinten Anstrengungen des Sohnes des einen Mitinhabers, des Pförtners und eines Expedienten gelang es, die Thür aufzubrechen und den Mann mit Gewalt wegzubringen. Bei der Durchsuchung des Maschinenraumes fand man Werkzeuge, die Bier sich selbst angefertigt hatte, um die Zinkplatten zur Erleichterung ihres Fortschaffens zu zerschlagen und rund zu biegen. Sechs Platten waren so zum Mitnehmen schon zurecht gemacht worden. In einer Mauerhöhlung, die der ungetreue Heizer mit einem Steine verschlossen hatte, fand man ferner Messingblech und Platten, die Bier sich angeeignet und vorläufig zurückgelegt hatte, um sie zu geeigneter Zeit bei seite zu schaffen.

Die daraufhin erfolgte Entlassung mag dann den furchtbaren Entschluß in Bier gereift haben, sich und seine ganze Familie umzubringen.

Herr Robert Krausnick veröffentlicht auf die bekannte Berichtigung des Polizeipräsidenten in Sachen seines Sohnes abermals in der „Voss. Ztg." eine Mittheilung, die sich namentlich mit der Behauptung des Polizeipräsidenten, der junge Krausnick sei betrunken gewesen, beschäftigt. Wir entnehmen der Darstellung folgendes: „In dem Bericht des Herrn Polizeipräsidenten über den Vorfall wird die Beschuldigung der sinnlosen Betrunkenheit gegen meinen Sohn aufrecht erhalten. Mit welchem Rechte, frage ich? Auf das Ergebniß des erfolgten Erbrechens in Verbindung mit Bewußtlosigkeit hin, und weil der des Weges hinzugekommene Arzt seine Diagnose nach sehr oberflächlicher Untersuchung dahin gezogen hat? Demgegenüber ergeben die unabänderlichen Thatsachen, daß der junge Mann in gesunder, nüchterner Verfassung seine Arbeitsstelle um 10 Minuten nach 4 Uhr nachmittags verlassen hat, und um 1/25 Uhr, also 20 Minuten später bereits auf der Treppe am Eingang zur Berlitzschule, Leipzigerstr. 113, in sehr elendem, aber nicht betrunkenen Zustande von der Frau Vizewirthin bemerkt wurde. Diesen Thatsachen ist bisher nicht widersprochen worden und kann auch nicht widersprochen werden, weil die Zeit von 20 Minuten nur ausreicht, in schneller Gangart vom Schiffbauerdamm nach der Leipzigerstr. 113 zu gelangen. Im übrigen hält Herr Krausnick seine bekannte Darstellung des Vorfalles durchaus aufrecht.

Eine entsetzliche Ueberraschung wurde am Sonnabend dem Pferdebahnschaffner Rossow in der Müllerstr. 39 zu theil. R., der auf dem Depot in der Müllerstraße bedienstet ist, war am Sonnabend früh gegen 2 Uhr nach Hause gekommen und legte sich alsbald schlafen. Etwa nach einer Stunde kamen Hausbewohner zu ihm hinaufgeeilt mit der Nachricht, daß sich aus seiner Wohnung jemand zum Fenster hinausgestürzt habe. R. sprang entsetzt aus seinem Bett und eilte nach dem Lager seiner ihm seit sechs Monaten angetrauten Frau, welche seit einigen Tagen leidend war. Das Bett war leer. Die Unglückliche hat sich entweder im Schlafe oder in einem Anfalle von Geistesstörung aus dem Fenster der in der 3. Etage belegenen Wohnung auf den Hof hinabgestürzt, wo sie mit zerschmettertem Schädel todt liegen blieb.

Das Olympia-Riesentheater hat sich als neues Zugmittel ein Sportprogramm zugelegt. Im dritten Akt, der den Wiener Jahrmarktstrubel darstellt, wird eine Brücke ins große Wasser hineingebaut und so eine Rennbahn geschaffen, wie Berlin keine zweite aufzuweisen hat. Hier ringen Damen und Herren aus dem nach hunderten zählenden Kunstpersonal um den Siegespreis, der ihnen in Gestalt von allerhand kleinen Geschenken, welche die Freundschaft erhalten sollen, feierlich dargereicht wird. Wettrennen, Eierlaufen und Tanziehen bilden die Einleitung des Sportprogramms, und als besondere Darbietungen folgen dann Lanzenstechen und Jockeyrennen regelrecht zu Pferde, sowie ein „Match" zwischen einer Reiterin und einem Radfahrer. Der Radler hatte bei dem Debut am Sonnabend leider Unglück und stürzte. Mit dem Halloh, ohne welches ein ordentliches Sportfest nun einmal nicht begangen werden kann, begleitete das Publikum die zuweilen recht erbitterten Kämpfe. Zweifellos wird die neue Zugabe bei allen Freunden des Sports Interesse erregen — und wer ist heutzutage nicht „sportlich" gebildet? Nicht ganz stilgerecht wollte es uns erscheinen, daß die Preisrichter und was sonst noch zu einem ordentlichen Sportkomitee gehört, sich im tiefsten Schwarz des neuesten Modejournals unter das phantastisch-buntgekleidete Statistenvolk mischten; auch glauben wir, daß es besser wirken würde, wenn man die Sportvorstellung nicht mit dem Wiener Bilde zusammen, sondern als besondere Einlage gäbe. Am Sonnabend dauerte der ganze Akt wohl über eine Stunde, und das ermüdet.

Feuerbericht. In den letzten 48 Stunden wurde die Feuerwehr nur wenig in Anspruch genommen. Abgesehen von einigen belanglosen Bränden, die ein Eingreifen der Wehr nicht erforderten, war Sonntag Nachmittag 4 Uhr Dennewitzstr. 13 ein durch übergekochtes Fett entstandener Küchenbrand zu beseitigen, der Kleidungsstücke, Handtücher und Küchenmöbel zerstörte. Montag Nachmittag 2 Uhr hatte Naunynstr. 79 die Balkenlage unter dem Ofen Feuer gefangen, wodurch dem Hause erheblicher Schaden zugefügt wurde.

Aus den Nachbarorten.

Köpenick. Wegen der am 24. März cr. stattfindenden Volksversammlung, in welcher Reichstags-Abgeordneter Stolle referirt, fällt die Vereinsversammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins in diesem Monat aus.

Vom Schriftführer des Sozialdemokratischen Wahlvereins Vorwärts in Treptow erhalten wir die Mittheilung, daß die Eisenbahn-Wochenkarten, die bekanntlich in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags keine Giltigkeit haben, am Tage der Gemeinderathswahl zu der Fahrt, die zur Ausübung der Wahlpflicht nothwendig ist, benutzt werden können.

Ueberfallen und vergewaltigt worden ist am Sonnabend Abend auf der Chaussee in Mariendorf die zwanzig Jahre alte Schneiderin Agnes G., die Tochter eines Maurers aus der Lortzingstraße. Der Attentäter, ein Mann in den dreißiger Jahren, ließ sein Opfer liegen und rannte unerkannt davon. Die Ueberfallene kann keine genauere Beschreibung von ihm geben, weiß nur ungefähr sein Alter und daß er einen Trauring trug. Sie mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Die Flucht eines Liebespaares und der wahrscheinliche freiwillige Tod desselben beschäftigt die Charlottenburger Polizeiverwaltung. Es handelt sich um einen Studenten der Technischen Hochschule aus Magdeburg und eine Kellnerin. Man glaubt, daß sich das Paar bei Wittenberge in die Elbe gestürzt hat.

Landarbeiter-Elend. Auf dem Rittergut Klein-Machnow, unweit Zehlendorf, welches einem Herrn v. Haake gehört, war ein Arbeiter namens Ebel mit einigen Unterbrechungen viele Jahre lang beschäftigt; zuerst als Instmann, dann hauste er, nachdem er Frau und Kinder durch den Tod verloren hatte, wieder als Knecht in dem Stalle des gnädigen Junkers. Persönliches Mißgeschick scheint den Ebel arg mitgenommen und ihn veranlaßt zu haben, in den letzten Jahren seine Arbeitsstelle häufig zu wechseln. Während der Arbeitslosigkeit mußte er sich dann so erbärmlich durchschlagen, wie es tausende seiner Leidensgenossen thun, deren Heimath während der beschäftigungslosen Zeit die Landstraße ist. Seit einiger Zeit steht Ebel wieder bei Herrn v. Haake in Machnow in Arbeit. Der gnädige Herr versorgte ihn nothdürftig mit abgetragenen alten Kleidern und Essen, sonst aber bekam er — wenigstens während des letzten Vierteljahres — keinen Lohn. Jetzt ist Ebel seit acht Wochen krank. Da er zum Gesinde des Herrn v. Haake gehört, so ist dieser verpflichtet, für die nöthige Pflege zu sorgen. Wie aber wird diese Verpflichtung erfüllt? In der Stube eines Arbeiterhauses, die einem Stalle viel ähnlicher sieht, als einer menschlichen Wohnstätte, liegt der kranke Mann auf dürftigem Lager. Das Bett und ein Holzstuhl bilden die ganze Ausstattung des Raumes, der sehr unsauber aussieht. Neben dem Bett liegt ein Haufen Stroh, Staub und zertretene Strohhalme bedecken den schadhaften Backsteinfußboden. Der Raum hat zwar einen Ofen, dieser ist aber, solange der Kranke hier liegt, noch niemals geheizt worden. In der ersten Zeit seiner Krankheit erhielt Ebel noch sein regelmäßiges Essen. Seit einigen Wochen bekommt er nur einmal täglich ein sogenanntes Mittagessen, nämlich einen Napf mit der bekannten ländlichen Gesindekost, die als einzige Würze eine reichliche Menge Salz enthält. Bekommt nun der Kranke Durst, so ist niemand da, der ihm auch nur einen Trunk Wasser reicht. So liegt der Bedauernswerthe nun seit Wochen. Er leidet an Reißen, seine Glieder sind derart gelähmt, daß er sich nicht fortbewegen kann, um sich selber zu bedienen. Manchen Tag vergißt man ihn gänzlich, und so kommt es vor, daß er oft zwei Tage lang wenig oder nichts zu essen erhält. So gesellen sich zu den Leiden, die die Krankheit verursacht, noch die Qualen des Hungers, die den alten Mann derart heruntergebracht haben, daß er fast zum Skelett abgemagert ist. Es ist leider nur zu begreiflich, daß der Kranke unter solchen Umständen den Tod herbeisehnt, der ihn von allem Jammer erlöst.

Dem Volksheilstätten-Verein vom Rothen Kreuz ist zu gunsten seiner Heilstätte für Lungenkranke am Grabowsee durch letztwillige Verfügung des Herrn Dr. Alfred Meyer in Hannover ein Vermächtniß von 200 000 M. zugefallen.

Gerichts-Zeitung.

Die neueste Schutzmanns-Brutalität. Das Verhalten eines Schutzmanns wurde am 19. März in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Hannover beleuchtet. Das „Hannov. Tageblatt" berichtet darüber: Der Arbeiter Wilhelm Wagner war des thätlichen Angriffs auf den Schutzmann Elbe und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt beschuldigt. Der Angeklagte stellte den Sachverhalt folgendermaßen dar: Als er im Rösehofe wohnte, hat der Schutzmann Elbe, der durch den Rösehof patrouillirte, die unbescholtene Tochter des Angeklagten, Frida, ohne ersichtlichen Grund, nur weil sie vor der Thür stand, angeredet und gefragt, ob sie Arbeit habe und wovon sie sich ernähre. Auf die Erwiderung des jungen Mädchens, daß sie arbeite, habe Elbe dann gesagt, „na, das wird wohl schwach sein". Hierdurch habe Elbe seine Tochter geradezu als Dirne bezeichnet. Seine Tochter habe ihm dieses erzählt und er sei entrüstet darüber gewesen. Schutzmann Elbe sei dann zurückgekommen und habe zu ihm gesagt: „Was wollen Sie?" worauf er (Wagner) gesagt habe, „ich will nichts, aber ich verbitte mir, daß Sie meine Tochter beleidigen." Der Schutzmann habe dann wiederum gesagt: „Na, es ist mit ihr ja doch weiter nichts." Nach einigen Worten habe plötzlich der Schutzmann gesagt: Passen Sie mal auf, Sie haben mich beleidigt. Nennen Sie mir Ihren Namen," wobei Elbe ihn habe aus dem Hause ziehen wollen; jedoch habe seine Frau und die Wittwe Arnecke ihn zurückgerissen und die Hausthür zugeschlossen. Der Schutzmann Elbe sei dann ins Haus eingedrungen, Wagner habe seinen Namen genannt und den Schutzmann, da er (Wagner) Hauswirth gewesen sei, mehrmals zum Verlassen des Hauses aufgefordert. Elbe sei weggegangen, jedoch nach kurzer Zeit mit dem Schutzmann Wagenführ wiederum ins Haus und oben in die Küche, wohin er (Wagner) sich begeben hatte, gekommen; er habe dann wiederum seinen Namen genannt. Elbe sei dann mit den Worten fortgegangen: „So, nun wird sich die Sache finden; wir sind ja Zeugen." Plötzlich habe seine kleinere Tochter gerufen, „Papa, sie schlagen Mama", und er sei dann auf das Geschrei seiner Frau hinausgeeilt. Als er dann von der Treppe gerufen habe: „Was schlagen Sie meine Frau?", sei Schutzmann Elbe mit gezogenem Säbel auf ihn losgekommen, den er natürlich festgehalten habe. Die als Zeugin vernommene Frida Wagner bestätigt das oben geschilderte Verhalten des Schutzmanns gegen sie. Zeuge Schmied Kaste bestätigt im großen Ganzen die Aussagen des Angeklagten. Schutzmann Elbe will von einem Abbruchsunternehmer auf Holzdiebstähle im Rösehof aufmerksam gemacht sein, und ihm sei Frida Wagner mit mehreren anderen, die dort standen, überhaupt verdächtig vorgekommen. Im übrigen giebt Elbe das Verhalten gegen das Mädchen zu, auch die Worte: „Na, das wird wohl schwach sein." Er behauptet, daß er nicht freiwillig in das Haus gegangen, sondern hineingezogen sei und dann von Wagner zwei Schläge ins Gesicht bekommen habe. Ferner behauptete er, er habe die Frau Wagner nicht geschlagen, sondern weil sie skandalirte, nur ins Haus bringen wollen; außerdem habe er in der Nothwehr blank gezogen. Die eidliche Aussage des Schutzmanns Elbe steht im Widerspruch mit anderen Zeugenaussagen, besonders des zuerst vernommenen und der nachher vernommenen Zeugen: Wittwe Arnecke, Ehefrau Wagner und Schmied Stephaniak. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte die kostenlose Freisprechung des Angeklagten, weil Schutzmann Elbe durchaus nicht in berechtigter Ausübung seines Amtes gehandelt habe; denn Elbe habe das unbescholtene Mädchen in einer Weise angeredet, die vollständig unzulässig sei, und es stehe nicht allein dem Vater, sondern jedem Menschen zu, sich solche Attentate zu verbitten. Rechtsanwalt Bojunga II bemerkte noch, daß eine Anzeige gegen den Schutzmann wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung 2c. erstattet sei. Das Verfahren sei jedoch eingestellt, weil gerade wie in Köln die königliche Staatsanwaltschaft angenommen habe, daß subjektiv das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit fehle. Das Gericht gelangte zur Freisprechung, da der Skandal durch das Auftreten des Schutzmanns veranlaßt sei. Eine Beleidigung des Schutzmanns stehe nicht fest, noch weniger, daß Elbe in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes gehandelt habe.

Die fahrlässige Tödtung des Supernumerars Heyn, dem der Student der Thierarzneischule Karl Jüterbock gelegentlich einer Kneiperei so viel Opiumtinktur beigebracht hatte, daß Heyn nach einigen Stunden verstarb, beschäftigte gestern noch einmal das Schöffengericht. Jüterbock, der wegen seines leichtfertigen Verhaltens zu einer Gefängnißstrafe von 9 Monaten verurtheilt worden ist, hatte den traurigen Muth, gegen die Mutter des Verstorbenen, die Frau Geheimsekretär Heyn, die Privatklage wegen Beleidigung anzustrengen, weil dieselbe, während die Voruntersuchung gegen Jüterbock schwebte, zu einem Bekannten des letzteren gesagt hatte: „Jüterbock ist in meinen Augen ein ganz gemeiner Meuchelmörder." Die Beklagte wurde durch die Beweisaufnahme dieser Aeußerung überführt. Sie erklärte, daß sie den Begriffsunterschied zwischen der fahrlässigen Tödtung und Mord nicht kenne. Der Rechtsbeistand des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Hirschfeld, beantragte die Bestrafung der Beklagten und Veröffentlichung des Urtheils. Jüterbock habe für seinen Leichtsinn schwer büßen müssen und habe nicht nöthig, sich als „Meuchelmörder" hinstellen zu lassen. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, plädirte für Freisprechung. Man könne es der Mutter, die durch eine leichtfertige Handlungsweise des Klägers ihres Sohnes beraubt worden sei, wahrlich nicht verdenken, wenn sie gegen den Urheber des Unglücks nicht freundlich gesinnt sei und dessen Verhalten mit schroffen Ausdrücken kennzeichne; sie dieserhalb wegen Beleidigung vor den Strafrichter zu ziehen, müsse man ebenfalls als eine Frivolität bezeichnen. Der Gerichtshof verurtheilte die Beklagte, der nicht geglaubt wurde, daß sie den Unterschied zwischen fahrlässiger Tödtung und Meuchelmord nicht kenne, zu einer Geldstrafe von 10 M. und sprach dem Kläger die Befugniß zu, das Urtheil durch Aushang an der Gerichtstafel zu veröffentlichen.

Gegen den flüchtigen Redakteur Oswald Knorr von den „Charl. Nachr." stand gestern abermals Termin in einem Preßprozeß an. Da der Angeklagte natürlich nicht zur Stelle war, beschloß das Gericht, einen Haftbefehl gegen ihn zu erlassen. Herr Knorr hat jetzt im ganzen acht Monate und zwanzig Tage Gefängniß zu verbüßen. Das ist nicht wenig, aber man sollte denken, daß einem antisemitischen Redakteur das geliebte deutsche Vaterland schon so viel werth ist. Die Angehörigen der vaterlandslosen Rotte kneifen bekanntlich nicht vor dem Gefängniß aus.

Radfahrexamen vor der Polizei. Die Polizei von Hildesheim hat nach dem Beispiel süddeutscher Städte eine Radfahrordnung erlassen, wonach Radfahrer die vorgeschriebene Radnummer und die Fahrkarte von der Polizeiverwaltung nur erhalten, wenn sie durch eine Probefahrt vor einem Abgeordneten der Polizei gezeigt haben, daß sie auch fahren können. Der Rechtsanwalt Oppenheimer, ein Freund des Radelns, verlangte die Nummer und die Fahrkarte, weigerte sich aber, vor einem Schutzmann die Fahrprobe abzulegen. Er erhielt infolge dessen weder Nummer noch Fahrkarte, worauf er sich um die Polizeiverordnung nicht mehr kümmerte, sondern vergnügt in der Stadt umherradelte, bis ihn ein Schutzmann abfaßte. Oppenheimer sollte dann 10 M. Geldstrafe zahlen. Hiergegen beantragte er richterliche Entscheidung und behauptete, die Polizei habe kein Recht, die Fahrprobe zu verlangen und davon die Ertheilung der Nummer und der Fahrkarte abhängig zu machen. Sämmtliche Instanzen verurtheilten ihn jedoch. Das Kammergericht führte aus, die Polizei könne sehr wohl die fragliche Approbation verlangen und zwar auf grund des § 6b des Polizei-Verwaltungsgesetzes im Interesse der Ordnung und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs.

Die Heiligkeit des Eides und das Denunziantenthum. Aus München wird der „Frankf. Ztg." berichtet: Vor dem Landgericht war am 17. März ein Sozialdemokrat der Gotteslästerung angeklagt. Die Verhandlung gestaltete sich derart, daß der Staatsanwalt selbst die Klage fallen ließ und Freisprechung erfolgte. Die Sache bot ein sehr häßliches Bild. Eine Wirthin hatte aus Rachsucht und Bosheit den Angeklagten denunzirt, obwohl er die ihm in den Mund gelegten Aeußerungen garnicht gethan hatte. Ja, noch mehr, sie überredete andere Leute, junge Mädchen, belastend für den Mann auszusagen; sie redete ihnen ein, er habe die inkriminirten Aeußerungen gemacht. In dieser Sache ist augenfällig eine erkleckliche Anzahl von Fortscheiden geleistet worden. Ist das nicht viel schlimmer als die Gotteslästerung gewesen wäre, oder als wenn eine angebliche Gotteslästerung überhaupt strafrechtlich nicht verfolgt würde?

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die nächsten juristischen Sprechstunden finden am Dienstag, den 22. d. M., von 7 1/2 Uhr abends ab, am Donnerstag, den 25. d. M., und am Sonnabend, den 27. d. M., von 6 Uhr abends ab statt.

L. L., Hamburg. Die Berichtigung des Irrthums wäre für niemand von Nutzen, sondern würde nur böses Blut machen.

B., Herne. Wir haben die Angelegenheit bereits wiederholt und sehr ausführlich behandelt.

Witterungsübersicht vom 21. März 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresfp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C. = 4°R.)
Swinemünde .	759	W	5	Schnee	2
Hamburg . .	762	W	4	bedeckt	3
Berlin . . .	763	W	4	wolkenlos	2
Wiesbaden . .	766	NO	2	heiter	1
München . .	764	O	4	Schnee	0
Wien	764	NW	3	bedeckt	3
Haparanda . .	746	ONO	2	heiter	−10
Petersburg . .	—	—	—	—	—
Cork	770	NNO	2	heiter	3
Aberdeen. . .	766	WNW	3	halb bedeckt	5
Paris	766	NO	3	wolkenlos	1

Wetter-Prognose für Dienstag, 22. März 1898.

Ziemlich kühl, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 21. März.

Opernhaus. 9. Symphonie-Abend der königl. Kapelle.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Deutsches. Der Biberpelz. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Die Welt, in der man sich langweilt (Il mondo della noya). Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Ein gemachter Mann. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Die kleine Schlange. Vorher: Die kleinen Lämmer. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Pension Schöller. Ich heirathe meine Tochter. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Von Stufe zu Stufe. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Residenz. Sein Trick. Vorher: Sascha. Anfang 7 Uhr.
Neues. Spiritismus. Anf. 7½ Uhr.
Goethe. Mein Leopold. Anfang 7½ Uhr.
Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Passage-Panoptikum. Berliner Nachtleben.
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Ethnographische Ausstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: **Ein gemachter Mann.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Brand.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Ahnfrau.**

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Extra-Vorstellung, veranstaltet vom Verein Berliner Grundeigenthümer „Süd-Ost".
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild mit Gesang in 5 Akten von Dr. Hugo Müller. Musik von R. Bial.
Mittwoch:
Die Stütze der Hausfrau.
Toni Klein: Anna Müller-Lincke.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion **Richard Schultz.**
Dienstag, den 22. März 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 62. Male:
Die Tugendfalle.
Burleske Ausstattungsposse m. Gesang und Tanz in 4 Bildern unter Benutzung eines französischen Sujets von Jul. Freund und Wilh. Mannstädt.
Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Tugendfalle.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**
Ausstattungs-Novität! Sens. Novität!
Unter der Polarsonne.
Aktuelles Ausstattungsstück m. Gesang u. Tanz in 5 Bildern von E. Sondermann und Chr. Bischoff. Gesangstexte von J. Dill. Musik v. C. Schüler.
Anfang 7½ Uhr.
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag Nachmittag, kleine Preise: **Manuela, das böse Fräulein.** Schauspiel von Kneisel.

Ein erquickendes Attentat
auf ein jedes
Zwerchfell
ist der neueste Schwank der
Gebrüder Herrnfeld
Von Dreien
der
Glücklichste
Uebertrifft alles dagewesene des
Budapester
Humors und präsentirt sich als
Zugstück
allerersten Ranges.
Kaufmann's Variété
bildet das Tagesgespräch des lachlustigen Berlins und ist das
Extraordinarium
eines lustigen Abends.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr — Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57–62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge

Passage-Panoptikum.
Vorletzte Woche!

Berliner Nachtleben
Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz.
Vorher:
Theater Variété.

Castan's
Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Emilia Persico
Ida Heath. Fischer & Wacker.
Signor Salerno.
Bonhaire-Troupe
etc. etc. etc.
Kassaneröffnung 6½, Anf. 7½ Uhr.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Wiener Zoologisch. Garten
Aschanti-Dorf
Javaner-Dorf
Geöffnet von 11–10 Uhr.
Vorstellungen allstündlich 2–9.
Entree 50 Pf.
Kinder und Militär 25 Pf.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage)
Annenstraße 42/43.
Heute und folgende Tage:
Auftreten des
Direktors Richard Winkler.
Im Wartesalon 1. Klasse.
Ernst von Wolbach: Richard Winkler.
Dazu das erfolgreiche Riesen-Märzprogramm.
6 neue kolossale Schaunummern.
Miss Ada Risson, schönste Tauben-Königin. **Mr. Alexandro Selino,** der Mann mit der eisernen Haut. Das größte Wunder der Welt! **Theodor Sülling,** Parforce-Turner am festen Reck. **Lebende Photographien** in höchster Vollendung.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 30 Pf.
Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- u. Freikarten haben Giltigkeit.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
In Zossen.
Fortsetzung von: **Alle 5 Barrisons.**

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute, Dienstag:
Vorletzte Soirée
der
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
(Vorverkauf 40 Pfennig.)
Freitag:
Victoria-Brauerei.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Ohne Zweifel das beste Spezialitäten-Programm, welches in Berlin geboten wird.
Nur Kunstkräfte.
Lola, Juanita u. Fuesanta Bernal, Spanien's schönste Sängerinnen und Tänzerinnen.
Susi Suzette,
eine reizende Kostüm-Soubrette.
Rossini-Trio, das musikalisch-excentrische Dreigestirn.
Harry Allister, der grösste Mimiker.
Die Herkulesse der Neuzeit
Bros. Paxton.
Karl Wilhelm,
ein zweiter Reutter-Maxstädt.
Anfang ½8 Uhr. Entree 50 Pf.
Reichshallen-Tunnel:
Täglich: Doppel-Konzert und Soirée.
Mittwoch: **Bockbierfest.**

Quarg's
Vaudeville-Theater
Grand Hotel Alexanderplatz.
Des großen Erfolges wegen noch einige Tage:
Der Lumpenball.
Pinke: Leonhardy Haskel.
Grosses Spezialitäten-Programm.
Anton Sattler.
Lola Carlsen,
Max Walden, Adelina Zeth etc.
Anfang 8 Uhr. — Entree 15 Pf.
In Vorbereitung: Der Mord am Alexanderplatz und König Heinrich (Posse).

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Unser modernes Berlin.
Volksstück mit Gesang in 4 Bildern von L. Ely.
Hauptrollen: **Ella Richter, Robert Dill, Grete Gastoni, Rudolf Schauss, Klara Hayn, Otto Wendt.**
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Freitag, den 1. April:
Benefiz Rudolf Schauss.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

Maehr's Theater
Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater und Spezialitäten.
Novitäten-Programm.
Reiseabenteuer Schwank. | **Der Mormone** Posse.
Hanny Nelson, Origin.-Tyrolienne. **Marg. Nasadowska** Kostüm-Soubrette.
Miss Olga,
Equilibristin.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Avis! Donnerstag, den 24. März: Grosse Gala-Benefiz-Vorstellung für den beliebten Konzertsänger **Franz Romberg.**

Renn-Programm.
Internat. Sportsaison
Jockey-Hinderniss-Reiten.
Engl. Ringelstechen
Damen-Wettlaufen
Amerik. Dreibeinlaufen
Rad-Wettfahren
Damen-Tauziehen
Deutschland geg. England
jeden Abend
bis zur Entscheidung
in
Bolossy Kiralfy's
Konstantinopel
Neues
Olympia-Riesen-Theater
(Circus Renz) Karlstrasse
The jolly british girls
und das neue **März-Spezialitäten-Programm.**
Anfang 8 Uhr.
Beginn d. Rennen 8½ Uhr.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachm. 1 Kind frei.

Schluss der Saison 6. April.
Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Dienstag, den 22. März 1898,
abends 7½ Uhr:
Extra-Vorstellung.
Groß. Konkurrenz-Parterrespringen, ausg. v. den besten Parterrespringern der Gesellschaft. Zum 1. Male: **Bros. Taylor** i. ihr. Original-Akt. Amateur-Konkurrenzreiten. Wer dreimal die Bahn stehend zu Pferde umreitet, erhält **eine Prämie von 50 Mark.** Außerdem: Die vorzüglich. Freiheitsdressuren des Direktor Busch, sowie Auftreten sämmtlicher neu engagirten Reitkünstlerinnen und Künstler, als auch Klowns.
Zaragoza.
Orig. Manège-Schaust. d. Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weibl. Fanfarenbläser. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Akt.
Morgen 7½ Uhr: **Elite-Abend.**
Sonnabend, den 26. März: Benefiz d. beliebt. Klowns Bogonowski. Auf vielf. an m. ergang. Gesuche habe ich mich entschlossen, am **Sonntag, den 27. d. M., nachm. 4 Uhr,** den einzig dastehenden pompösen **grünen Akt** mit brennendem Schloß zu geben.

Parteigenossen des 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Sonntag, den 27. März 1898:
Grosse März-Feier
in Keller's Festsälen, Koppenstrasse No. 29.
Vokal- und Instrumental-Konzert
Gesangs-Aufführungen. — Vorträge ernsten und heiteren Inhalts.
Anfang 4 Uhr. **Billets 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.**
215/4 Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Maler. Achtung!
Dienstag, den 22. März, abends 8½ Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. **Die Gewerkschaftsorganisation im Emanzipationskampfe.** Referent Genosse **Otto Sillier.** 2. Unsere Werkstellenagitation. 3. Verschiedenes.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung verpflichtet jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
126/3 **Der Vertrauensmann:** M. Mark.

Orts-Krankenkasse Boxhagen-Rummelsburg.
Mittwoch, den 6. April cr., abends 8½ Uhr,
im **Breves'schen Lokal** in **Rummelsburg,** Ecke der Goethe- und Kant-Straße,
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Rechnungslegung für das Jahr 1897. 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes (Arbeitnehmer). 3. Antrag der Kassenärzte um Honorarerhöhung. 4. Antrag der Delegirten (Kassenmitglieder) der Firma Dr. Paul Meyer, um Abänderung der Kassenzeit von 8 bis 1 Uhr. 5. Verschiedenes. 266/3
Der Vorstand
J. Auftrage: Lorte, Rendant.

Musikverein 25145
für Gartenkonzert und Saal in Reinickendorf ges. Adr. erbeten unter **H. 100** Postamt Reinickendorf.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Die Erbschleicherin
oder: **Unser Sabinchen.**
Schwank in 4 Akten von E. Paul.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Inh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Halbrenner, neues Modell, wenig gefahren (Garantiesch.) 84er, Adreise halber billig. Pintsch, Michaelkirchstr. 6.

Mühlenstr. 8, nahe Oberbaum, Warschauerstr. und Schlesischem Bahnhof, sind von sofort und 1. April 1898 freundliche Vorder- und Hofwohnungen von 2 u. 1 Stube nebst Korridor, Küche, Kloset u. Keller oder Boden billig zu vermiethen.
Näheres beim Verwalter. [40669*

Möbl. Zimmer z. verm. an 1 oder 2 Herren mit Familienanschluß. Näh. bei Wobig, Dieffenbachstr. 5b. [2504b

Möbl. Schlafstelle an 1 Herrn z. v. Sebastianstr. 29, links 2 Tr. [24998

Möbel auf **Theilzahlung.**
Neue Jakobstr. 26.
J. Kellermann,

Arbeitsmarkt.

Ein geübter, energischer und exakter Arbeiter auf **Bade-Artikel,** der auch Meisterstelle versehen könnte, wird von einer Schweizer Metallwaarenfabrik sofort zu engagiren gesucht. 16/18
Offerten nebst Zeugnißabschriften unter Chiffre **W. E. St. Zimmer 83** im **Central-Hotel** erbeten.

Verschnürerin außer dem Hause verl. Klaffke, Kottbuser Damm 32 I. [2503b

Drechsler-Lehrling a. g. Holzarbeit verl. **A. Prinz,** Metzerstr. 7, v. II r.

Junges Mädchen Tag über verl. Henning, Holzmarktstr. 8.

Packer verlangt **Ruthenberg.**

Mamsells auf Damen-Jaquets verl. Orlowsky, Falkensteinstr. 43, v. I.

Tüchtige **Dreher,** in der Fahrrad-Branche bewandert, finden sofort dauernde Beschäftigung. 2423b
Neu-Kuppiner Fahrradfabrik „Hermes".

Arbeiterin sucht Dampf-Wäscheanstalt Köpnickerstr. 33a. 2517b

Ges. a. Büffets u. bessere Möbel v. Lichtenberg, Wilhelmstr. 18, am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde. 2490b

Knopf-Fabrik, Haldestraße 48 sucht geübte **Fraiser** und **Ausschneider** für Steinnuß.

Kartonarbeiterinnen,
geübte, finden dauernde Beschäftigung.
Marktstr. 50. 2508b*

Papierzuschneider,
nur ganz perfekter, der in Kartonfabriken selbständig gearbeitet hat, bei hohem Lohn gesucht. Meldungen unter **S. 2** an die Exp. d. Bl. [2506b

Metallbrücker-Lehrling verl. **Meyer,** Ritterstr. 25. 2507b

Mamsells auf Jackets verl. Klaffke, Kottbuser Damm 32 I. 2502b

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!
Dienstag, 22. März, abends 8½ Uhr bei Träger, Gartenstr. 13:
Oeffentliche Versammlung.
246/14 Tagesordnung:
Die Lage der arbeitenden Klassen und die Sammelpolitik.
Referent: Reichstags-Abgeordneter **Max Schippel.** — 2. Diskussion.
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Einberufer.**

VI. Wahlkreis!
Oeffentliche Versammlung
Dienstag, den 22. März, abends 8½ Uhr,
bei **Fischer, Beusselstr. 9.** 246/15
Tages-Ordnung: 1. Die Lage der arbeitenden Klassen und die Sammelpolitik. Referent: **Georg Wagner.** 2. Diskussion.
Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen **Der Einberufer.**

Achtung!
Zentralverein der Bildhauer
Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin.
Dienstag, den 22. März 1898, abends 8½ Uhr, im Restaurant Köpnickerstraße 62:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Aufstellung der Kandidatenliste zur General-Versammlung. 3. Statutenberathung.
Die Wahlkreise sind nach den Hauptbuch-Nummern eingetheilt und zwar folgendermaßen:
I. Wahlkreis Nr. 1–245. | III. Wahlkreis Nr. 570–2415
II. Wahlkreis Nr. 246–569. | IV. Wahlkreis Nr. 2416 bis zu Ende.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. **Nur die Vorzeigung des Mitgliedsbuches berechtigt zum Eintritt.**
20/7 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, 23. März, abends 8½ Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20/21:
Vertrauensmänner-Versammlung für sämmtliche Bezirke und Branchen.
Tages-Ordnung:
1. **Unsere Taktik bei Werkstattstreiks und die Aufgaben der Vertrauensmänner.** Referent Kollege **Maass.** 2. **Die Forderungen der Bodenleger.** 3. Werkstattstreiks und Differenzen. 78/20
Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt einen Vertrauensmann zu entsenden. **Die Ortsverwaltung.**

Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter
und verwandter Gewerbe zu Berlin.
Am Mittwoch, den 30. März, abends 8 Uhr, im Königstädtischen Kasino, Holzmarktstraße 72, 1 Tr. (Ecke Alexanderstraße):
Ordentliche General-Versammlung
der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr. 2. Bericht der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung und Ertheilung der Decharge. 3. Bericht des Vorstandes über Ablehnung des Antrages Bauer vom 18. November 1897. 4. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter ist sehr erwünscht. 25129
Das Mandat legitimirt.
Berlin, den 14. März 1898.
Der Vorstand: Hans Zeyssig. H. Steinfeldt.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Am Dienstag, den 22. März 1898, abends 8½ Uhr in Stechert's Salon, Andreasstraße Nr. 21:
Bezirks-Versammlung für den Osten.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Zadek.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 111/8

Am Mittwoch, den 23. März 1898, abends 8½ Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstraße 20:
Gemeinschaftliche Bezirks-Versammlung für Süd-Ost, Süden und Zentrum.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Archenhold** (Direktor der Sternwarte in Treptow) über: „Die Bewohnbarkeit der Welten". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die **Bibliothek** des Verbandes befindet sich im **Restaurant Mörschel, Jüdenstr. 35.** Dieselbe ist geöffnet jeden Abend von 8 bis 9½ Uhr. Sonntags geschlossen. **Die Ortsverwaltung.**

Kiesl's Fest-Säle
Weberstr. 17, ca. 1000 Pers. fassd., Sonnabend, 26. März, 2. April und Palmsonntag **frei.** [4450L*

Halensee.
Freunden und Bekannten zur Mittheilung, daß ich **Ringbahnstr. 116** eine **Restauration — Destillation** eröffnet habe. 2494b*
Franz Schlieffer, Zimmerer.

J. Jablonsky
Nachf. Otto Müller,
SO., Rannenstr. 37,
empfiehlt sein **Weiss- und Bairischbier-Lokal** nebst großem Frühstücks-, Mittags- u. Abendtisch in bekannter Güte und zu soliden Preisen. *

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 21. März 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische: Thielen.

Die Spezialberathung des Eisenbahn-Etats wird fortgesetzt. Die am Sonnabend abgebrochene Generaldebatte wird wieder aufgenommen.

Abg. **Brömel** (frs. Vg.): Wenn man die bisherigen Reden vom Ministertische überlegt, so möchte man fast glauben, die zahlreichen Unfälle des letzten Sommers und der letzten Wochen wären nur ein böser Traum. Als ob gar keine Gerichtsverhandlungen über diese Dinge stattgefunden häten! Mögen die Gerichtsverhandlungen in der Presse auch kein genügendes Bild geben von den Verhandlungen vor Gericht, so läßt sich doch vielfach erkennen, daß vielfache Uebelstände, die auf die Organisation zurückzuführen sind, Ursachen der Unfälle waren. Man hat vielfach Beobachtungen über den Betriebskoöffizienten angestellt und denselben als einen sehr günstigen bezeichnet. Besser wäre es wohl, die Ursachen dieses günstigen Verhältnisses näher zu prüfen und die übermäßigen Ersparnisse zu bekämpfen. Der Minister habe von den Beamten behauptet, sie würden von Leuten aufgehetzt, die mit dem Eisenbahndienste nichts zu thun hätten und davon nichts verständen. Das ist eine ebenso unzutreffende Behauptung, wie die von der Berliner März-Revolution: sie sei nur von Juden, Polen und hergelaufenen Leuten gemacht worden. Der Minister kennt eben nicht das Maß von Erbitterung, das in den Kreisen der Leute herrscht, die Jahre lang auf verantwortungsvollen Posten aushalten müssen, ohne festangestellt zu sein. Statt der Presse allgemeine Vorwürfe zu machen wegen ihrer Stellungnahme zu den Unfällen, sollte man ihr dankbar sein für die guten Vorschläge, die sie vielfach gemacht hat. Die Mängel in bezug auf die Sonntagsruhe hat der Minister selbst anerkannt. Schließlich tritt Redner für eine Loslösung der Wasserbau-Verwaltung vom Arbeitsministerium und für Errichtung eines selbstständigen Wasserbau-Ministeriums unter Leitung eines Technikers ein.

Minister **Thielen** äußert Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit der im Reichstage angeregten parlamentarischen Untersuchungskommission. Daß von den angeklagten Beamten viele freigesprochen werden, liegt in der Natur der Sache. Die augenblickliche Erbitterung ist nur eine Folge der sozialdemokratischen Verhetzung unseres braven Beamtenstandes. Daß die Beamtenstellungen durch die Verstaatlichung erheblich besser geworden sind, ist eine unbestrittene Thatsache. Bei der kleinen hessischen Ludwigsbahn betragen die Gehaltserhöhungen zur Gleichstellung der Beamten mit den preußischen 1¼ Millionen. Die Lostrennung des Wasserbaues liegt augenblicklich dem Staatsministerium zur Beschlußfassung vor.

Abg. **Kirsch** (Z.) findet die Unzufriedenheit namentlich der Unterbeamten bei den Eisenbahnen begreiflich; diese seien bei den vorjährigen Gehaltsaufbesserungen übergangen worden. (Sehr richtig!)

Abg. **v. Eynern** (ntl.) erörtert den Wagenmangel. Die Arbeiter haben zur Unzeit feiern und zur Unzeit in angestrengtester Weise arbeiten müssen. Redner erörtert dann einige Fälle, in denen den Gemeinden bei Gelegenheit von Eisenbahnbauten ganz bedeutende Summen abgenommen worden sind, so namentlich in den Städten Remscheid und Solingen. Man sollte diese Art des Staates, Geld zu machen, gar nicht für möglich halten. Es müsse ein systematisches Vorgehen gegen die gefährlichen Niveau-Uebergänge und Bahnhofsanlagen stattfinden, nöthigenfalls müsse zum Neubau dieser Gefahrenstellen eine Anleihe aufgenommen werden. Je länger diese Sache verzögert wird, desto theurer wird sie. Im allgemeinen sei er der Meinung, daß keine Eisenbahn der Welt besser verwaltet ist, als die preußische, und seine Kritik habe nur den Zweck, aus dieser guten Verwaltung eine noch bessere zu machen. (Bravo!)

Minister **Thielen**: Die Urtheile über die Gefährlichkeit der einzelnen Bahnanlagen dürften weit auseinandergehen; jede Stadt wird ihre Bahnanlage für die gefährlichste halten. Nach den sorgfältigen Ermittelungen der Eisenbahn-Verwaltung sind die Klagen über den Wagenmangel übertrieben.

Abg. Dr. **Lotichius** (natl.) bringt eine Reihe von lokalen Klagen bezüglich einzelner Strecken vor; im allgemeinen wünsche er eine Verstärkung des Oberbaues und eine bessere, womöglich elektrische Beleuchtung der Bahnhöfe, für die Kleinbahnen wünscht er schnellere Erledigung der Konzessionsgesuche. Ueber die schlecht funktionirenden Heizungen in den D-Zügen werde viel geklagt.

Vom **Regierungstische** her wird erwidert, daß in dem letzten milden Winter mehrfach über zu starke Heizung in den D-Zügen geklagt wurde. Die Beamten können nicht überall helfen, da die Heizung von den Fahrgästen regulirt werden kann.

Abg. **Graf Limburg** (k.) wendet sich gegen v. Eynern, der zwar viel kritisirt, aber nicht gesagt habe, wie es besser zu machen sei.

Abg. Dr. **Hahn** (wildk.) wünscht Eisenbahn-Verbesserungen und Frachtermäßigungen für Geestemünde, dessen Handel fortgesetzt zurückgeht.

Regierungskommissar Geh. Rath **Möllmann** bemerkt, daß eine Petition der Handelskammer dem Ministerium vorliege und augenblicklich Gegenstand der Berathung sei.

Abg. Dr. **Eckels** (natl.) fürchtet, daß im gegenwärtigen Staatsministerium der Bau von Kanälen keine große Förderung erfahren wird.

Abg. **Weickamp** (frs. Vp.) bekämpft die Ersparniß am unrechten Orte und besonders an den Beamtengehältern, indem man die Anstellung der Beamten verzögert. Bureaukratie und Assessorismus sind zwar überall vorhanden, aber doch besonders hervorragend in der Eisenbahn-Verwaltung.

Abg. **Horn** (natl.) macht Mittheilung über einen Fall von Entgleisung eines Schnellzuges auf der Strecke Leipzig-Hannover, über den keinerlei amtliche Erhebungen stattgefunden zu haben scheinen.

Regierungskommissar Geh. Rath **Schröder**: Die schleunige Beseitigung der Verkehrshindernisse ist die erste Aufgabe bei Entgleisungen. Die Untersuchung werde trotzdem mit größter Gründlichkeit geführt.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.) erörtert den Wagenmangel, der besonders in Schlesien schwer empfunden werde.

Die Abstimmung über einen Schlußantrag bleibt zweifelhaft. Die Berathung wird heute Abend 7½ Uhr fortgesetzt.

Schluß 3¾ Uhr.

Zum letzten Kampf der englischen Maschinenbauer

schreibt unser Londoner Mitarbeiter unterm 16. d. M. folgendes: Die Interpellation über das Verhalten des Marineamts zu den im Maschinenbauerkampf engagirten Kontraktfirmen ist letzten Freitag verhandelt worden und hat, wie vorauszusehen, niemand wehe gethan und niemand großen Nutzen gebracht. Das Marineamt konnte sich darauf berufen, daß, bevor die Lieferungstermine nicht abgelaufen waren, ihm das Recht nicht zustand, auf die Kontraktfirmen einen Druck auszuüben, die Frage der Strafen für verspätete Lieferung vielmehr erst spruchreif werde, wenn die Lieferungstermine überschritten seien, und daß ferner maßgebende Juristen, deren Gutachten die Regierung eingeholt, auf grund eines schon entschiedenen Rechtsstreites erkannt hätten, daß eine Arbeitssperre, wenn im legitimen Kampf verfügt, einem Ausstand gleichzusetzen sei. Der betreffende Präzedenzfall spielte vor über 20 Jahren, wo die öffentliche Meinung Gewerkschaftskämpfe noch mit andern Augen ansah wie heute, juristisch aber wird er wahrscheinlich die Kontraktfirmen decken, und jedenfalls deckt er die Regierung, so daß die ganze Frage die ist, ob die durch die Sperre verursachte Verzögerung im Schiffsbau die Vertheidigungskraft des Landes so beeinträchtigt sei, daß die Regierung sozusagen als Hüterin für die Sicherheit des Landes zum Einschreiten verpflichtet war. So etwas läßt sich nur behaupten, aber nicht beweisen, und darum verlief die ganze Interpellation ohne jedes andere Ergebniß, als daß sie die schon vorher bekannte geringe Neigung der jetzigen Regierung, auf die Unternehmer einen Druck auszuüben, deutlich zu tage treten ließ. Denn daß sie, wenn sie den Willen gehabt, auch einen Weg gefunden hätte, unterliegt keinem Zweifel.

Der Vorstand des Amalgamirten Vereins der Maschinenbauer macht in dem soeben veröffentlichten Monatsbericht die interessante Mittheilung, daß der Vermögensbestand der Gewerkschaft sich nach genauer Prüfung der eingesandten Berichte der Filialen als sehr viel günstiger herausstellt wie angenommen. Während alle Welt vermuthete, daß schon Ende 1897 der Vermögensbestand ziemlich erschöpft war, betrug er damals noch über 3½ Millionen Mark und bei Beendigung des Streiks wahrscheinlich 2 800 000 M. Seitdem bringen die regelmäßigen Wocheneinnahmen mehr Geld, als die Ausgaben erheischen, so daß in verhältnißmäßig kurzer Zeit der Verein sich finanziell völlig erholt haben wird. „Im ganzen," sagt der Bericht, „legt der Amalg. Maschinenbauer Verein diesmal dieselben Eigenschaften an den Tag, wie bei Gelegenheit einer früheren Niederlage, wo Verbitterung und Groll im Rath der Unternehmer herrschte, und wir zweifeln nicht, daß er aus den unglückseligen Vorgängen der letzten Monate mit wenig Schaden hervorgehen wird." Von den Unternehmern sagt der Bericht, daß dieselben im ganzen ihre Zusagen hinsichtlich der 'Nichtbevorzugung' von Nichtgewerkschaftlern loyal gehalten haben, daß aber doch einzelne Unternehmer es sich nicht versagt haben, Maßregelungen vorzunehmen oder ausschließlich Nichtgewerkschaftler einzustellen. An anderer Stelle zitirt das Blatt anerkennend einige Aeußerungen Oberst Dyer's über die Nothwendigkeit, die Streitaxt zu begraben. Der Verzicht auf jede Maßregelung und die Behandlung der Arbeiter mit der ihnen gebührenden Achtung sei „der einzige Weg", auf dem Oberst Dyer und der von ihm geleitete Bund hoffen könnten, „die vor den Thoren stehenden Ausländer" (Worte Dyer's) zu schlagen. Oberst Dyer hatte unter anderem erklärt, daß „der Bund nie zusehen werde, daß ein Arbeiter unterdrückt wird, falls einem Unternehmer die Idee des Unterdrückens kommen sollte". Trotz alledem seien die obenerwähnten Maßregelungen vorgekommen. Schließlich konstatirt der Bericht noch, daß dem Parlamente eine ungeheure Liste von Anträgen zur Genehmigung von öffentlichen Bauanlagen aller Art unterbreitet sei, und alles darauf schließen lasse, daß dem Maschinenbau eine Reihe fetter Jahre bevorstehen. Sache der Gewerkschaft sei es, diese in jeder Weise dahin auszunutzen, ihr Vermögen, Ansehen und das ihr zufallende Arbeitsvolumen zu erhöhen und so für die Jahre der Depression zu sorgen, „die uns so sicher sind, wie den Egyptern in den Tagen Pharao's".

Mit bezug auf die Entdeckung des unvermutheten Reichthums des Vereins ist zu bemerken, daß die Unkenntniß über den wirklichen Vermögensbestand zum theil eine Folge der weitgetriebenen Selbstherrlichkeit der Lokalorganisationen des Vereins war. Ohne zu leugnen, daß diese auch ihre Vortheile hat, muß man doch sagen, daß wenn die Zentralleitung in der Lage gewesen wäre, sich laufend genau informirt zu halten, wie es mit den Mitteln des Vereins stand, sie sehr viel sicherer hätte auftreten können als es in den letzten Monaten der Fall war. Schon lange vor Neujahr wurde mir von Betheiligten im Vertrauen mitgetheilt, daß die Mittel des Vereins fast aufgebraucht seien. An sich aber ist der relativ hohe Vermögensbestand ein glänzendes Zeugniß für den Opfermuth der Mitglieder des Vereins, denn er ist das Produkt der bereitwilligen Entrichtung der hohen Extrasteuern, d. h. sowohl der von der Zentralverwaltung verfügten Umlagen als auch der von den Lokalvereinen freiwillig geleisteten Extrasteuern. In dieser Hinsicht machen indeß die Maschinenbauer keine Ausnahme. Von einem der am Streik betheiligten kleineren Vereine erfahre ich, daß er dank der hohen Extraleistungen seiner in Arbeit gebliebenen Mitglieder heute in besserer Finanzlage ist, als vor dem Kampf. Diejenigen Vereine natürlich, die mehr Mitglieder im Kampf als in Arbeit hatten, sind um so schlimmer dran. —

Versammlungen.

Die Bureau-Angestellten beschäftigten sich am Mittwoch, den 16. d. Mts., in einer öffentlichen Versammlung in den Arminhallen mit dem Antwortschreiben der Anwaltskammer an ihre Mitglieder und an die Bureau-Angestellten, betreffend die seitens der letzteren gestellten Lohnforderungen, Regelung der Arbeitsverhältnisse und des Lehrlingswesens 2c., und der weiteren Stellungnahme hierzu. **Bauer** referirte; er hob ferner die äußerst traurigen Arbeits- und Lohnverhältnisse im Beruf der Bureau-Angestellten hervor, die geradezu schon als Zielscheibe des Spotts in Witzblättern dienen. Redner geißelt mit scharfen Worten das damalige brüske Verhalten des Berliner Anwaltvereins gegenüber den Forderungen. Die Bureau-Angestellten seien die am schlimmsten ausgebeutete Arbeiterkategorie; dies sei ganz erklärlich, hätten doch die Anwälte gerade eine straffe und gute Organisation, während die Schreiber bisher die Interessen ihres Standes zu wahren in der schmählichsten Weise vernachlässigt hätten. Schon die relativ kleine Organisation der Bureau-Angestellten habe es vermocht, trotz des ablehnenden Bescheides des Anwaltsvereins, ihre Berufsinteressen von neuem vor der Anwaltskammer zur Erörterung zu bringen. Auf grund des gewordenen Bescheides sei es möglich, diejenigen Rechtsanwälte, bei denen die krassesten Mißstände zu tage treten, bei der Anwaltskammer namhaft zu machen und Abhilfe zu schaffen; Sache der Angestellten sei es, diesen Weg zu benutzen. Redner schließt mit einem warmen Appell an die Anwesenden, der Organisation beizutreten. In der sich anschließenden Diskussion wurde seitens **Caspar** noch hervorgehoben, daß die Organisation ihr besonderes Augenmerk darauf zu richten habe, die weiblichen Bureau-Angestellten für die Organisation zu gewinnen. Gerade die weiblichen Angestellten seien der Degeneration und der Ausbeutung am meisten ausgesetzt. — Schließlich fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der als einziges Mittel, die Berufsverhältnisse zu heben, die Organisirung sämmtlicher Berufsgenossen anerkannt wird. Trotzdem sich die Anwaltskammer für inkompetent erklärt hat, regelnd in die Arbeitsverhältnisse einzugreifen, wird dem Zentralverband der Angestellten doch die Aufgabe zugewiesen, der Anwaltskammer diejenigen ihrer Anwälte namhaft zu machen, die in ihrer Ausbeutungssucht allzuweit gehen. Außerdem soll die öffentliche Meinung und die Presse durch Versammlungen und Einsendungen über die mißlichen Lehr- und Arbeitsverhältnisse der Bureau-Angestellten unterrichtet werden.

Tempelhof. Eine öffentliche Versammlung der Maurer und Berufsgenossen tagte am Sonntag, den 13. d. M. im Lokale des Herrn Wienecke in Tempelhof. Zweck der Versammlung war der Anschluß an die Organisation. Der Kollege **Fränzel-Schöneberg** referirte in eingehender Weise über die mißlichen Zustände in unserem Gewerbe. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Referat faßte die Versammlung einstimmig den Beschluß, sich dem Zentralverband der Maurer Deutschlands anzuschließen und eine Zahlstelle für Tempelhof und Umgegend zu errichten. Als Bevollmächtigte wurden gewählt: 1. G. Müller-Tempelhof. 2. E. Pandolf-Mariendorf. Als Kassirer: G. Schüler-Tempelhof, A. Lehmann-Mariendorf. Schriftführer: P. Hanisch-Tempelhof, H. Lehmann, J. Wolf und R. Schulz als Revisoren. 18 noch nicht organisirte Kollegen wurden aufgenommen.

Freireligiöse Gemeinde. Am Mittwoch, den 23. März, abends 8½ Uhr, findet in Sanssouci, Kottbuserstr. 4a, eine Volksversammlung statt, in welcher Herr Dr. Bruno Wille sprechen wird über: „Mein Grazer Prozeß."

Deutscher Senefelder-Bund, Mitgliedschaft Berlin. Heute Abend 8 Uhr im Restaurant Cohn, Beuthstraße 21: Mitglieder-Versammlung und Vorstandsöffnung. Neuwahl des Vorstandes.

Verein selbständiger Fensterputzer. Heute Abend 7½ Uhr Alte Jakobstraße 84/85: Versammlung. Vorstandswahl.

Arbeiterverein für Pankow und Umgegend. Heute, abends 8½ Uhr, in Störr's Lokal, Mühlenstr. 24: Leseabend. Vortrag über: „Protest gegen die am 3. d. M. stattgefundene Gemeindevertretungswahl"

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister. **Sarg-Magazin**
Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Thurmstrasse 81. 43972* und Beerdigungs-Comtoir.

Direct von Aachen!

weltberühmt durch fast auf allen Ausstellungen prämiirte Tuche liefern wir zu hervorragend niedrigen Preisen **Herren-Anzug- u. Paletotstoffe** von einfachst. bis feinsten in reeller Waare. Vorzügl. erstklassige Musterauswahl senden Jedem franco ohne Kaufzwang. Weit über 1000 ehrende Anerkennungsschreiben beweisen unsere tadellose Lieferung. Die Zahl der uns allein im Jahre 1897 durch uns. geschmackvollen, gediegenen Tuche und billigen Preise erworbenen neuen Kunden beträgt **11860** Diese Zahl kann nicht angezweifelt werden, da sie sich durch unsere Bücher ergiebt!!

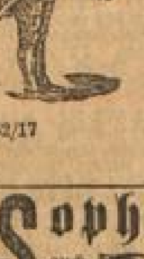
Monopol-Cheviot uns. seit 1893 bekannte und beliebte Spezialität wird in schwarz, blau, braun geliefert und kosten 3 Mtr. zum gediegenen Anzuge **12 Mark.**
Zahlreiche Empfehlungen. Garantie für reine Wolle, echte Farbe!
Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen Nr. 78. Man bittet genau zu adressiren.

Neu! Neu! Neu!

„Trompeten-Mundharmonika".

(Großartige Erfindung.) Durch das so sinnreich konstruirte angebrachte Trompetenschallrohr ist der Ton überraschend, kolossal laut und „sehr effektvoll"!!! Alles weit übertreffend!! Jeder Harmonikaspieler ist thatsächlich von dieser Neuheit hochentzückt. Doppeltönig, extra f. Stimmen. Die größte Errungenschaft wird besonders durch die neue Schule geboten, womit jedermann wirklich dieses herrliche Instrument sofort spielen kann (schönste Lieder, Tänze 2c.) Preis mit Schule nur 2.75 Mk. geg. Marken franko od. Nachn. **A. W. Riehl,** Instr.-Versandt, **Halle (Saale).**

Deutsch. Porter
Dessert- u. Malzkraftbier I. Rang. Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, bes. f. Blutarme, Brustkranke, Bleichs., Wöchn., Rekonv. 2c. d. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. — Ist blutbild., desh. bes. Geschlsf. u. Gewichtszunahm. überr. 14 Flasch. drei, 30 zehn M. exkl. In Geb. (1/1, 1/2, 1/16) z. Selbstabz. wesentl. bill. Allein. Versandtst. f. Berlin u. Prov. Porterkellerei **Kingler,** Berlin, Brunnenstraße 152. Nicht Flaschenzahl — Qual. entscheid.



62/17

Charlottenburg. P. Fabert, Potsdamerstr. 7. Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik. — Wohnungs-Einrichtungen — in jeder Preislage. Theilzahlung gestattet. [45879*

Möbel
verliehen gewesene und neue, staunend billig. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 40550*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Lassalle, Marx 2c. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

Betten Dampf-Reinigung nach bestem System, ärztlich empfohlen. Abholen u. Wiederbringen der Betten geschieht auf Verlangen kostenfrei. **Retzlaff,** Bettfedern-Spezialgesch., Berlin, Brückenstr. 6 (Jannowitzbrücke).

Goldabfälle. Gold, Silber, Kehrgold, Tressen, Platin u. Brillanten kauft die Scheide-Anstalt Zimmerstr. 32. [44779*

Künstliche Zähne, Plombiren 2c. **C. Gedicke,** Strelitzerstr. 52.

Türkis- und Opalschmucks zur Einsegnung
sowie alle Arten Schmuck in Gold, Golddoublé und Silber mit Korallen, Granaten und allen Farbsteinen in den geschmackvollsten Mustern, ferner Goldene und silberne
Herren- und Damen-Uhren
empfiehlt 4539L*
Max Busse,
Uhren- und Goldwaarenhandlung,
Berlin N., Brunnenstrasse 175.

Sophastoffe auch **Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! 40252*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Lohnende Fabrikationen.
Verlangen Sie Gratiszusendung des illustr. Kataloges durch den Verlag „Der Erwerb", Dresden-N. 7. 14/5*

Mechaniker-Kittel und blaue Köper-Anzüge gut und billigst in der Fabrik **C. Flach & Co., Köpnickerstr. 111,** Hof part.

Achtung!

Reklame giebt's an allen Enden,
Lasst, Hausfrau'n, euch davon nicht blenden.
Nur **„Carol Weil's Extract"** ist gut,
Weil er die Wäsche schonen thut!

A. Schulz,

Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik
gegründet 1878
Reichenberger Strasse 5,
zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse.
Sehr grosses Lager 41932*
Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen
in Nussbaum u. Mahagoni v. 240, 300, 400, 500, 600, 800—10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung. T. A. IV. No. 2395.

Werkstatts-Bekleidung für jedes Gewerk kauft man gut und billig bei [4643L*
Adolf Wecker, Molkenmarkt 3, Blusenfabrik für alle Gewerke.

Grosser Möbelverkauf. Die Möbel-Fabrik **Neue Schönhauserstr. 2** (früher Rosenthalerstr. 13) liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt. Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb. [4439L*

Schweitzer's Emolin

macht die Haut weiß und zart, ihr ein sammetartiges Aussehen gebend, **ohne zu fetten.** Wer einmal Emolin gebraucht hat, kauft nie etwas Anderes. In Schachteln zu 10 und 25 Pf., in Tuben zu 40 und 75 Pf. [4626L*
in allen einschlägigen Geschäften
S. Schweitzer, Berlin O., Holzmarktstr. 69/70.

5 1/4 Pfd. Brot 50 Pfg. liefert 30532*
Albrecht's Bäckerei,
Wrangelstr. 8. Langestr. 26.
Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Besorgt durch Erich Peters, Civ.-Ingenieur, Berlin SW. 25, Mittenwalderstr. 24.
Patente

Möbel.

Passende Gelegenheit für Brautleute: Schützenstr. 2 sollen viele Wohnungs-Einrichtungen, gebrauchte und neue Möbel zu sehr billigen Preisen verkauft werden. Einrichtungen schon von 150 bis 300 M., hochherrschaftlich 500 bis 2000 M., Nußbaum- und Mahagoni-Kleiderspind, Vertikow 35, Bettstellen, Federboden, Keilkissen 25, Sophas 25, Tische 8, Stühle 3, Spiegel 10, Küchenspind 18, Paneelsophas 80, Trumeaux 50, Coulissentische, Buffets, Salongarnitur 75 an, Schreibtische, Garderobenspind, Chaiselongue. Niemand sollte versäumen, wer gut u. reell kaufen will, durch Besichtigung meiner Möbel von der Billigkeit sich zu überführen. Theilzahl. gestattet.

Grüner Weg 80
Großer Ausverkauf in
Gardinen und 4742L*
Resten
älterer Muster in weiß und crème, zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in dem Gardinenfabrik-Lager von
Bruno Güther,
aus Plauen in Sachsen,
Berlin O., Grüner Weg 80 part. Eingang vom Flur (kein Laden).
Neuheiten treffen täglich ein. Proben nach außerhalb portofrei.
Grüner Weg 80

Wer im Sommer

vor Wanzen absolut sicher sein will, bespritze **jetzt** zur Bauzeit die Nester mit **„Concentr. Wanzen-Fluid"**. Gesetzlich geschütztes Spezialmittel zur **sofortigen und gründlichen** Ausrottung d. Wanzen mitsammt der Brut und macht deren Wiederkehr unmöglich. **Unfehlbare, dauernde Wirkung,** völlig geruchlos, nicht feuergefährlich, hinterläßt nirgends Flecke. Dankschreiben aller Länder. Unter Garantie Fl. 50 Pfg., Mk. 1,00, 2,00, 3,00. Literfl. Mk. 5,00. Spritzapparat 50 Pfg. **Nur allein bei Otto Reichel, Eisenbahnstraße 4.** Amt IV, 3190. **Sonst nirgends!** Jede Bestellung frei Haus. Auswärts durch die Post. Warne vor Nachahmungen. 45852*

Herren-Anzüge v. 36, Paletots v. 30 M. fert. **Busse,** Charlottenstr. 72, IV.

Man trinke:
Original-Löwenbitter
Das beste für den Magen.
In Flaschen à Mk. 0,60, 1,10 u. 1,80.
Wie im Ausschank überall zu haben.
Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen.
R. F. Mittelstädt
Weinhandlung und Likör-Fabrik
N., Brunnenstr. 152.

Möbel-Verkauf.

Oranienstr. 73, Hof I, in meinem vier Etagen hohen Speichergebäude halte ich in überraschend großer Auswahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vortheilhafte Einkaufsquelle für Brautleute. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Täglich Eingang verliehen gewesener und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franko.

Album- u. Lederwaaren-Fabrik
Oskar Gundau, Oranien-Str. 30.
Ecke Adalbertstraße.

Großes Lager aller Arten Lederwaaren und Schmucksachen zu billigsten Preisen. In Sammet **2,75 Mark,** in Leder **1,25 Mark** in größter Auswahl.

Wer will viel Geld verdienen, verkaufe bei hoher Provision **Tapeten**. Must. grat. u. franko **H. Kulfs, Einbeck** in Hann.

Möbel
unter Garantie guter Arbeit. Theilzahlung gestattet. 45582*
H. Brandt, Alte Jakobstr. 65.

Unserm Hoffriseur **Emil Schäfer,** Charlottenburg-Kiez, zu seinem heutigen fünfjährigen Geschäfts-Jubiläum den herzlichsten Glückwunsch.
25156 **Seine Freunde.**

Zum heutigen Wiegenfeste bringen seine Gäste von 4 Treppen oben, die seine Waare loben, dem Hof- und Ausstellungs-Budiker Herrn **Gustav Tempel** ein donnerndes Hoch, daß die Gr. Frankfurterstr. 16 wackelt. **Die von W. u. S.** Die drei Tonnen reichen nicht. — 2510b

Georg Schulze
Auguste Schulze
verw. Hamm, geb. Janischewsky,
Vermählte.
Berlin, 19. März 1898. [2500b

Die Beleidigung gegen Frl. **Minna Meyer** nehme ich zurück. 2514b
Fr. **Marie Prüfig,** Kastanien-Allee 18.

Frühjahrs-

Paletots, Anzüge, Beinkleider, vorjährige, hochf., nach Maaß bestellt, nicht abgeholt, verk. Hälfte Kostenpreis **Münzstr. 26, parterre, Engel.**

Fahrräder

gute Marke 175 M., 2 Jahre Garantie.
O. Schmidt,
Pallisaden-Straße 96.

Möbel kauft man am billigsten und besten direkt in der Fabrik **Oranienstr. 25** Tischlerei. Großes Lager.

Hemden, lang, sauber gearbeitet, aus gut. kräft. Dowlas, für **Männer** 1,50 M., für **Frauen** mit Spitze 1,65 M. Vers. von 4 Stück an per Nachnahme.
S. Schwarz, Berlin S. 14a.

Bettstellen m. Matratzen, Kleiderspind, Wäschespind, Komode, Spiegelspind, Spiegel, Schlafsopha, Auszugtisch, Stühle, Waschtoilette, Nähmaschine, Betten, Kücheneinrichtung sofort spottbillig verkäuflich
Waldemarstrasse 38 I.

Künstliche Zähne.

R. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
*) Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Bügel-, Zuschneidetische, Platten und Böcke verk. **Theiss,** Granitzstr. 6.

Fahrräder

Stets großes Lager erstklass. Fabrikate auf 44592*
Theilzahlung
ohne Preiserhöhung zu den kulantesten Zahlungsbedingungen.
Reparatur-Anstalt.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Adolf Lehmann

am 19. März, morgens 8½ Uhr, verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Simeon-Kirchhofs (am Tempelhof-Britzer Weg) aus statt.
Um rege Betheiligung ersucht
141/12 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Genossen zur Kenntniß, daß unser Kollege und Genosse
Adolf Lehmann,
Zusammensetzer, am 20. d. M. i. Krankenhause Friedrichshain verstorben ist. Die Beerdigung findet **heute, nachmittags 3 Uhr,** auf dem Simeonkirchhof (Mariendorfer Chaussee) statt.
Die Kollegen der Pianoforte-Fabrik von Adolf Lehmann & Co. 25185

Sonnabend Mittag 1 Uhr entschlief sanft nach langem mit Geduld ertragenen Leiden mein lieber Mann, unser Sohn und Bruder, der Schriftgießer
Georg Kühne
im Alter von 27 Jahren. Um stilles Beileid bittet **Frau Emilie Kühne.**
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Zwölf-Apostel-Kirchhofes aus statt. 2511b

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere einzigste Tochter
Frida
am 21. d., morgens 7 Uhr, nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigt tiefbetrübt an
F. Bengtsson nebst Frau.
Die Beerdigung findet Donnerstag Nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause, Forsterstr. 19, aus nach dem Emmauskirchhof statt. 2516b

Danksagung.
Für die Beweise herzlichster Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Tischlers **Albert Schneider,** sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Chef Julius Meyer, den gesammten Kollegen der Firma sowie dem Deutschen Holzarbeiter-Verband meinen herzlichsten Dank. 2500b
Die trauernde Wittwe nebst Mutter.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 40762*
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets ꝛc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Milchkübel,
Kannen, Satten, Buttermaschinen
445L* **Jordan,** Kl. Markusstr. 28.

3. Ziehung d. 3. Klasse 198. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 21. März 1898, vormittags.
Nur die Gewinne über 160 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

152 89 200 95 391 818 94 917 1005 41 [500] 504 54 760 851 919 32 96 2132 214 27 513 87 730 828 951 60 3111 332 63 552 641 54 704 10 49 900 37 4156 326 57 583 89 610 39 75 906 5025 55 104 817 433 591 638 771 855 996 [200] 6019 28 208 76 451 507 914 7313 649 728 91 902 12 49 8141 98 222 430 32 99 612 9038 91 113 270 400 73 76 571 778 804 81

10049 120 [300] 37 208 43 45 78 341 410 531 601 749 919 89 11078 178 204 571 617 837 980 12057 102 79 462 93 717 888 13124 25 273 309 36 [200] 592 72 755 802 928 83 14006 126 66 232 486 541 78 753 74 820 25 66 922 15284 433 682 951 16084 446 51 62 570 628 91 968 71 84 17165 926 18045 89 102 68 331 51 412 29 570 99 771 83 95 858 69 907 65 90 19029 84 834 480 876 92 948

20082 209 37 407 656 798 884 944 21043 317 41 43 618 36 48 870 22123 [200] 348 59 572 78 97 630 73 837 88 912 26 23089 111 45 213 45 85 337 40 480 518 888 928 80 81 24013 31 180 345 534 805 86 925 69 25143 79 328 83 427 527 621 [300] 25 779 966 26064 112 64 91 407 26 51 571 729 91 27010 35 184 [500] 269 98 583 650 753 835 47 [300] 61 975 92 28324 490 529 677 806 75 943 29061 202 18 730 956

30090 346 89 441 54 71 587 704 910 31039 177 224 352 71 451 514 30 895 [300] 99 925 29 94 32156 256 341 96 518 816 33053 268 74 314 73 83 92 419 39 91 529 65 98 735 827 34000 73 88 708 802 20 37 35070 88 214 46 [200] 324 516 698 794 831 36183 381 610 33 760 90 37006 60 [200] 211 400 842 32 918 88 38181 205 49 413 58 543 47 90 699 844 932 39004 69 [500] 114 405 714 92 865 89 929 66 91

40220 [200] 460 90 755 825 60 66 41165 210 19 41 367 468 542 696 809 76 42004 120 52 376 617 58 850 [200] 923 43050 110 385 500 22 672 [200] 734 46 72 952 44398 401 71 92 526 623 60 826 27 52 90 98 45005 20 179 215 472 98 568 74 90 640 66 828 [200] 807 46058 784 911 45 47139 44 54 84 277 334 90 521 684 [15000] 726 900 78 48248 634 756 976 49024 56 122 207 43 800 605 38 61 772 83

50119 202 457 666 749 939 51088 106 37 822 524 600 52 845 [200] 55 81 950 [300] 52007 279 421 24 47 822 636 47 66 725 55 63 53101 41 334 613 728 31 988 [3000] 54208 14 29 585 683 [300] 778 819 21 910 30 90 55064 [200] 161 209 858 83 626 83 741 [300] 883 98 965 56224 620 24 711 942 79 97 57055 172 414 517 68 665 99 767 916 72 58057 167 86 294 411 505 18 615 65 91 92 846 916 59050 69 184 97 270 324 57 91 411 535 706 88 [200] 870 990

60031 201 28 89 324 27 422 592 604 969 71 81 61128 212 395 945 63 62274 465 89 522 638 816 21 35 39 80 943 63022 43 245 389 507 652 813 74 912 64188 203 384 440 507 41 631 54 979 65131 493 718 26 848 929 32 66035 233 418 717 935 67097 335 434 892 995 68165 214 469 [200] 511 [200] 87 646 69242 45 [300] 58 390 94 651 783 819 919 43

70040 229 63 479 80 500 60 71 859 71011 144 206 306 14 453 617 19 979 72153 58 246 [300] 380 94 512 674 826 73239 319 662 980 74120 [200] 207 20 376 454 [200] 75067 180 650 [200] 725 876 963 76002 55 109 465 530 750 946 77125 240 48 664 66 738 85 978 91 78091 [300] 152 54 213 345 78 609 26 41 73 [200] 70 90 987 [300] 79065 87 288 97 310 [200] 61 684 [200] 751 73 79 836

80 99 302 69 486 576 798 81163 216 571 602 68 705 49 847 931 82225 52 93 498 661 722 26 825 38 980 83149 51 233 357 528 86 696 784 848 95 84022 69 258 402 28 739 85088 159 [200] 411 580 684 704 840 81 [200] 86109 251 59 [500] 330 483 591 703 800 87067 94 256 98 366 456 518 639 69 702 70 804 948 78 88182 377 482 718 868 964 64 89025 104 424 580 636

90031 92 467 98 535 69 643 976 99 91270 344 45 468 517 736 58 814 92091 181 94 204 390 556 658 745 93149 318 49 89 471 500 654 746 852 913 19 94156 206 436 851 95002 439 48 92 582 628 41 61 707 42 991 93 108 84 96217 50 466 94 509 701 867 97069 72 200 864 489 583 611 868 98353 92 577 787 893 89 99041 151 375 474 616 64 741

100107 96 253 389 470 670 818 28 101149 272 88 340 401 94 548 683 102035 209 376 448 507 610 754 826 909 72 103057 78 129 444 567 690 758 83 90 93 802 20 104308 530 649 85 722 955 105064 66 377 491 868 779 872 931 106217 50 397 740 43 874 942 107408 96 513 68 843 44 108094 102 34 76 236 362 523 39 777 861 86 109336 515 765 900

110021 90 285 516 636 89 111017 [200] 18 20 27 45 89 284 369 474 665 790 966 112003 104 411 544 93 604 85 787 887 113117 261 76 97 811 59 78 410 12 515 774 803 64 916 42 92 114098 148 71 533 49 614 72 115035 132 231 447 55 624 824 116419 25 981 117490 569 66 661 796 860 88 118138 385 599 682 893 935 119084 135 391 99 584 655 84 906 58

120147 236 319 445 91 97 579 94 759 75 807 42 971 74 121005 26 86 114 344 420 36 52 96 616 [200] 48 721 95 829 122053 94 224 392 423 624 709 804 17 892 91 123234 366 458 948 124204 57 550 [300] 871 125028 34 87 111 220 96 410 16 635 715 55 813 21 60 [200] 930 126207 569 649 85 127006 224 512 614 50 942 73 128148 268 384 697 767 800 908 129011 87 160 31 48 411 79 582 84

130013 144 219 359 79 80 445 528 83 677 757 857 910 95 131219 98 [200] 354 425 132019 189 326 97 577 601 716 31 69 99 867 [200] 133000 25 85 433 59 690 807 59 134292 442 531 32 663 730 79 98 848 919 135057 104 84 238 84 316 579 681 86 970 136010 106 16 221 449 517 19 92 615 828 942 137085 56 [500] 160 246 468 577 785 959 138074 124 279 414 91 878 139081 118 82 384 477 647 994

140153 264 365 463 578 691 [200] 87 718 141252 58 469 506 13 711 991 142035 82 233 [300] 382 618 63 143064 116 58 75 486 599 608 9 917 52 144159 682 721 145107 217 332 409 96 528 70 654 96 146261 302 68 454 572 667 857 147150 74 265 380 617 882 975 148135 270 419 25 512 642 61 753 877 985 149117 25 29 542 56 604 720 828 905 22

150009 273 77 87 320 91 494 530 758 90 920 151003 357 97 405 50 708 969 99 152271 449 509 61 908 153044 313 [300] 40 69 489 639 825 56 993 154202 315 88 440 573 899 155077 158 246 [500] 82 458 504 19 694 783 89 940 63 156080 129 62 287 406 41 540 725 814 [300] 73 102 157173 321 42 54 408 18 557 [200] 601 158163 428 89 502 5 41 56 713 55 825 23 159100 36 78 80 829 99 617 81 720 960

160034 184 414 606 12 873 75 938 55 161054 264 [300] 608 41 78 702 85 941 162016 72 127 78 88 221 315 631 70 889 163184 90 212 308 64 436 42 43 733 852 164112 279 93 429 92 785 924 165108 508 663 796 814 90 166015 62 78 478 517 77 618 932 167196 487 548 [300] 65 [300] 86 890 62 938 168053 70 [300] 88 168 222 [300] 510 64 83 605 909 40 169315 95 492 544 885 995

170087 166 88 202 40 307 68 507 16 28 66 755 832 [200] 911 23 56 171182 318 432 82 533 75 641 92 718 25 42 811 54 172038 43 255 697 855 78 173112 57 274 353 556 174179 83 647 175054 128 34 67 206 78 308 49 59 88 629 97 707 930 176036 38 451 586 629 857 954 177266 410 828 178014 29 54 285 382 541 63 [500] 936 59 179048 96 192 699 829 81 922 26 85

180051 91 295 503 35 96 181119 402 645 722 65 817 68 182135 258 673 712 44 80 87 183273 495 885 940 79 184158 210 327 75 478 613 44 59 90 747 865 901 185101 38 445 602 776 85 886 186060 88 102 14 38 320 478 591 [200] 945 187013 185 207 13 57 89 304 438 45 61 85 501 608 50 755 821 47 939 188012 32 80 96 [200] 129 84 97 407 607 704 7 916 189046 459 730 40

190202 56 387 459 678 808 191082 195 231 373 438 192078 164 [200] 327 54 481 582 873 97 992 193054 84 196 228 300 98 421 35 513 644 77 758 69 87 194073 169 99 212 311 431 [200] 69 700 6 84 [200] 86 94 984 195038 105 54 248 97 357 436 68 732 88 94 889 196026 122 79 [200] 216 59 70 95 340 837 58 95 197410 36 32 582 620 732 [1500] 48 99 805 919 58 81 198214 43 383 418 31 670 788 46 199007 68 119 244 99 360 91 474 79 889 909 [200] 720 53 842 94 977

200124 48 208 77 416 52 57 64 525 781 932 201094 466 536 659 61 202105 9 261 601 724 885 901 203012 21 184 229 729 98 204061 124 218 303 26 57 [200] 435 99 600 728 807 34 74 929 205034 122 40 72 335 507 99 805 830 909 206139 84 212 498 535 96 605 70 71 791 893 976 207010 20 230 50 79 471 600 208[illegible] 165 275 97 437 692 703 852 209021 39 41 51 875 [200] 408 542 651 68

210014 126 53 75 219 32 66 865 482 727 829 940 64 211014 341 410 575 626 92 806 62 984 91 212068 291 325 67 472 554 61 64 626 42 731 71 899 213091 176 396 432 612 20 40 48 79 85 731 957 214288 616 728 39 215127 234 68 342 61 598 721 [200] 71 87 800 43 216152 257 680 705 76 78 880 917 217120 [200] 87 841 91 493 97 548 631 938 60 9 218255 344 501 49 79 769 938 58 61 219045 65 187 206 889 402 55 539 889 [3000]

220176 78 96 98 212 28 90 307 38 413 531 608 20 59 760 965 221024 90 149 255 441 757 222116 86 78 87 [1500] 228 347 828 223035 119 94 235 58 523 782 87 807 36 986 224173 82 351 [500] 73 456 505 63 605 [200] 806 [300] 225 030 265 80 348

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 10000 Mk., 1 zu 5000 Mk., 3 zu 3000 Mk., 4 zu 1500 Mk., 13 zu 500 Mk.

3. Ziehung d. 3. Klasse 198. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 21. März 1898, nachmittags.
Nur die Gewinne über 160 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

268 329 751 929 1030 70 197 238 55 387 577 728 938 93 2024 123 215 365 489 3002 19 387 89 492 732 836 4037 165 98 207 62 71 76 886 96 439 524 5018 31 83 413 46 512 684 864 6081 216 36 56 398 713 828 924 7157 215 873 495 883 76 631 83 45 781 8027 29 93 247 854 [200] 83 417 50 806 878 948 72 88 9135 57 266 475 533 769 93 885 955

10209 422 667 829 41 81 99 941 11027 438 12028 106 80 77 383 405 627 40 62 804 54 965 13028 64 193 331 437 641 86 963 14034 52 57 135 241 45 317 19 412 615 92 746 924 15139 45 335 475 785 958 16206 [300] 237 524 645 61 94 739 61 17085 89 261 478 80 851 60 94 617 700 878 900 37 18146 205 438 580 49 846 19184 56 571 703 47

20046 74 112 84 476 560 63 79 645 821 984 21080 138 40 81 482 75 629 713 80 894 60 923 26 22088 89 188 88 324 [200] 682 88 886 23034 244 590 680 711 817 39 24006 68 153 413 69 749 82 99 25070 109 [300] 209 15 18 202 11 451 569 672 703 52 885 949 26007 126 659 736 45 806 27022 36 332 39 55 411 604 18 810 40 927 28164 280 61 427 67 503 914 20 24 32 29017 156 431 583 843

30006 [300] 35 108 237 342 439 510 28 40 50 718 936 66 71 31035 311 50 75 411 43 763 860 973 32340 82 434 89 763 883 33016 48 58 212 342 558 648 60 719 51 86 871 92 34102 272 73 381 564 79 627 62 83 819 35202 84 399 632 56 751 82 889 49 36519 603 39 66 800 86 990 37067 72 328 487 756 906 38017 59 915 85 353 412 27 74 84 584 746 884 39250 471 521 617 60 [200] 31 841 982

40074 111 20 358 545 75 708 36 932 99 41288 308 44 521 613 953 42009 237 38 425 89 915 42 43022 113 31 62 237 45 573 90 833 944 44425 48 662 845 [200] 989 45009 81 270 351 404 45 541 670 71 89 941 46001 17 141 74 229 72 335 50 92 639 726 807 47018 192 268 424 623 709 67 828 [200] 48039 217 379 517 779 301 12 82 49578 666 834 41

50282 390 401 503 [300] 52 658 98 713 57 804 90 938 51028 124 274 331 433 86 500 741 826 90 52187 223 406 83 547 615 914 53125 67 69 231 369 89 505 735 879 964 54288 545 727 956 55002 46 59 75 109 65 69 202 310 880 927 56011 119 20 230 355 409 544 [200] 605 824 983 57002 131 242 65 300 522 65 605 751 74 87 826 58380 405 509 604 28 910 82 59190 407 21 512 615 84 701 981

60222 306 32 508 616 830 61080 164 426 [200] 688 936 62080 99 287 43 58 403 39 668 900 50 87 63163 517 69 727 829 [200] 84 64104 317 19 455 94 573 601 87 868 98 65048 210 76 830 631 37 766 25 66256 580 88 138 961 67060 176 324 415 505 621 69 72 68018 76 84 451 85 744 962 80 69013 168 69 98 248 335 37 45 543 638 86 831 33 77 954

70095 183 498 550 708 96 886 71045 244 45 341 92 617 69 812 [200] 919 72004 195 214 424 516 65 734 838 158 73187 312 404 500 10 88 699 719 843 988 45 68 74011 87 150 51 260 62 434 506 24 694 34 75239 66 78 602 25 724 87 862 961 76054 211 86 420 24 76 91 927 29 47 77035 121 224 551 623 43 55 90 744 57 838 78149 239 385 805 86 961 79072 85 148 233 80 90 845 879 721 28 91

80150 287 335 [200] 578 669 96 748 979 81158 68 280 51 492 764 82 842 [200] 78 82410 14 50 538 686 327 992 [500] 83014 153 64 422 42 750 70 855 84030 35 54 73 278 568 659 700 75 82 872 953 85074 195 540 743 895 86127 [200] 22 33 520 836 386 87013 33 104 30 86 296 351 97 571 662 786 825 92 944 88111 872 403 581 668 703 58 [200] 99 891 94 916 23 70 89183 289 79 307 31 71 606 19 857 [3000]

90006 74 412 15 28 59 61 710 911 91023 251 450 684 87 789 92193 490 550 619 38 80 776 837 99 926 93004 107 29 289 49 379 429 682 96 721 [200] 46 850 85 947 94023 35 97 [200] 313 22 628 [200] 701 24 30 991 95012 60 162 280 88 335 416 63 80 625 30 38 728 82 898 918 55 96002 174 203 8 24 35 468 762 577 941 81 95 97128 63 379 [200] 478 674 94 771 77 868 923 [300] 98085 63 65 201 425 660 748 49 62 806 54 99280 62 433 50 543 61 618 81 84 776 800 933

100085 116 538 686 101003 79 112 302 35 76 407 80 511 22 979 102106 35 99 335 66 75 892 958 67 103273 353 429 524 786 811 [200] 26 104056 159 [200] 286 311 474 605 59 [200] 718 30 993 105077 99 679 [1500] 798 887 106107 280 [500] 301 485 790 974 107045 77 88 220 39 302 20 30 421 84 531 54 841 108012 45 338 [300] 55 478 615 906 109040 110 255 374 79 518 643 934

110009 117 87 98 360 657 66 90 765 804 916 111261 483 663 749 804 28 70 910 83 112300 [200] 10 15 85 445 558 80 664 113008 58 105 209 16 330 71 783 909 98 114101 8 27 58 89 93 304 43 365 480 753 948 115100 259 562 603 90 93 808 116039 56 79 153 57 91 278 84 432 510 723 73 924 117318 629 818 118297 99 612 809 83 42 119067 210 29 68 323 46 481 689 747 854 987

120009 105 99 299 322 55 83 629 68 726 37 817 900 121291 354 90 422 519 122205 14 56 485 667 86 87 803 123026 215 46 [200] 352 515 668 701 19 80 873 921 98 124084 374 407 66 580 638 50 63 742 70 125026 81 151 97 290 97 448 554 627 982 126101 257 428 31 572 642 788 66 975 127054 144 82 86 255 549 789 128189 212 582 46 614 42 893 129054 93 264 710 868 99

130430 597 608 706 92 96 922 131288 462 527 94 612 [200] 82 782 79 90 950 80 132036 118 241 88 352 404 637 725 801 29 133487 872 959 134079 582 711 48 886 95 953 135064 92 391 411 518 91 92 655 759 [200] 136131 90 399 670 830 137017 537 880 84 958 [60000] 138002 [200] 8 35 115 87 89 309 39 673 763 951 139079 81 121 27 57 570 665 66 802 57

140118 60 250 54 472 92 576 621 773 79 94 869 141128 246 415 550 60 623 730 956 142189 217 309 84 416 143123 93 493 660 [200] 732 144174 245 [800] 327 41 69 145229 497 531 645 909 49 146020 39 454 549 68 764 73 845 147136 94 [200] 284 59 381 401 51 606 819 958 148236 472 525 623 69 90 149219 23 46 58 370 599 646

150081 126 516 894 966 82 151058 186 324 513 23 616 99 992 152012 75 230 47 381 482 565 79 605 714 804 58 82 932 37 153027 99 104 284 344 401 48 94 97 568 88 618 21 703 38 816 991 154115 346 535 620 [200] 796 877 912 155042 769 808 23 76 997 156069 431 45 53 589 785 157045 62 113 246 381 455 525 30 643 73 841 82 158102 273 327 28 74 403 27 503 606 [30000] 62 84 778 844 70 930 159077 110 849 562 698 728 49 58 90 866 969

160051 220 465 514 18 756 58 75 889 95 956 161131 79 862 765 880 381 162017 26 191 544 84 654 811 20 945 58 77 163208 377 [200] 506 94 164018 82 139 72 266 93 461 [200] 515 807 967 165246 550 696 166085 86 106 67 275 84 354 435 39 582 607 30 41 785 812 95 961 167152 496 552 88 631 60 75 701 841 82 922 168195 99 226 497 592 721 970 85 169584 613 764 85 877

170034 127 70 280 808 18 86 99 457 519 744 80 947 171077 104 83 529 64 662 76 943 172006 82 82 175 387 95 443 609 777 816 923 173193 419 617 30 748 65 68 845 [300] 59 174016 115 592 624 805 175001 11 58 158 250 93 327 533 714 55 836 910 176072 100 45 46 61 295 319 53 636 177093 222 317 70 443 701 880 902 178001 5 147 347 601 709 37 62 63 823 36 43 56 902 179010 37 65 155 277 473 501 25 835 94

180001 80 89 104 261 355 755 62 865 77 923 88 181134 49 98 821 665 714 50 91 984 182119 215 385 702 74 956 183031 57 74 254 483 679 980 184141 220 350 441 649 731 872 185187 202 91 389 504 186052 23 158 289 408 505 65 685 792 816 91 94 946 57 68 70 97 187208 12 465 511 78 614 71 826 916 188209 401 2 19 21 61 581 73 852 189107 27 47 319 81 555 661 782 90 844 70 89

190031 340 [200] 588 98 885 191889 447 533 862 192237 328 73 679 81 845 47 193050 188 274 413 638 907 14 194003 27 67 387 660 67 800 29 58 195045 46 92 93 96 144 240 52 68 461 503 682 721 583 942 [500] 46 196054 234 511 61 74 647 716 807 11 197014 68 112 36 71 208 18 98 330 406 87 650 758 74 83 900 198120 282 368 406 46 91 704 904 85 199118 24 46 416 667 787

200045 98 285 822 [500] 570 613 996 201097 159 534 53 66 [200] 748 806 926 202071 898 436 92 613 16 782 805 203110 590 682 859 86 204144 288 92 389 628 85 744 205195 213 941 206035 318 57 524 28 794 828 207075 142 70 314 39 48 56 97 511 92 640 719 71 804 968 208105 72 81 585 [3000] 683 84 754 877 209073 91 122 84 698 738 64 89 946

210007 18 71 160 202 70 97 [200] 431 68 93 638 98 777 852 63 211077 159 225 365 417 583 54 895 988 212020 86 518 42 604 20 55 808 [200] 20 213067 169 376 454 665 779 849 941 214137 98 308 689 828 35 927 94 215008 32 228 38 310 24 427 36 [200] 569 84 731 44 812 968 216043 98 145 371 454 92 574 624 905 217017 178 843 532 808 [300] 15 953 218018 165 810 448 533 93 859 506 9 91 219241 322 25 448 66 86 812

220818 24 474 94 561 [200] 816 221093 147 303 95 450 597 648 881 912 57 222593 717 880 223074 107 69 224023 56 [200] 147 84 251 348 420 524 58 68 634 790 52 928 225093 197 218 50 313 463 [500] 81 576 98

Im Gewinnrade verblieben: 2 Gewinne zu 5000 Mk., 3 zu 1500 Mk., 7 zu 500 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.